

In Ecuador, Chile, Bolivien und Kolumbien haben in den letzten Monaten Massendemonstrationen politisch viel bewegt. Man ist versucht, einen „Flächenbrand in den Anden“ zu diagnostizieren und Gemeinsamkeiten in den Vordergrund zu stellen. Mit der Ausnahme von Bolivien sind es ökonomische Ursachen, die letztlich in Forderungen politischen Wandels mündeten. In Bolivien greift das Etikett „Putsch“ zu kurz. Zwar hatten die Militärs ihre Finger im Spiel und die Übergangsregierung ist nur durch eine Überdehnung der verfassungsmäßigen Regeln legitimiert, doch wie schon vor drei Jahren in Brasilien hat die rassistische Rechte geschickt eine Protestbewegung gekapert, die politisch viel breiter ist. Der Vorwurf, Evo Morales habe zunehmend autoritär regiert und Korruption auf höch-

ster Ebene zugelassen, ist nicht aus der Luft gegriffen. Sein politisches Erbe des plurinationalen Staates, in dem gleichberechtigte Indigene ihren gerechten Anteil an Einfluss und Ressourcen bekommen,

EDITORIAL

steht auf dem Spiel. Die Umstürzler um Luis Camacho haben ganz klar eine Rückkehr zu einer katholischen Klassengesellschaft im Sinn.

In Chile und Kolumbien ließen sich die Protestierenden auch durch teils extreme Polizeigewalt nicht einschüchtern. In Chile haben sie Historisches erreicht, wenn die Verfassung, ein Erbe der Pinochet-Diktatur, endlich modernisiert und

demokratisiert wird. In Kolumbien sinkt der Stern des Rechtspopulisten Álvaro Uribe, dessen Platzhalter im Präsidentenamt Iván Duque sich völlig hilflos zeigt. Es stehen heute keine Revolutionen mehr auf der Agenda der Protestbewegungen. Mit den Begriffen Revolution und Sozialismus kann man heute in Lateinamerika eher Schrecken verbreiten, als Hoffnungen wecken. Denn wenn Sozialismus das bedeutet, was die Erben von Hugo Chávez in Venezuela verwalten, nämlich eine Mischung aus ausufernder Gewalt, Korruption und wirtschaftlichem Bankrott, dann will das niemand haben. Vielmehr sehnen sich die Menschen nach einer Entwicklung, die Europa zum Magneten für Zuwanderer aus aller Welt gemacht hat: die Kombination aus Rechtsstaatlichkeit und sozialem Ausgleich. **Ralf Leonhard**

INHALT

THEMA: AUFSTAND FÜR EINE ANDERE WELT

Der Niedergang des Neoliberalismus und die Rebellionen der zivilen Gesellschaft 4
Von Leo Gabriel

Bolivien: 37 Jahre Demokratie sind zu Ende 6
Von Robert Lessmann

Rückkehr des Neoliberalismus? 9
Kommentar von Robert Lessmann

Chile: Die Proteste und das Erbe der Diktatur 10
Von Heidi Tinsman

Auf dem Weg zu einer neuen Verfassung? 12
Von Erhard Stackl

Ecuador: Rebellion in den Anden 14
Von Alberto Acosta und John Cajas-Guijarro

Gemeinsam gegen Goliath 16
Von Marie-Therese Lager

Kolumbien: Abstieg des Urbismus 18
Von Ralf Leonhard

Argentinien: Alberto Fernández ist neuer Präsident . . . 20
Von Tobias Boos

Haiti: Vor der sozialen Explosion 22
Von Jürgen Kreuzroither

AKTUELLES & ANALYSE

Honduras: „Der Staat steht im Dienst des organisierten Verbrechens“ (Interview) 23
Von Leo Gabriel

Mexiko: Oaxaca schreibt Geschichte 24
Von Regina Tamés

Peru: Auf Biegen und Brechen 25
Von Jürgen Kreuzroither

Kurswechsel in Uruguay 27
Von Roberto Kalmar

Chile: Am Schauplatz: Colonia Dignidad 28
Von Robert Lessmann

Bolivien: Weitere Spuren von Klaus Barbie 30
Von Boris Inti Chamani Velasco

Der deutsche Rohstoffhunger und seine Folgen 31
Von Christian Wimberger und Thorsten Moll

Amazonien-Synode: Jubelgesänge und Wermutstropfen 33
Von Wolfgang Schweiger

Kurznachrichten 34

Buchbesprechungen: 36

Splitter 39



DER NIEDERGANG DES NEOLIBERALISMUS UND DIE REBELLIONEN DER ZIVILEN GESELLSCHAFT

Perspektiven für einen Strategiewechsel der sozialen Bewegungen in Lateinamerika

Von Santiago de Chile über Quito, Bogotá und La Paz, von Honduras bis Puerto Rico und Haïti reicht der weite Bogen der Städte und Länder Lateinamerikas, deren Straßen sich mit unübersehbaren Menschenmengen füllen, um aus oft scheinbar geringfügigen Anlässen gegen ihre jeweiligen Regierungen zu protestieren. Dabei verfügen diese Volkserhebungen, die in vielen Aspekten dem so genannten „arabischen Frühling“ ähneln, weder über ein artikuliertes ideologisches Konzept noch über eine einheitliche Führung in Form einer politischen Partei oder eines Volktribuns, wie das in den 2000er Jahren der Fall war.

Von Leo Gabriel

soll. Gut vernetzte Bauern- und Indígena-Bewegungen sind in den letzten Jahrzehnten ebenso entstanden wie die über den Tellerrand der Nationalstaaten weit hinausgehenden Umwelt- und Frauenbewegungen.

Leider sind die meisten dieser kontinentalen Erscheinungen nicht (oder noch nicht?) geschichtsmächtig geworden – nicht einmal dort, wo die so genannten „linken Regierungen“ die Gelegenheit hatten, die Staatsapparate zu steuern. Es ist mehr als bezeichnend, dass nahezu zeitgleich mit den Volkserhebungen in den von einem faschistoiden Neoliberalismus beherrschten Ländern die Massen auch in Ländern wie Bolivien, Ecuador, Venezuela, Nicaragua und El Salvador auf die eine oder andere Weise in Bewegung gekommen sind. Dieses Phänomen lässt sich nur damit erklären, dass diese *multitude*, um mit Toni Negri zu sprechen, die mehr oder minder bewusste Erwartung gehegt hatte, die jeweiligen linken Regierungen würden auch imstande sein, das politische und ökonomische System von Grund auf zu verändern, so wie sie es während der zahlreichen Wahlkämpfe versprochen hatten.

„Change the system, not the climate!“ Mit dieser Parole war z.B. 2012 die *Via Campesina*, der weltweit größte Verbund von Bauernorganisationen, in Cancún aufgetreten, um das klimaschädliche Verhalten der Rechts-, aber auch der am Extraktivismus (Ausbeutung der Bodenschätze ohne Rücksicht auf die Natur) ebenso beteiligten Linksregierungen anzuprangern.

Vielleicht genügt es nicht, der bis an die Zähne bewaffneten, von transnationalen Konzernen und den Imperialismen der USA, Chinas und der EU beherrschten Welt(un)ordnung auf nationalstaatlicher Ebene entgegenzutreten. Dann müssten sich allerdings die zahlreichen lokalen, regionalen und nationalen Bewegungen möglichst horizontal miteinander vernetzen und zusammenschließen. Denn nur so könnten die politischen Leitfiguren und die fortschrittlichen Parteien und Religionsgemeinschaften in der Lage sein, einen geschichtsmächtigen Gegenpol gegen diese „unheilige Allianz“ zu bilden, von der eingangs die Rede war.

Dass es in letzter Zeit in vielen Ländern zu Aufstandsbewegungen gekommen ist, deren politische Zielsetzungen, so divers sie auch erscheinen mögen, gegen die immer monströseren Auswüchse des Kapitalismus in seiner transnationalen Form gerichtet sind, kommt nicht von ungefähr. Denn im Unterschied zu früher, als sich der so genannte Neoliberalismus schon vom Namen her mit dem Mantel relativ honoriger Zentrumsparteien zugedeckt hatte, um damit das generalstabsmäßig organisierte, vertikal strukturierte Wirtschaftssystem der transnationalen Konzerne und nationalen Oligarchien zu verschleiern, haben sich heute viele der ehemals Konservativen mit den nationalistisch bis religiös-fundamentalistisch eingestellten Rechtspopulisten verbündet. Diese unheilige Allianz zeichnet sich nicht nur durch ein besonderes Naheverhältnis zu den so genannten „Sicherheitskräften“, also zu Polizei und Armee aus, sondern verfügt auch über gute Verbindungen zum organisierten Verbrechen, dessen politisches Rückgrat sie nur allzu oft bildet.

Unheilige Allianz von Neoliberalismus und Rechtspopulismus

Um die neoliberale Wirtschaftspolitik mit dem rassistischen und fremdenfeindlichen Rechtsextremismus zu verbinden, suchen sich dabei die Konzerne sogenannte „Führungspersönlichkeiten“ aus dem Kreis der nationalen Oligarchien aus. Je nach Land und Umständen handelt es sich dabei oft um milliardenschwere Oligarchen, die ein besonderes Naheverhältnis zu den vor allem elektronischen Medien haben. Ob sie jetzt Macri, Piñera, Camacho oder Bolsonaro heißen: Ihnen allen ist gemeinsam, dass sie als Personen eine immer zentralisi-

stischer organisierte politische und ökonomische Struktur in den einzelnen Staaten nicht nur repräsentieren, sondern auch beherrschen.

Doch was tun? Was ist die Strategie, um diesen geballten Kräften entgegenzutreten, welche nicht nur die elementaren Menschenrechte mit Füßen treten, sondern die einst so hochgelobte Demokratie nicht einmal mehr als Referenz anerkennen? Was tun in einer Welt, in der Rassismus, Wahlbetrug und Polizeistaat (oft auch in Verbindung mit dem organisierten Verbrechen) zum ganz „normalen“ Instrumentarium der zeitgenössischen Machthaber geworden sind?

Lehren aus dem globalen Süden

Um diese Frage zu beantworten, genügt es nicht, in alten Lehrbüchern der linken Ideologien zu schmökern und sich in rechtshaberischen Schuldzuweisungen zu ergehen. Denn die Herausforderung ist immens, geht es doch darum, eine neuartige politische Kultur zu erschaffen, die in der Lage ist, einem anscheinend übermächtigen Gegner Paroli zu bieten.

Gerade in dieser Hinsicht haben sich die Länder Lateinamerikas immer wieder als Experimentierfelder für neuartige Konzepte und Utopien entpuppt, die in unzähligen kleineren und größeren Bewegungen ihren Niederschlag gefunden haben. Dazu gehören etwa die kollektiven Bemühungen um eine Solidarwirtschaft, die auf der Basis kooperativen Handelns und nicht auf Konkurrenz aufgebaut ist; aber auch das Konzept eines Ökosozialismus, der von staatlichen Instanzen ausgehend zu einer Vergemeinschaftung von öffentlichen Gütern, den so genannten *commons*, führen



Demonstration auf der Plaza Italia, Santiago de Chile

Kontroversen im Weltsozialforum (WSF)

Viele dieser sozialen, ökologischen, Menschenrechts-, Frauen- und Friedensbewegungen sind einander seit 2001 im Rahmen der zunächst jährlich und dann alle zwei Jahre stattfindenden Weltsozialforen (WSF) begegnet und haben sich in Workshops, Seminaren und Versammlungen zusammengetan, wobei es angesichts der Fülle der oft gleichzeitig stattfindenden Veranstaltungen eher um einen Erfahrungs- und Gedankenaustausch untereinander als um ein Wirken miteinander gegangen ist. Nur einmal, am 15. Februar 2003, ist es gelungen, alle im WSF integrierten Strömungen weltweit zu mobilisieren, um so millionenfach gegen den herannahenden Krieg im Irak zu protestieren.

Bis vor kurzem empfanden es die AktivistInnen nicht als notwendig, sich über ihre spezifischen Anliegen hinaus in die konkreten nationalstaatlichen politischen Prozesse einzuschalten. Die so genannte *Carta de Porto Alegre*, das Gründungsdokument des WSF, verbot z.B. ausdrücklich die Teilnahme von bewaffneten Befreiungsbewegungen und von politischen Parteien, die sich dann meistens über ihre zivilgesellschaftlichen Vorfeldorganisationen einbrachten. Aber auch Vorschläge,

die eine weltweite Mobilisierung nach dem Vorbild des 15. Februar 2003 beinhalteten, wurden vom Internationalen Rat des Weltsozialforums systematisch zurückgewiesen, denn das WSF als solches verfüge über keine eigenständige politische Subjektivität.

In gewisser Weise war das angesichts der Tatsache nachvollziehbar, dass es in ganz Lateinamerika seit der Gründung des WSF zu einer Ablöse einer ganzen Reihe von Rechtsregierungen durch die Linke in verschiedenen Erscheinungsformen gekommen war. Aber auch in Europa wuchsen in den 2000er Jahren in vielen Län-

dern Linksparteien heran, deren Abgeordnete im Europäischen Parlament sich im Europäischen Sozialforum, einem Ableger des WSF, kennengelernt und im Rahmen der unterschiedlichen Themenbereiche politisiert hatten.

Heute hat sich diese Situation grundlegend geändert: In Lateinamerika stehen gerade die Linksparteien, die in den letzten 15 bis 20 Jahren Regierungsverantwortung übernommen hatten, vor einem Scherbenhaufen – aus Gründen, über die *Lateinamerika anders* immer wieder berichtet hat.

Dennoch wäre es verfehlt, von einem Vakuum zu sprechen. Denn die Zahl und politische Kampfkraft der zivilgesellschaftlichen Bewegungen ist in Lateinamerika gerade in letzter Zeit enorm gewachsen. Allerdings ist gerade bei der jüngeren Generation auch die Skepsis gegenüber den politischen Parteien jedweder Couleur gestiegen.

Mexikos Vorschlag eines weltweiten Aktionsplans

Angesichts der Allianz zwischen dem Finanzkapital und den faschistoid agierenden Rechtspopulisten, die in verschiedenen Teilen der Welt, wie im Mittleren Osten (Syrien, Palästina, Irak, Ägypten

etc.), am Horn von Afrika, in der Ukraine, Sudan, Chile, Venezuela und jetzt auch Bolivien regelrechte Kriege und/oder Bürgerkriege entfesselt haben, ist die Notwendigkeit politischen Handelns für die Mehrzahl der Weltbevölkerung zu einer Überlebensfrage geworden.

Wie aber gelingt es, die unterschiedlichen politischen Milieus und Kulturen soweit zu vernetzen und miteinander abzustimmen, dass sie gemeinsam aktionsfähig werden, um dem immer stärker zentralistisch orientierten Machtgefüge auf der Welt Paroli bieten zu können?

Im Internationalen Rat ist schon seit längerem eine Diskussion in Gang, ob nicht gerade das WSF imstande wäre, eine Art Clearing-Stelle für die Kommunikation zwischen den einzelnen Bewegungen weltweit zu bilden. Ausgehend von heftigen Debatten in Mexiko, wo Mitte Oktober 2020 das nächste Weltsozialforum stattfinden soll, wird daran gearbeitet, im Rahmen von gut vorbereiteten *Asambleas de Resistencia* (Widerstandsversammlungen) schrittweise einen zunächst kontinentalen und dann interkontinentalen Aktionsplan zu erstellen.

Damit dieses Unterfangen aber nicht nur eine Formsache bleibt, wird es notwendig sein, auch zwischen den einzelnen Themenbereichen eine Kommunikation herzustellen, die über das wechselseitige Zuhören hinausgeht. So müsste etwa klar und transparent dargestellt werden, dass der Klimaschutz ganz eng mit dem von der Solidarwirtschaft geforderten *Buen Vivir* (nachhaltig leben) verbunden ist und dass soziale Gerechtigkeit erst dann Platz greifen kann, wenn dafür die horrend hohen Mittel, die derzeit in die Rüstung fließen, zur Verfügung gestellt werden; dass Kriege nicht mehr notwendig sein werden, wenn weltweit das Selbstbestimmungsrecht aller Völker dieser Erde garantiert wird; und dass – last but not least – die Zerstörung und der Raub an Ländereien nur dann verhindert werden kann, wenn die Ausbeutung nicht erneuerbarer Ressourcen aufhört.

Um alle diese Ziele zu erreichen, liegt ein langer, steiniger Weg vor uns, der nur dann in unser Blickfeld rücken wird, wenn wir erkennen, dass wir bereits bisher ein schönes Stück dieses Weges zurückgelegt haben, und dass die Jahre und Jahrzehnte unserer gemeinsamen politischen Erfahrungen nicht umsonst, sondern Vorreiter einer Zukunftsvision waren, die es jetzt umzusetzen gilt. ■

37 JAHRE DEMOKRATIE SIND ZU ENDE

Evo Morales stürzt durch einen Putsch der Paradoxien. Während in den Nachbarländern die Menschen gegen die sozialen Kosten des Neoliberalismus rebellieren, ist die Wirtschaftslage in Bolivien (noch) gut und die Sozialpolitik war in vielerlei Hinsicht beispielhaft. Die Opposition war schwach und zersplittert. Wie konnte es trotzdem zum politischen Supergau für Morales kommen?

Von Robert Lessmann

Ist es nicht paradox? Nach den Wahlen vom 20. Oktober sitzt die Führungsspitze des klaren Wahlsiegers MAS (*Movimiento al Socialismo* – wohl rund 47 Prozent der Stimmen) im Exil. Sie fiel einem schleichenden Putsch zum Opfer, zu dem sie selbst die Steilvorlage geliefert hat. Die Gegenkandidaten, Carlos D. Mesa von der bürgerlichen *Comunidad Ciudadana* (CC, 36-37 Prozent), der Evangelikale Chi Hyun Chung – rund 9 Prozent) und Oscar Ortíz von F21 (4 Prozent) sind in den Hintergrund getreten. Eine selbsternannte „Interimsregierung“ hat versprochen, Neuwahlen zu organisieren.

Eigentlich könnte Bolivien sich ja glücklich schätzen, denn es verfügt über eine politische Klasse von Hellsehern! So warnte die Opposition schon vor der Wahl vor Wahlbetrug und das Regierungslager vor einem bevorstehenden Putsch. Bereits während des Wahlkampfs gab es gewalttätige Übergriffe auf Kundgebungen und Büros der Regierungspartei MAS. Die Gesellschaft ist tief gespalten. Die erhoffte Annäherung der Lager ist in 13 Jahren MAS-Regierung nicht geglückt. Das seinerzeit beschworene „katastrophale Patt“ zwischen Stadt und Land, Indígenas und Mestizos/Blancos scheint zurück zu sein. Die Atmosphäre ist rassistisch aufgeladen. Bei meinem Besuch in La Paz im August war ich erstaunt und perplex über das Ausmaß der Evo-Überdrüssigkeit und teilweise sehr aggressive Diskurse, wie sie auch von intelligenten Menschen gepflegt wurden. Von *narco-gobierno* war da die Rede, von Mafia, Diktatur und Tyrannei, was durch nichts belegt oder gerechtfertigt war. Selbst Probleme bei der Wasserversorgung und der Müllabfuhr wurden der Regierung

angelastet, obwohl sie in den Bereich der Stadtverwaltung fallen.

Doch im Wahlkampf war nahezu alleiniges inhaltliches Thema F21: Ein Urteil des von der Regierung nominierten Obersten Gerichts hatte das Votum eines Referendums vom 21. Februar 2016 ausgehelt, mit dem die Regierung den Artikel 168 der Verfassung außer Kraft setzen wollte, der nur eine Wiederwahl in Folge erlaubt. Viele Bolivianerinnen und Bolivianer sahen das als autoritär und antidemokratisch an, die erneute Kandidatur von Morales mithin als unrechtmäßig. Statt das Ergebnis des Referendums zu respektieren und als Warnzeichen zu registrieren – schließlich hatte man damals schon gegenüber den vorausgegangenen Wahlen von 2014 zehn Prozentpunkte verloren – fuhr Morales unbeirrt in der Manier eines Sapa-Inka fort und ließ dreieinhalb Jahre ungenutzt verstreichen, in denen man einen Nachfolger hätte aufbauen können. Evo forever!

Umso größer war der Schock, als am Wahlabend das Zwischenergebnis einen Stimmenverlust von 16 Prozentpunkten anzeigte. Die erfolgverwöhnte MAS lag da bei 45 Prozent und Gegenkandidat Carlos D. Mesa von der bürgerlichen CC bei 38; Prognosen hatten ihn bei nur 22 Prozent gesehen. Demnach hatte die MAS weder eine absolute Mehrheit erreicht, noch zehn Prozent Vorsprung zum Zweiten. Laut Wahlgesetz wäre also eine Stichwahl notwendig geworden, bei der die drei Oppositionsparteien rein rechnerisch eine knappe Mehrheit davongetragen hätten, was keinesfalls ganz sicher war. Im für sie ungünstigsten Fall wäre die MAS nach 13 wirtschaftlich und sozial sehr erfolgreichen Jahren mit einer intakten Parteistruktur, Regierungserfahrung und einer soliden Parlamentsfraktion in die Opposition gegangen zu einer amorphen Regierung aus ad hoc gegründeten Wahlvereinen unterschiedlichen Zuschnitts, ohne Regierungserfahrung und mit Carlos Mesa als einem Präsidenten, der durchaus als besonnen und umgänglich gilt.

Notbremse?

Doch um 19:40 Uhr wurde die Schnellauszählung für 24 Stunden angehalten. Schon am nächsten Morgen verkündete die regierungsnahe Presse dann einen mehr als

zehnprozentigen Vorsprung für die MAS. Die Opposition sah sich in ihrer Befürchtung bestätigt: Wahlbetrug! In der Nacht zum Dienstag (22.10.) wurden in sechs der neun Departements des Landes die Zentralen der Wahlbüros abgefackelt. In Potosí retteten sich zwei Menschen gerade noch durch einen Sprung aus dem Fenster. Der Vizepräsident der Wahlbehörde trat zurück. Ein souveräner und erfahrener Präsident hätte da vielleicht noch landesväterlich auftreten und Aufklärung versprechen können, ja müssen.

Schleichender Putsch

So steuerte man geradewegs auf den politischen Totalschaden zu. Es dauerte noch bis zum Freitag, bis ein amtliches Endergebnis verkündet wurde: 47,8 : 36,5 Prozent. Auch dieses ist mehr als dubios, denn die Internetseite der Wahlbehörde nannte andere Zahlen! Aber das interessierte schon nicht mehr. Morales hatte sich bereits am Donnerstag zum Sieger im ersten Wahlgang erklärt. Mit Straßenblockaden traten Bürgerkomitees auf den Plan (*Comités Cívicos*), mit mehr oder weniger bekannten Persönlichkeiten an der Spitze, die vorformulierte Deklarationen auf Massenveranstaltungen per Akklamation verabschiedeten. (Sie wären auch ideale Plattformen für finanzielle und logistische Interventionen aus dem Ausland.) Diese forderten schon vor dem amtlichen Endergebnis zunächst eine Neuauszählung der Stimmen durch die Wahlbeobachter der OAS (Organisation Amerikanischer Staaten). Das Ergebnis sollte bindend sein. Die Regierung war erst dagegen und willigte dann ein. Im schlimmsten Fall wäre für sie nun doch eine Stichwahl notwendig geworden.

Erste Straßenblockaden der Opposition machten einen eher harmlosen Eindruck. Doch als die OAS-Kontrolleure mit ihrer Arbeit begannen, forderte die Opposition schon die Annullierung der Wahlen, den Rücktritt von Morales und Neuwahlen ohne ihn. Ihre Blockaden wurden intensiver, die Demonstrationen härter. Es ging bereits um die Blockade von Regierungs- und Zollgebäuden mit dem Ziel, diese von weiteren Einnahmen abzuschneiden. Die MAS sprach von Putsch und mobilisierte ihrerseits ihre Anhänger. Drei Menschen starben bei Zusammenstößen. Der MAS-



Foto: Robert Lessmann

Armeechef Williams Kaliman (rechts) forderte Morales zum Rücktritt auf

Bürgermeisterin eines Nachbarortes der Stadt Cochabamba wurden die Haare abgeschnitten, sie wurde mit roter Farbe übergossen und von einem Mob durch die Straßen getrieben. Die Polizei reagierte verhalten bis gar nicht.

Inzwischen hatte Luís Fernando Camacho, Chef des *Comité Cívico* der Oppositionshochburg Santa Cruz, mit einem vorformulierten Rücktrittsschreiben die Initiative an sich gezogen. Er flog damit nach La Paz und kündigte an, er würde nicht wieder zurückkehren, ehe Morales das unterschrieben habe. Koste es was es wolle! Dabei kam es zu direkten Auseinandersetzungen zwischen Anhängern beider Lager. Camacho war bereits beim Zivilputsch von 2008 in den Reihen der rechtsextremen und paramilitärischen „Union der Cruzenistischen Jugend“ hervorgetreten. Damals hatten sich Tieflanddepartements jenseits der gültigen Verfassung eigene Autonomiestatuten gegeben. Er gilt als christlicher Eiferer und Vertreter von Positionen à la Bolsonaro. Manche nennen ihn auch einen christlichen Fa-

schisten. Die Panama Papers erwähnten ihn im Zusammenhang mit Geldwäsche. Die Sicherheitskräfte hielten sich zurück. Camacho hatte den Polizisten volle Bezüge nach der Pensionierung versprochen. Morales willigte schließlich in Neuwahlen ein; Oppositionskandidat Mesa trat praktisch gar nicht mehr in Erscheinung.

Am Donnerstag (8.11.) gaben erste Polizeieinheiten ihre Untätigkeit auf und schlossen sich den Protesten an. Die Militärführung rief zur Ruhe auf und erklärte, sie würde sich niemals gegen das Volk stellen. In dieser Situation erschien ein Zwischenbericht der OAS, der von „schweren Unregelmäßigkeiten“ sprach, ohne aber Details und Verantwortliche zu benennen. (Der ähnlich lautende Endbericht wurde erst am 4.12. veröffentlicht. Anm. d. Red.) Morales rief zum Dialog der Parteien auf. Die Opposition wies das brüsk zurück. Am Samstag forderte Armeechef Williams Kaliman Morales zum Rücktritt auf. Der erfolgte am Sonntag, 10.11., ist aber eigentlich nicht rechtskräftig, weil das Parlament ihn annehmen muss (Art. 161/3 der Verfassung).

Morales hatte zu diesem Zeitpunkt Grund, um seine Unversehrtheit und sein Leben zu fürchten. Die Opposition jubelte. Frustrierte MAS-Anhänger, Oppositionelle und gewöhnliche Kriminelle zogen marodierend durch die Städte. Morales' Haus in Cochabamba wurde verwüstet, das seiner Schwester, verschiedener Minister und das des *Comité Cívico*-Chefs von La Paz und Rektors der Universität UMSA, Waldo Albarracín, in Brand gesteckt. Die Polizei blieb weiterhin weitgehend un-

sichtbar. Nachdem auch zwei Polizeizentralen abgepackelt wurden, erklärte die Militärführung, dass sie die Sicherheit in den Straßen wiederherstellen wolle. Das war auch dringend notwendig: Die Polizei hatte das tagelang nicht gekonnt – oder nicht gewollt. So lange es noch um die Erhaltung der institutionellen Ordnung ging, hatten die Militärs das jedoch abgelehnt. Die alte Regierung ist eigentlich noch bis zum 22. Jänner im Amt. Doch auch dies spielte keine Rolle mehr. Es fällt auf, dass die Forderungen und Handlungen der Opposition mit jedem Nachgeben der Regierung schrittweise radikaler wurden. War es Zufall, oder steckte ein Drehbuch, eine sorgfältige Choreografie, dahinter?

Machtergreifung

Am 12. November hat sich die Vize-Vize-Präsidentin des Senats, Jeanine Añez, zur Interimspräsidentin ausgerufen und Neuwahlen angekündigt. Die anwesenden Abgeordneten (11 von 36) der bisherigen Opposition hatten kein Quorum. Hätte man unter den gegebenen Umständen und bei der Größe des Landes den Abgeordneten nicht Zeit geben müssen, zur Sitzung zu kommen? Sie selbst sprach am gleichen Tag mit den Bischöfen über Sicherheitsgarantien für die MAS-Abgeordneten. Diese tagten dann am nächsten Tag (allein) in der Abgeordnetenkammer. Sie hatten ein Quorum. Anwesend war auch die bisherige Senatspräsidentin Adriana Salvatierra, obwohl ihr der Zugang zum Parlament zunächst von Sicherheitskräften verwehrt wurde. Laut Verfassung wäre eine Interimspräsidentschaft ihr zugefallen (Art. 169/I)

Das am 13.11. vorgestellte Interimskabinett trat als eines der „Nationalen Versöhnung“ auf und kommt, jedenfalls auf den ersten Blick, ohne die ganz großen Provokationen aus, darum bemüht, eine gewisse Legitimität zu gewinnen. *Ministro de la Presidencia*, rechte Hand der bisher weithin unbekanntenen Jeanine Añez, ist mit Jerjes Justiniano freilich der Anwalt des Scharfmachers Luís Fernando Camacho.

Auf die Ankündigung, man wolle „politisch nominierte Botschafter“ abberufen, reagierte Boliviens Botschafter bei der UNO in New York, Sacha Llorenti, mit den Worten, er sei nicht zurückgetreten und werde dies auch nicht tun. Er sei vom verfassungsmäßigen Präsidenten eingesetzt und mit zwei Drittel der Stimmen vom

Aus den Conclusiones des OAS-Zwischenberichts

„Teniendo en cuenta las proyecciones estadísticas, resulta posible que el candidato Morales haya quedado en primer lugar y el candidato Mesa en segundo. Sin embargo, resulta improbable estadísticamente que Morales haya obtenido el 10% de diferencia para evitar una segunda vuelta.“

⇒ von Seite 7: BOLIVIEN

Senat bestätigt. Das verdeutlicht das ganze Legitimitätsdilemma.

Die Legitimität des Kabinetts sank weiter, nachdem bei der Amtseinführung die Bibel über die Verfassung gestellt wurde, obwohl Bolivien ein laizistischer Staat ist (Art. 4). Dieselbe Verfassung, deren Artikel 168 die Opposition so nachdrücklich reklamiert hatte. Schließlich erhielten die Sicherheitskräfte per Dekret (No. 4078) Straffreiheit bei Aktionen zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung.

Am Vortag wurden an einer Brücke vor der Stadt Cochabamba hunderte teilweise auch bewaffnete Kokabauern von Sicherheitskräften aufgehalten und neun von ihnen erschossen, mehr als hundert verwundet. Kabinettschef und Innenminister stellten es so dar, als seien die Schüsse aus den eigenen Reihen gekommen, als hätten sich die Bauern praktisch selbst erschossen. Demgegenüber sprach die Interamerikanische Menschenrechtskommission von völlig unverhältnismäßigem Vorgehen. Auch die UNO-Hochkommissarin für Menschenrechte, Michelle Bachelet, zeigte sich tief besorgt. Wenige Tage später wurden beim Durchbrechen einer Blockade der Gasversorgung in El Alto erneut zehn Menschen erschossen. Die Zahl der Ermordeten belief sich Ende November auf insgesamt 35.

Der Widerstand der einst so starken sozialen Bewegungen war wuchtig und führte besonders in La Paz zu ernststen Versorgungsschwierigkeiten. Doch er war längst nicht so massiv, organisiert und ausdauernd wie erwartet. Sie hatten 2003 den Präsidenten Sánchez de Lozada gestürzt. Sind sie unentschlossen oder zahnlos geworden, nachdem sie zu Erfüllungsgehilfen der Regierung Morales degradiert waren, wie linke Kritiker meinen?

Wie kann es nun weitergehen? Kann man dieser „Interimsregierung“ trauen? Wird sie tatsächlich zeitnah Neuwahlen organisieren und die Errungenschaften des *proceso de cambio* unangetastet lassen? Die Tatsache, dass sie sich als „Interimsregierung“ annahm, eine komplette außenpolitische Neuorientierung einzuleiten (Wiederaufnahme der Beziehungen zu Washington, Ausweisung von mehr als 700 kubanischen Ärzten, Anerkennung

von Juan Guaidó in Venezuela, Abberufung fast des kompletten diplomatischen Corps), spricht eine andere Sprache.

Dass sich in ihrem Windschatten die Geister der Vergangenheit zurückmelden ebenso. Hinter Camacho steht der steinreiche Speiseöl-Tycoon Branko Marincovic, der schon zu den Drahtziehern des Zivilputsches von 2008 gehörte und dem Kontakte zur kroatischen Ustascha nachgesagt werden. Aus dem US-Exil meldete sich der frühere Innenminister Carlos Sánchez Berzaín zu Wort, der für das Massaker von El Alto im Jahr 2003 verantwortlich war, das zum Rücktritt von Präsident „Goni“ Sán-

gab es Verhandlungen zwischen der „Interimsregierung“ und MAS-Abgeordneten und eine Einigung im Senat. Präsident In des Senats beziehungsweise der Abgeordnetenkammer sind nunmehr Eva Copa und Pedro Montes von der MAS. Und inzwischen hat man sich im Konsens auch auf ein Neuwahlgesetz geeinigt. Diese sollen innerhalb von 120 Tagen (im März 2020) stattfinden. Als Resultat eines „nationalen Dialogs“ gibt es ein Abkommen zwischen der „Interimsregierung“ und den wichtigsten sozialen Bewegungen über die Freilassung von bei den Protesten Gefangenen und ein Gesetz zur Befriedung des Landes.



Die friedliche Blockade von Treibstoff- und Flüssiggastanklastwagen in der Anlage Senkata in El Alto durch UnterstützerInnen der MAS am 19. 11. mündete in ein Massaker

chez de Lozada führte. (Dessen Vizepräsident war damals Carlos D. Mesa, der wegen dieses Massakers zurückgetreten war. Nachdem das Parlament seinen Rücktritt aber noch nicht angenommen hatte, wurde er nach der Flucht des Präsidenten am Abend desselben Tages automatisch zum Interimspräsidenten – ein uns inzwischen bekanntes Nachfolgeprozedere.) Und hinter den Kulissen der „Interimsregierung“ agiert als Drahtzieher ganz offen Jorge „Tuto“ Quiroga, Vizepräsident unter Exdiktator Hugo Banzer und nach dessen Krebstod sein Nachfolger (2001-2002).

Kann sich die MAS ohne ihre paternalistisch-autoritär agierende Führungsspitze reorganisieren? Gerüchte besagen, dass das Kabinett Morales in der Frage des Vorgehens nach der Wahl tief gespalten war. Was ist aus den Verbliebenen geworden? Dass das Parlament wieder tagt, ist zumindest ein Lebenszeichen. Inzwischen

Das umstrittene Dekret 4078 wurde außer Kraft gesetzt.

Trotzdem bleibt die Lage weiter angespannt und unübersichtlich. Die prominenten Persönlichkeiten der MAS sind fast alle im Exil, haben in ausländischen Botschaften um Exil angesucht und/oder stehen unter Terrorismusanklage. Werden unter diesen Bedingungen freie und gleiche Wahlen möglich sein? Im Lager der früheren Opposition positionieren sich die jungen Führer der *Comités Cívicos* von Santa Cruz und Potosí, Camacho und Pumari, als Befürworter eines Einheitsblocks und eines Generationswechsels. Der Wahlsieger und der Wahlzweite, die es am 20. Oktober zusammengenommen auf über 80 Prozent der Stimmen gebracht haben, sind (vorerst) abgemeldet. Bolivien könnte in die alten autoritären Zeiten der Instabilität zurückfallen. ■

RÜCKKEHR DES NEOLIBERALISMUS?

Kommentar von Robert Lessmann

Es sei kein Putsch gewesen, sagt die selbsternannte „Interimspräsidentin“, Jeanine Añez, sondern eine demokratische Revolution. An einer „Revolution“ scheint zumindest ihre „Interimsregierung“ zu arbeiten, die doch eigentlich nur Sicherheit und Ordnung wiederherstellen und Neuwahlen organisieren wollte: einer Konterrevolution im Sinne der Wiederherstellung des Status quo vor 2006. Erzkatholische, rechtsextreme und unternehmerfreundliche Kreise stützen sie. Die eilige Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu Washington dürfte auch eine Rückkehr zur Politik des „Washington Consensus“ einleiten. Von „*cambio de proceso*“ statt „*proceso de cambio*“, sprach bereits der frisch nominierte Botschafter. Politiker der Vergangenheit kehren zurück. Guido Nayar, vormals Vorsitzender des mächtigen Verbandes der Privatunternehmer von Santa Cruz und 1997-99 Innenminister unter Exdiktator Hugo Banzer, ist bereits da.

Gänzlich gebrochen hatte die Regierung Morales mit dem Neoliberalismus ohnehin nie, sondern weiter auf den Export nicht erneuerbarer Rohstoffe gesetzt, die Abhängigkeit davon sogar noch vergrößert und einen Stillhaltepakt mit der mächtigen Agrarlobby des Tieflands geschlossen. Immerhin: Mit den sprudelnden Einnahmen aus den nationalisierten Kohlenwasserstoffen konnte man eine höchst erfolgreiche Sozialpolitik betreiben, die gleichzeitig den Binnenmarkt stärkte. (Vgl. ausführlich im letzten Heft.) Die Wirtschaftsdaten sind (noch) gut und die sozialpolitischen Leistungen beispielgebend. Morales war damit sicherlich der erfolgreichste Präsident seit langem – und das Land stabil. Fast die Hälfte der Wahlberechtigten hat für ihn gestimmt. Er hat das Leben einer großen Zahl von Bolivianerinnen und Bolivianern verbessert, für die Vorgängerregierungen nur Missachtung, manchmal Verachtung übrig hatten. Die Armutquote war von 38 auf 18 Prozent gesunken.

Wie konnte es dann zu diesem Absturz der MAS in der Wählergunst auf rund 47 Prozent kommen? 2014 hatte man mit 61 Prozent gewonnen, 2009 mit 64 Prozent, 2005 mit 54. Es ist wohl die Hybris der Macht, die zunehmend autokratische Züge annahm und sich als kritik- und bera-

tungsresistent erwies. Eine ganze Reihe von Mentoren, Beratern, Weggefährten wurde abserviert und kaltgestellt. Mit dem verbündeten *Movimiento Sin Miedo* (heute *Sol.bo*), das seit fast zwei Jahrzehnten sehr erfolgreiche Bürgermeister von La Paz stellt und inzwischen auch von El Alto – ein Ballungsraum, in dem 15 Prozent der Gesamtbevölkerung wohnen –, hat man ohne Not gebrochen. Die sozialen Bewegungen, die zu den stärksten in Lateinamerika gehörten und die entscheidenden Säulen des angestrebten Wandels (*el proceso de cambio*) waren, wurden nach und nach zu Erfüllungshelfern degradiert.



Folgt Instabilität auf Evos Sturz?

Andererseits ist da die Unfähigkeit, sich von Leuten zu trennen, an denen zäh wie Pech Korruptionsvorwürfe haften. Bemerkenswert ist daneben der Verlust der Intellektuellen (gerade auch der Linksin-tellektuellen) und der städtischen Mittelschichten, die über schlechte Verwaltung klagen: Posten würden mit Gefolgsleuten aus den sozialen Bewegungen besetzt, statt mit qualifiziertem Personal, Korruption grassiere wie früher. Politische Diskurse wirkten abgedroschen und steril, neue Ideen suchte man vergebens. Dazu kam die Enttäuschung über die Diskrepanz von

hochfliegender Umweltrhetorik und mangelnder Umweltpolitik sowie die Vernachlässigung der indigenen Völker des Tieflands. Schließlich sind da noch skurrile bis kabarettreife Frauengeschichten, von denen die Affäre Gabriela Zapata, garniert mit einem handfesten Korruptionsskandal, wohl bereits für die fehlenden 2,6 Prozentpunkte beim gescheiterten Referendum vom 21. Februar 2016 verantwortlich war.

Politisches Versagen

Mehr als alles andere aber hat man Morales übel genommen, dass er sich über dieses Wählervotum hinwegsetzte. Der Einbruch von 16 Prozentpunkten in der Wählergunst spricht eine klare Sprache. Bolivien blickt auf eine leidvolle Geschichte politischer Instabilität zurück. Seit der Unabhängigkeit im Jahr 1825 musste das Land mehr Regierungen über sich ergehen lassen, als Jahre ins Land gingen. Die Älteren erinnern sich noch lebhaft an 18 Jahre teilweise blutiger Militärdiktaturen (1964-82). Auch die nach der Redemokratisierung folgenden Jahre der „paktierten Demokratie“ mit ihren instabilen Megakoalitionen sind den Menschen vor allem durch Korruption und *politiqueria* in Erinnerung. Nach dem Amtsantritt von Evo Morales im Januar 2006 folgten dann neben den regulären Wahlen auch eine Vielzahl von Abstimmungen, was Spötter von einer „Referenditis“ sprechen ließ. Die MAS hat sie alle mit absoluter Mehrheit gewonnen. Auf Unruhen im Zuge der Ver-

fassunggebenden Versammlung reagierte Morales mit einem Abwahlreferendum, das er im August 2008 mit 67 Prozent der Stimmen gewann. Die Antwort darauf war der gescheiterte Zivilputsch vom September 2008. Die Verfassung – einschließlich ihres Artikels 168 – war dann die erste, die den Bolivianerinnen und Bolivianern zur Abstimmung vorgelegt wurde; sie wurde im Jänner 2009 mit 61 Prozent der Stimmen angenommen. Für Bolivien waren das ganz neue Demokratieerfahrungen, um die man sich nun vom selben Evo Morales betrogen sah.

⇒ von Seite 9: BOLIVIEN

Repression tat ihre Wirkung. Geld mag eine Rolle gespielt haben, ausländische Drahtzieher vielleicht – das ist einstweilen Spekulation. Die OAS hat mit ihren vorschnellen Äußerungen sicher nicht zur Beruhigung der Lage beigetragen. Vor allem aber ist der Sturz von Morales ohne einen tiefen Glaubwürdigkeitsverlust nicht erklärbar. Oberbefehlshaber Williams Kaliman, der Morales zum Rücktritt aufforderte, war ursprünglich ein MAS-Getreuer, der sich selbst als „soldado del proceso de cambio“ und Morales als „hermano“ bezeichnete. (Er wurde von Añez auch so gleich ersetzt.) Der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes (COB), Juan Carlos Huarachi, schloss sich dieser Aufforderung an. Ebenso die Landarbeitergewerkschaft CSUTCB – letztere mit bewegenden Worten. Der Widerstand der sozialen Bewegungen war nicht so stark, organisiert und ausdauernd wie erwartet. Er bröckelte relativ rasch. Erstaunlich schnell haben sie dann ein Abkommen zur Befriedung mit der „Interimsregierung“ geschlossen. Gleiches gilt für die MAS-Fraktion, die im Parlament eine Zweidrittelmehrheit hält, wo man im Konsens ein Neuwahlgesetz verabschiedet hat.

Wie es weiter gehen wird, ist unklar. Unter den gegebenen Umständen scheint es fraglich, ob faire Neuwahlen stattfinden können. Die Opposition war bisher schwach, zersplittert und nur in der Ablehnung von Morales geeint. Wird sich die MAS reorganisieren können? Wer wird antreten, wenn die wichtigsten Persönlichkeiten unter einer absurden Terrorismandklage stehen? Bolivien könnte in die vergangenen Zeiten der politischen Instabilität zurückfallen. Ökonomisch stehen ohnehin schwierigere Zeiten ins Haus. Der Extrakтивismus fordert seinen Tribut. Die Überschüsse schmelzen, Kredite mussten bereits aufgenommen werden. Sparprogramme könnten ins Haus stehen.

Nachsatz: Die Wahlen selbst waren am 20.10. bei einer Wahlbeteiligung von 89,62 Prozent vollkommen ruhig und geordnet abgelaufen. Die Bolivianerinnen und Bolivianer sind für die Demokratie reifer als ihre politische Klasse. Eine 37-jährige Periode der Demokratie – die längste in der bolivianischen Geschichte – ist nunmehr (hoffentlich nur vorläufig) beendet. ■

Robert Lessmann ist Autor des Buches „Das neue Bolivien“, Rotpunkt Verlag. Im August hat er in La Paz ein Postdoc-Seminar geleitet.

CHILE DIE PROTESTE

In Chile wird die Auseinandersetzung über das Verständnis von Demokratie nicht nur weitergehen, sie eröffnet auch Chancen auf weitreichende Umbrüche.

Von Heidi Tinsman

Am Freitag, dem 25. Oktober, versammelten sich an die 1,5 Millionen Menschen in Santiagos Zentrum, um die Demokratie zu verteidigen. In einem Land mit nur 18 Millionen Einwohnern war diese Kundgebung die größte der Geschichte und, im Verhältnis zur Bevölkerung, weltweit. Sie fand nach einer Woche von Demonstrationen statt, mit denen im ganzen Land gegen die Erklärung des Ausnahmezustands und den Einsatz der Streitkräfte protestiert wurde, die den seit dem 17. Oktober verzeichneten Bränden und Plünderungen infolge der Tarifierhöhung der Metro ein Ende setzen sollten.

Zum ersten Mal seit dem Ende der Militärdiktatur von General Augusto Pinochet (1973–1990) rief eine demokratische Regierung die Militärs zu Hilfe, um einen zivilen Protest zu unterdrücken. Die nächtliche Ausgangssperre erinnerte die ChileInnen an die schlimmste Zeit der Diktatur. Indem er erklärte „wir befinden uns im Krieg gegen einen mächtigen Feind“ wiederholte Präsident Sebastián Piñera Pinochets Worte nach dem 11. September 1973, Chile führe „Krieg“ gegen „den marxistischen Feind“.

Schwerwiegender waren die massenhaften Festnahmen von DemonstrantInnen, der verbreitete Einsatz von Gummigeschoßen und sogar scharfer Munition sowie die dokumentierten Fälle von Folter einschließlich sexueller Gewalt. Ergebnis der zehn Tage Ausnahmezustand waren 4.000 Verhaftete, 1000 (vor allem durch Schüsse) Verletzte, 20 Tote und über 800 formelle Anklagen wegen der Verletzung von Menschenrechten.¹

Dabei handelte es sich weder um einen Militärputsch noch um eine Wiederholung des 11. September 1973, sondern um eine grundsätzliche Infragestellung der seit 1990 in Chile bestehenden Form von Demokratie. Diesmal hatte ein demokratisch gewählter Präsident das Militär gerufen, es



Foto: picture-alliance/N. Pisarenko

Die Wiphala, die indigene Flagge, wurde zum Hassobjekt

UND DAS ERBE DER DIKTATUR

wurde nicht selbst (wie bei Allende) gegen einen demokratisch gewählten Präsidenten aktiv. Von Anfang an setzten sich die BürgerInnen gegen die Verhängung des Ausnahmezustands zur Wehr, weil sie darin eine Kompetenzüberschreitung der Regierung sahen. Sie demonstrierten zur Verteidigung der Bürgerrechte und brachten auch Übergriffe zur Anzeige.

Erbe der Diktatur

Zum Teil geht die heute in Chile herrschende Empörung auf das Erbe der Diktatur zurück und auf die fehlende Bereitschaft der politischen Klasse, die damit verbundenen Probleme zu lösen. Die Proteste richten sich zwar gegen die letzten 30 Jahre demokratischer Regierung, doch auch gegen die 17 Jahre Militärdiktatur



„Weg mit Piñera!“ Dutzende DemonstrantInnen verloren durch Gummigeschoße ein Auge

Die chilenische Demokratie bewies ihre Stärke, als sich die intensiven, aber durchwegs friedlichen Proteste auf ganz Chile ausdehnten, auch auf Wohnviertel der Mittel- und sogar der Oberschicht; sie verurteilten das Vorgehen der Regierung und gaben der politischen Debatte eine neue Richtung. In Transparenten und Plakaten mit Inhalten wie „Wir sind nicht im Krieg! Chile ist erwacht!“ oder „Es geht nicht um 30 Pesos, sondern um 30 Jahre!“ kam die legitime Unzufriedenheit der Bevölkerung angesichts der letzten drei Jahrzehnte demokratischer Regierungen zum Ausdruck.

In jeder Nacht der Ausgangssperre gab es die traditionelle Protestform der *cacerolazos*, des lautstarken Schlagens auf Töpfe, womit gegen die Präsenz des Militärs in den Straßen protestiert wurde. Hatte sich Pinochet einst auf gegen die Regierung Allende gerichtete *cacerolazos* als Rechtfertigung für den Putsch berufen, so waren sie jetzt Ausdruck der Verteidigung der Demokratie.

davor, die über die Bedingungen für den Aufbau dieser Demokratie entschieden hat. Eine ihrer wichtigsten Hinterlassenschaften ist das Wirtschaftssystem. Unter Pinochet hatte sich Chile in die weltweit am stärksten privatisierte Wirtschaft verwandelt. Was heute gemeinhin als „kapitalistische Globalisierung“ oder „Neoliberalismus“ bezeichnet wird, wurde zuerst und mit äußerster Gründlichkeit landesweit im autoritären Chile vorexerziert. Ab Mitte der 70er Jahre wurden die Staatsbetriebe verkauft, Schutzmaßnahmen für die nationale Industrie und Landwirtschaft abgeschafft. Die Privatisierung von Bildungs-, Gesundheits- und Wohnungswesen sowie Sozialversicherung und Pensionssystem zerstörte den Wohlfahrtsstaat.

In den letzten 30 Jahren haben die Regierungen (meist Mitte-Links-Koalitionen) dieses extrem privatisierte System, das nur über minimale staatliche Regulierungen verfügt, praktisch unverändert beibehalten. Ergebnis: Der Reichtum ist auf einige wenige Wirtschaftsgruppen und ausländische

Unternehmen konzentriert, die ein Monopol in den Bereichen Elektrizität, Telekommunikation, Wasser und Gas innehaben. Sogar der Kupferbergbau, einer der unter Pinochet nicht privatisierten Bereiche, wird zusehends multinationalen Unternehmen ausgeliefert.

Die Mehrheit der ChilenInnen finanzieren ihren Pensionsfonds und ihre Krankenversicherung über durch Privatfonds verwaltete individuelle Sparkonten, zu denen weder die Unternehmer noch der Staat finanziell beitragen. Autobahnen,

Häfen, Parks, der Transport und große Teile des Bildungssystems sind nicht staatlich, sondern entweder in privaten Händen oder werden privat verwaltet und sind für die Bevölkerung sehr kostspielig. Auslöser der Proteste war im Oktober die Preiserhöhung der U-Bahn-Tickets, da nahezu die Hälfte der Bevölkerung von Santiago zehn Prozent oder mehr ihres Lohns für den „öffentlichen Transport“ ausgibt.

Das international vorherrschende Bild von Chile im 21. Jahrhundert als „Oase des Wohlstands“ beruht auf der alten Annahme, die Diktatur habe ein „Wirtschaftswunder“ bewirkt, wodurch sich das moderne Chile vom Chaos anderer Nationen Lateinamerikas unterscheidet. Diese

chauvinistische Übertreibung verdeckt eine viel komplexere Realität, die durch enorme Ungleichheit und die systematische Zerstörung des öffentlichen Sektors geprägt ist.

Zwar ist es nicht so, dass sich seit dem Ende der Diktatur in Chile nichts geändert hätte. Als Pinochet die Macht abgab, lebte fast die Hälfte der Bevölkerung in extremer Armut; heute liegen weniger als 20 Prozent unter der Armutsschwelle und weniger als zehn Prozent leben in extremer Armut. Sowohl auf dem Land wie in der Stadt haben die ärmeren Schichten, auch die Mehrheit der indigenen Völker, besseren Zugang zu Ernährung, Wohnung, Bildung und Gesundheitsversorgung als während der Diktatur, und ihre Kinder haben im allgemeinen bessere Jobs. Diese Fortschritte sind zum Teil der von den demokratischen Regierungen betriebenen Sozialpolitik zu verdanken.

Diese Politik war jedoch vorwiegend auf Lohnerhöhungen und eine Ausweitung von Krediten ausgerichtet, damit die Be-

⇒ von Seite 11: CHILE

völkerung ihre sozialen Bedürfnisse über die bestehenden Marktmechanismen befriedigen konnte. Die Sozialpolitik hat aber weder dazu beigetragen, die Ungleichheit zu begrenzen, noch ein öffentliches Netz der sozialen Sicherheit zu schaffen. Aktuell gibt Chile pro Kopf weniger an Geld oder öffentlichen Dienstleistungen aus als jedes andere OECD-Land und liegt in puncto Einkommensverteilung weltweit auf einem der letzten Plätze.

Die andere wichtige Hinterlassenschaft der Diktatur ist politischer Art. Die heute gültige Verfassung wurde 1990 von den Militärs mit der expliziten Absicht geschrieben und verkündet, das Wirtschaftsmodell des Regimes zu institutionalisieren und die Macht der Linksparteien und der Gewerkschaftsbewegung zu zerschlagen. Sie ist bis heute in Kraft, auch wenn im Verlauf der letzten 30 Jahre viele ihrer demokratiefeindlichsten Aspekte reformiert oder abgeschafft wurden.

Eine ihrer schlimmsten und weitreichendsten Folgen war der stete Vertrauensverlust der Bevölkerung gegenüber dem politischen System und der Fähigkeit seiner RepräsentantInnen, Gesetze im Interesse der Bevölkerung zu beschließen. Nur 46% nahmen an den letzten Wahlen teil, von den unter 30-Jährigen weniger als ein Drittel. Doch auch wenn die ChilenInnen in Bezug auf Wahlen politikmüde sind, sind sie nicht politisch apathisch.

Lange Kultur des Protests

Die Unzufriedenheit der Bevölkerung ist nicht neu. Wenn auch das Ausmaß der Proteste vom Oktober die internationale Gemeinschaft überrascht hat, sind Massenproteste und die Verurteilung der Ungleichheit tief in Chiles politischer Kultur verwurzelt und im letzten Jahrzehnt vermehrt sichtbar geworden. Zwischen 2006 und 2012 haben SchülerInnen der Oberstufe und StudentInnen im ganzen Land Massenproteste gegen die Privatisierung des öffentlichen Bildungswesens und das System der Studienkredite organisiert.

Während der „Pinguin-Revolution“ (benannt nach den schwarz-weißen Uniformen der SchülerInnen) haben hunderttausende Jugendliche protestiert und Schulen besetzt, worauf die erste Regierung von Michelle Bachelet einige Reformen zur Senkung der Schulgebühren beschloss.

Im Mai 2018 besetzten hunderttausende Frauen, LGBT-AktivistInnen und SympathisantInnen die Straßen Santiagos und der wichtigsten Universitäten aus Protest gegen sexuelle Gewalt und Belästigung sowie mit der Forderung nach Legalisierung der Abtreibung. Im Süden Chiles setzen die *Mapuche* ihren Kampf gegen die Präsenz von Forstunternehmen auf indigenem Land sowie die Anwendung von Gesetzen aus der Diktatur zu ihrer Unterdrückung fort. Sie fordern, dass der Staat die Autonomierechte der ursprünglichen Völker anerkennt.

Die Debatte über die Bedeutung der Demokratie wird nicht nur weitergehen, sie wird auch Gelegenheiten für wichtige Änderungen eröffnen. Angesichts des Umfangs der Proteste und der internationalen Aufmerksamkeit dafür werden die politischen Führungen nicht im alten Trott weitermachen oder der Welt ein Bild der Prosperität vorgaukeln können. Deshalb hat Piñera sowohl das Asien-Pazifik-Forum als auch die UNO-Klimakonferenz abge sagt, die das internationale Image des Landes aufpolieren sollten.

Es wäre besser, würde sich Chile dadurch auszeichnen, dass seine RepräsentantInnen und politischen Parteien sich fähig erwiesen, auf die Forderungen der BürgerInnen nach größerer Gleichheit und tiefgehenden strukturellen Reformen einzugehen. Es wurden bereits einige Gesetzesprojekte präsentiert, etwa zur Erhöhung der Solidarpensionen und der Garantie eines Mindestlohns. Auch unterstützen Teile des Kongresses die Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung, um endlich die Verfassung aus der Zeit der Diktatur zu ersetzen (siehe nächster Beitrag). Die Zivilgesellschaft ist aktiv wie nie, es gibt eine Diskussion über verschiedene politische Projekte, kreative Formen von Solidarität, neben der Empörung auch Hoffnung. Es gibt die Chance auf eine funktionierende Demokratie. ■

Die Autorin ist Professorin für Geschichte an der Universität von Kalifornien, Irvine. Den auf www.nacla.org auf Spanisch veröffentlichten Text hat Hermann Klosius übersetzt und gekürzt.

¹ Die chilenische Staatsanwaltschaft gab Ende November bekannt, dass in insgesamt 2.670 Fällen von Menschenrechtsverletzungen gegen Angehörige von Polizei und Militär ermittelt wird. Dies umfasst den Zeitraum vom Beginn der Proteste am 18. Oktober bis zum 10. November. Da es sich dabei nur um zur Anzeige gebrachte Taten handelt, dürfte die Dunkelziffer um einiges höher liegen.

AUF DEM WEG

Die Protestbewegung in Chile, die von einer Erhöhung der U-Bahn-Tarife ausgelöst wurde, hat in wenigen Wochen Konkretes erreicht. Die noch unter Diktator Pinochet geschriebene Verfassung soll endlich durch ein zeitgemäßes Grundgesetz ersetzt werden. Über die Modalitäten muss noch entschieden werden.

Von Erhard Stackl

Ich stehe auf Eurer Seite“, rief Patti Smith in Santiago. „Das einzig Schöne an diesen grässlichen Zeiten ist, dass die Menschen einen Anstoß erhalten, sich zu erheben und zusammenzustehen“, kommentierte die New Yorker Poetin und Rockmusikerin die Lage in Chile.

Musik spielt bei der Erhebung von Millionen ChilenInnen gegen die neoliberale Wirtschaftsordnung, kurz „das Modell“ genannt, eine wichtige Rolle. „Das Recht in Frieden zu leben“ (*El derecho de vivir en paz*), ein vom Liedermacher Víctor Jara einst gegen den Vietnamkrieg gesungenes Lied, erklingt bei allen Demos und wurde von alten und jungen Popstars als Video im Stil von „We are the world“ aufgenommen. Bei den Protestmärschen erklingt – manchmal bloß auf einer Melodica gespielt – „*El pueblo unido jamás será vencido*“ (Ein einiges Volk wird nie besiegt werden), die Hymne der Volksfront-Regierung Salvador Allendes (1970–1973).

Vieles am politischen Erdbeben in Chile erinnert an die Allende-Zeit, auch die weltweite Anteilnahme und die von Auslandschilenen organisierten Solidaritätsdemos in vielen Städten, auch in Wien. Aber mehr als 40 Jahre Neoliberalismus mit seiner Verabsolutierung des Individualismus haben den Zusammenhalt weitgehend zerstört. Hinter dem Straßenprotest steht keine politische Führung; was „das Volk“ heute ist und was es will, muss im Detail noch herausgefunden werden. Fest steht, was es nicht will: brutale Unterdrückung durch Militär und Polizei, eine prekäre, stets armutsgefährdete Existenz inmitten einer glänzenden Überflusgesellschaft. Der Weg dorthin soll über eine neue Verfassung führen, auf deren Schaffung sich die meisten Parteien geeinigt haben. Im April 2020 soll dieser Prozess mit einem Refe-

ZU EINER NEUEN VERFASSUNG?



Foto: fotomovimiento via Flickr

Die Protestierenden ließen sich durch die Brutalität der Polizei nicht einschüchtern

rendum beginnen, bei dem die BürgerInnen entscheiden können, wer diese Verfassung schreiben soll: Option A wäre ein Gremium, das zur Hälfte aus Parlamentsabgeordneten und zur Hälfte aus dazu gewählten Bürgerinnen besteht. Option B ist eine Verfassungsgebende Versammlung parallel zum bestehenden Parlament (wie sie linke Kräfte in Chile seit langem fordern, während sie die Rechten als „venezolanisch“ verdammen).

Mastermind der im Kern noch immer geltenden Verfassung von 1980 war Jaime Guzmán, ein hochintelligenter katholischer Fundi, der das Gesetzeswerk nach den Wünschen des Diktators Augusto Pinochet maßschneiderte. Dessen Ziel war es, die politische Macht organisierter Arbeiterschaft dauerhaft zu zerstören. Das Mittel dazu war ein Gesetzeswerk, das nach dem Vorbild des österreichischen Neoliberalismus-Predigers Friedrich August von Hayek die Freiheit des Eigentums (auch an den natürlichen Ressourcen des Landes) und privates Unternehmertum (auch in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Pensionssystem) über alles stellt. Dieses autoritär ausgestaltete Gesetzeswerk („Ausnahmestand“, „Antiterror“-Maßnahmen), in dem nationale Minderheiten wie die *Mapuche* nicht einmal erwähnt werden, trug den zynischen Titel „Verfassung der Freiheit“ (nach einem Hauptwerk Hayeks).

Verfassungsvater Guzmán wurde 1991 von Kämpfern des linken *Frente Patriótico Manuel Rodríguez* (FPMR) ermordet. Die von ihm gegründete ultrarechte Partei

UDI (*Unión Demócrata Independiente*) ist noch immer Teil der Regierungskoalition von Präsident Sebastián Piñera.

Die Verfassung ermöglichte finanzstarken Familien und Firmenzusammenschlüssen, den sogenannten „*grupos económicos*“, steuerlich kaum belastet, den Aufstieg zu enormer wirtschaftlicher Macht durch die Privatisierungen und durch Naturausbeutung (Bergbau, Holz, Fischzucht, Wasser). Die seit der Diktatur aktive Investigativ-Journalistin María Olivia Mönckeberg spricht von einer „Plünderung“ Chiles durch diese Gruppen.

Das in weiten Teilen privatisierte Bildungssystem hat u.a. zur Folge, dass hunderttausende ChilenInnen Studienkredite abzustottern haben. Die Privatpensionen auf Basis der eigenen Einzahlungen in Fonds, die in Aktien investieren, wofür die Verwaltungsgesellschaften hohe Bearbeitungsgebühren verlangen, blieben weit hinter Versprechungen zurück. Der Großteil der Pensionsempfänger bekommt pro Monat umgerechnet nur 170 Euro (154.300 Pesos) ausbezahlt. Der Mindestlohn lag 2018 bei 315 Euro im Monat. Das Medianeinkommen (die Hälfte verdient weniger, die Hälfte mehr) betrug rund 1000 Euro, ein Viertel des österreichischen.

Als in den USA das nationale Pro-Kopf-Einkommen so hoch war wie in Chile jetzt (nämlich im Jahr 1965), „war dort der Mindestlohn drei Mal so hoch“, heißt es von der unabhängigen *Fundación Sol*, die solche Nachrichten aus Chile, dem

Land extremer Einkommensungleichheit, verbreitet. Ein sehr hoher Anteil der Menschen ist prekär beschäftigt, oder hat überhaupt keinen Arbeitsvertrag. Die Gewerkschaften sind zahnlos, weil meist auf Betriebsebene reduziert. Streikende können gefeuert und durch Streikbrecher ersetzt werden.

Das alles bestimmten die bisherige Verfassung und ihre Nebengesetze. Im November unterschrieben (fast) alle Parteien der Regierung und der Opposition eine „Vereinbarung für den Frieden“, in der Regeln für den Weg zur neuen Verfassung festgelegt werden. Die Kommunisten unterschrieben nicht, weil sie die Vereinbarung für eine „Falle der Rechten“ halten. Weil für jeden Artikel eine Zweidrittelmehrheit gefunden werden muss, könnten diese eine echte Umgestaltung des Gesellschaftssystems verhindern. Da die KP in den vergangenen Jahren mit AktivistInnen aus der Studentenbewegung aufgefrischt worden ist, hat sie gute Kontakte zu den Demonstrierenden auf der Straße.

Andere AnführerInnen früherer Studentenproteste machen jetzt beim links-ökologischen Parteienbündnis *Frente Amplio* (Breite Front) mit, das in Chile bereits die drittstärkste Kraft ist. Seit die Popularität Piñeras auf neun Prozent abgestürzt ist, weisen Umfragen die Frente-Vorsitzende Beatriz Sánchez sogar als populärste Politikerin (Zustimmung 12,4 Prozent) aus. Sowohl der neue rechtskonservative Spitzenmann Joaquín Lavín (10%) als auch die durch Parteiskandale geschwächte sozialistische Expräsidentin Michelle Bachelet (6,6%) liegen schlechter.

Auf einer der Straßendemos wurde Sánchez allerdings ausgebuht, weil der *Frente* die „Vereinbarung für den Frieden“ unterschrieben hat. Eine grüne Gruppierung stieg sogar aus dem Parteienbündnis aus.

Im Hintergrund lauert José Antonio Kast, ultrakonservativer Nachfahr deutscher Einwanderer und Fan des brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro. Kast könnte versuchen, als harter Rechtspopulist mit Ausländerfeindlichkeit und Homophobie in Chile an die Macht zu kommen. Derzeit ist diese Gefahr noch nicht groß.

30 Jahre nach dem Ende der Diktatur sind die Chancen, den Neoliberalismus abzuschütteln, so gut wie noch nie. Um das zu erreichen, müsste die Linke alle Kräfte bündeln, denn garantiert ist ihr Sieg noch nicht. ■

REBELLION IN DEN ANDEN

Echos der ecuadorianischen Volkserhebung

E
C
U
A
D
O
R

In Ecuadors Anden wurde ebenso rebelliert wie in Chile, Bolivien, Kolumbien oder Haiti. Die Zivilisation der Ungleichheit und die von ihr in den peripheren Ländern verursachten Verwüstungen haben die Unzufriedenheit in der Bevölkerung bis zu dem Punkt ansteigen lassen, an dem es zur sozialen Explosion kam, die das nationale und regionale politische System erschüttert hat. Eine solche Mobilisierung der Bevölkerung gleicht einem Erdbeben, das die Grundfesten unserer von Ungleichheit und Ungerechtigkeit geprägten Gesellschaften erschüttert und die bisherigen Konzepte zum Verständnis dieser Bevölkerungsschichten und ihrer Lage in Frage stellt.

Von Alberto Acosta und John Cajas-Guijarro

Schätzungen zufolge wird sich das Land zwischen 2024 und 2035 in einen Nettoimporteur von Erdöl verwandeln. Dem versucht die Regierung mit der Idee eines Bergbau-Booms zu begegnen, der die künftige wirtschaftliche Entwicklung ermöglichen werde. Wie es früher in Bezug auf das Erdöl geschah, werden so Hirngespinnste über das extraktive Potenzial des Landes erzeugt. Wie aber immer klarer wird, sind Gewalt und Korruption untrennbar mit dem Extraktivismus verbunden.

Zugleich bedeutet er für die gemeine Bevölkerung jahrelange soziale Stagnation und eine Zunahme der Armut ohne Hoffnung auf ein besseres Morgen und ohne Möglichkeit demokratischer Teilhabe an den Entscheidungen, während große lokale und transnationale Eliten Millionengewinne einstreifen (die oft aus Raub und Korruption resultieren). Statt dass diese Nutznießer der Boomphase die Kosten der Krise bezahlen, werden Extraktivismus und Überausbeutung der Arbeitskräfte als für die Überwindung der Probleme unverzichtbar hingestellt.

Von dieser Bevölkerung, die bereits die Last der Krise trägt, forderte die Regierung „Verständnis“ für die Streichung der Subventionen für die Treibstoffe und weitere Wirtschaftsmaßnahmen hinzunehmen, die ihr Lebenschancen nehmen. Als wäre diese Bevölkerung für die Krise verantwortlich und müsse für Maßnahmen bezahlen, auf die sie keinen Einfluss hatte. Wie immer werden die Gewinne privatisiert und die Verluste der Gesellschaft aufgebürdet, und das alles vom Staat in Komplizenschaft mit großen wirtschaftlichen und politischen Machtgruppen ...

Was außer Widerstand (ein in Artikel 98 der Verfassung garantiertes Recht) bleibt der Bevölkerung angesichts solcher Ungerechtigkeit und Willkür der Mächtigen? Unter Widerstand und Rebellion sind weder Verbrechen noch blindwütige Gewalt zu verstehen. Sie bedeuten, sich gegen Mächtige zu erheben, die seit Jahren, ja Jahrzehnten gegen die Interessen der einfachen Menschen handeln. Das waren der Widerstand und die Rebellion, die während der Protesttage im Oktober die Straßen Quitos füllten.

Die Liste ihrer Probleme und erlittenen Enttäuschungen ist lang und lässt sich nicht auf die eine oder andere wirtschaftliche oder politische Maßnahme reduzieren. In Ecuador hat die sich in den letzten Jahren – und verstärkt wegen der aktuellen neoliberalen Politik – verschlechternde wirtschaftliche Lage eine wichtige Rolle gespielt. Zur damit verbundenen Arbeitslosigkeit und Verarmung kam der Versuch der Regierung von Lenín Moreno, mit einem Schlag die Subvention der Treibstoffpreise abzuschaffen.

Doch die Wurzeln des Problems reichen tiefer, denn die patriarchalen, xenophoben, rassistischen und Klassenstrukturen bestehen fort und stellen sich den vielfältigen auf Befreiung abzielenden Protesten (z.B. indigenen, feministischen oder die Rechte der Arbeiter betreffenden) entgegen. Andererseits erklären die mit dem Extraktivismus, einem endlosen Prozess der Eroberung und Kolonisierung, verbundenen Formen von Gewalt sowohl autoritäre Tendenzen wie auch die Korruption. Dazu kommt der wachsende Widerstand in den betroffenen Regionen, der sich allmählich auch auf den städtischen Bereich ausdehnt. Mit Armut und Ungerechtigkeit geht die Frustration breiter Schichten einher, insbesondere von Jugendlichen, die protestieren und nichts zu verlieren haben, da ihnen auch die Zukunft geraubt worden ist.

Klare demokratische Auswege bieten sich nicht. Im Gegenteil, der Schatten einer Militarisierung der Politik liegt über vielen Teilen Lateinamerikas. Die Demokratie scheint sich bloß auf Wahlen zu beschränken, deren Ergebnisse in manchen Ländern nicht einmal respektiert werden. Diese repressiven Reaktionen gehen von

konservativen und rückschrittlichen Eliten aus Unternehmern, Politikern und auch Journalisten aus, die nach oberflächlichen Erklärungen suchen. So beschuldigte die ecuadorianische Regierung die Proteste, die zwischen dem 2. und 13. Oktober im Land stattfanden, einen Putsch herbeiführen zu wollen. Doch die Mobilisierung der Bevölkerung war eine Reaktion auf die Wirtschaftsmaßnahmen von Moreno selbst; Putschgelüste gab es nur von einigen kleinen Gruppen, die – manche in Allianz mit der Partei des früheren Präsidenten Rafael Correa – von der Situation profitieren wollten.

Scheitern eines Modells

Zu konstatieren ist die Erschöpfung eines Modells der Akkumulation und seiner politischen Systeme, seien sie fortschrittlich oder neoliberal, das sich auf ungerechte und koloniale Strukturen stützt und das angesichts der unersättlichen Ansprüche des globalen Kapitalismus zu explodieren droht. Raúl Zibechi schreibt: „Die lateinamerikanischen Revolten vom Oktober haben gemeinsame Ursachen, nahmen aber unterschiedliche Formen an. Sie sind Reaktionen auf die sozialen und wirtschaftlichen Probleme, die der Extraktivismus und eine räuberische Akkumulation verursachen: durch Monokulturen, Tagelohn, Megaprojekte und städtische Immobilienspekulation.“ Dazu kommen die Probleme, die aus den Widersprüchen des peripheren Kapitalismus resultieren: Die Länder Lateinamerikas werden in ihrer Rolle als Exporteure von Primärgütern festgehalten.

Im Fall Ecuadors ist selbst diese Rolle extrem fragil und unsicher. Die Ära des Öls geht in Ecuador zu Ende. Einigen



Fotos: Romano Paganini

Protest in Latacunga, der Hauptstadt der Provinz Cotopaxi

Dabei hätte unter keinen Umständen das Leben Unschuldiger gefährdet werden dürfen, doch das geschah, vor allem wegen der Brutalität der staatlichen Repression. Bereits die Regierung Correa hatte vergeblich versucht, Widerstand zum Schweigen zu bringen (vor allem wenn er sich gegen den Extraktivismus richtete); auch der Regierung Moreno wird es nicht gelingen.

Beide stehen für die Rückkehr eines neoliberalen Projekts, das jahrelang von der Bildfläche verschwunden war und sich jetzt in Ecuador zu konsolidieren sucht, und sei es unter Anwendung von Gewalt und autoritärer, ja selbst faschistischer Methoden. Die Saat, die Correa im verlorenen Jahrzehnt seiner Regierung gesät hat, mündete jetzt in Morenos beschleunigte Durchsetzung des Neoliberalismus unter Einsatz von staatlicher Gewalt.

Angesichts dessen müssen sich die Kämpfe der Bevölkerung koordinieren und sich ihrer Vielfalt bewusst sein. Sie haben einen Klassen- und Umweltaspekt (Arbeit und Natur gegen das Kapital), richten sich gegen Kolonialismus (ein ureigenes Anliegen der Indigenen), Xenophobie und Rassismus. Es ist ein Kampf an vielen Fronten um ein gerechteres Morgen für alle. Von der Rebellion ausgehend wird er das Samenkorn einer neuen Zukunft sein.

Für eine neue Ökonomie

Ein entscheidendes Element dieser Zukunft ist die dringende Aufgabe, eine neue Ökonomie zu planen und zu verwirklichen,

im Dienst am Leben der Menschen und in enger Harmonie mit der Natur. Das ist vordringlich, weil die herrschende Wirtschaftsweise Menschen und Natur erstickt, während sie zugunsten kleiner Teile der Bevölkerung Kapital und Macht akkumuliert. Die wichtigsten Entscheidungen beim Aufbau einer neuen Wirtschaft dürfen nicht hinter verschlossenen Türen von einigen „Experten“ getroffen werden, sondern unter voller demokratischer Beteiligung. Letztlich geht es um die Demokratisierung der Wirtschaft, sowohl in der Planung wie in der praktischen Umsetzung.

Gerade die Mobilisierungen vom Oktober haben die Gelegenheit geschaffen, sich die Überwindung der aktuellen Wirtschaftsform zum Ziel zu setzen. Das belegt der Wirtschaftsplan, den zahlreiche soziale Bewegungen im Rahmen des „Parlaments der Völker, Organisationen und Sozialen Kollektive von Ecuador“ erstellt haben. Die Initiative dazu hat der indigene Dachverband CONAIE ergriffen. Dieser Vorschlag versucht nicht nur, sich den Problemen mit einer umfassenden Sichtweise

zu stellen, sondern er begründet einen alternativen Diskurs zu jenem der Regierung, die eine vom IWF diktierte Absichtserklärung unterschrieben hat. Damit zeigt er, dass konkrete Alternativen existieren, und eröffnet die Debatte für den kollektiven Aufbau einer anderen Wirtschaft.

Zu den grundlegenden Elementen dieser neuen Wirtschaft zählen: Verringerung der Arbeitslosigkeit; Verbesserung der Einkommen und Kaufkraft der Bevölkerung; Beseitigung von Armut und Ungleichheit von Einkommen und Besitz; Verhinderung der lebensfeindlichen Flexibilisierung der Arbeit; Ausweitung von Investitionen und Sozialleistungen; der Ausweitung der Ölförderung Einhalt gebieten; Verbot von Bergbau in Quellgebieten, in Sümpfen, an Flüssen und Teichen, etc.; Unterbindung von Entwaldung sowie der Verschmutzung von Wasser, Böden und Luft; Verhinderung der Aufweichung der Umweltschutzgesetze. Es geht, kurz gesagt, darum, die kapitalistische Spirale aufzuhalten, die als „Entwicklung“ präsentiert, was in Wirklichkeit Schritte in eine immer ungerechtere, ungleichere und nicht nachhaltige Gesellschaft sind.



Auch für die Verpflegung der Demonstrierenden war gesorgt

In der komplexen wirtschaftlichen und politischen Lage Ecuadors reichen Budgetkosmetik und einfache Entschädigungen nicht aus. Es sind kurzfristige Maßnahmen gegen die konjunkturellen Probleme nötig, die zugleich mit mittel- und langfristigen Transformationen im Einklang stehen. Genau darum geht es im von der CONAIE veröffentlichten alternativen wirtschaftspolitischen Konzept. Dieses ruft

⇒ von Seite 15: ECUADOR

GEMEINSAM GEGEN GOLIATH

Eine Reflexion über den indigenen Widerstand als Antwort auf die jüngsten ökonomischen Reformen Ecuadors

sogar zur Reflexion über eine Transformation zur Überwindung der aktuellen kapitalistischen Wirtschaft auf sowie zum Nachdenken über die Notwendigkeit, die Abhängigkeit vom Extraktivismus zu überwinden und die Fähigkeiten der Völker, selbst über ihre Wirtschaftspolitik zu entscheiden, zu fördern.

Wenn auch all diese Transformationen nicht von einem Tag auf den anderen erreichbar sind, müssen, so dieser alternative Vorschlag, die verschiedenen Dimensionen der Wirtschaftspolitik gemeinsam angegangen werden, ohne den Horizont der Transformation aus den Augen zu verlieren. Er kombiniert daher kurz- und längerfristige Maßnahmen, ist aber weder in Stein gemeißelt noch unantastbar, sondern ein erster ernster Versuch eines alternativen Wirtschaftsplans.

Während die CONAIE diesen Vorschlag öffentlich gemacht hat und diesbezüglich zur Diskussion bereit war, zeigte sich die Regierung daran nicht interessiert und hat sogar massive neue Wirtschaftsreformen verfügt, ohne den Abgeordneten oder der Bevölkerung Zeit für eine Debatte darüber zu lassen. Die Regierung besteht darauf, eine rückschrittliche Wirtschaftspolitik mit Gewalt durchzusetzen. Demgegenüber beginnen die indigenen Völker und sozialen Bewegungen, direkt an der Diskussion und Ausarbeitung einer mit der sozialen Transformation vereinbaren Alternative teilzunehmen.

Auf der einen Seite stehen die Machtgruppen, die weiterhin von der Ungleichheit profitieren wollen, auf der anderen die Sektoren der Bevölkerung, die dringend neue Visionen für Produktion, Reproduktion und die Verteilung unserer Güter brauchen, eine soziale, kommunitäre und solidarische Wirtschaft, die auf das *Buen Vivir* oder *Sumak Kawsay* ausgerichtet ist. Je nachdem, wie diese Auseinandersetzung ausgeht, kann eine demokratischere Zukunft das Ergebnis sein, aber auch der Absturz in den Faschismus. Viel wird von der Zähigkeit und rebellischen Energie abhängen, mit der die Volksbewegungen ihre historische Aufgabe der Transformation und Befreiung wahrnehmen. ■

Die Autoren sind ecuadorianische Ökonomen.
Übersetzung und Kürzung: Hermann Klosius

Nach der Verabschiedung der jüngsten ökonomischen Reformen durch den ecuadorianischen Präsidenten Lenín Moreno kam es in Ecuador ab dem 3. Oktober 2019 landesweit zu Protesten. Ein historischer Moment, der uns eine unglaublich brutale und gewaltvolle Realität vor Augen führt, die seit den Unabhängigkeitskriegen fortbesteht und auf ungleichen Machtverhältnissen beruht. Wir sprechen von einem historisch konstruierten geopolitischen, sozialen, kulturellen und ökonomischen Ungleichgewicht: die indigenen und zivilgesellschaftlichen Akteure einerseits und die Interessen der vorherrschenden nationalen und transnationalen Hegemonialkräfte andererseits.

Von Marie-Therese Lager

Die aktuellen Ereignisse verdeutlichen, dass sich Ecuador immer noch im Schatten des Kolonialismus bewegt und von einem Entwicklungsdiskurs dominiert wird, der vorgibt, dass Armut ein Ausdruck von „Faulheit“ sei und ein Leben im Wohlstand nur durch Anstrengungen und Engagement erreicht werden könne. Dieser Argumentation entsprechend bat Vizepräsident Otto Sonnenholzner in den Wochen vor der Verabschiedung des Dekrets die Bevölkerung um „Verständnis“ für die im Sinne des „Plans für Wohlstand“ (*plan de prosperidad*) getroffenen Entscheidungen. Die damit verbundenen wirtschaftlichen Maßnahmen sind Ergebnis eines im März 2019 zwischen der Regierung Moreno und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) geschlossenen Abkommens.

Damit hat Moreno die unter der Regierung von Rafael Correa abgebrochenen Beziehungen zum IWF wieder aufgenommen. Vor diesem Bruch war es im Rahmen einer langjährigen Beziehung zwischen Ecuadors Regierung und dem IWF zu 18 Abkommen und der Unterzeichnung von zehn Absichtserklärungen gekommen.

Der Ökonom Pablo Dávalos warnt davor, dass nach den kürzlich verabschiedeten Maßnahmen, wie der Streichung staatlicher Subventionen für Benzin und Diesel (Dekret 883), der Beseitigung von Einkommenssteuererleichterungen, der Halbierung der Steuern für Devisenausfuhren und der Kürzung von Gehältern für Gelegenheitsjobs weitere Reformen folgen werden.

Dieses Abkommen hat, so Ecuadors Finanzminister Richard Martínez, zum Ziel, das Vertrauen der internationalen Gemeinschaft zurück zu gewinnen und sich

vom Kurs des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ zu lösen. Um die Wirtschaft zu stärken, soll die Lohnsumme reduziert und die Ausgaben für öffentliche Dienstleistungen gesenkt werden. Durch die Privatisierung öffentlicher Güter und Dienstleistungen sowie eine Marktöffnung soll der private Sektor wettbewerbsfähiger werden.

Dávalos bezeichnet diesen politischen Kurs als „wirtschaftlichen Terrorismus“, der zu einer Wirtschaftskrise und zur Verarmung der Bevölkerung führen, was den Vorwand für die Privatisierungen liefern und letztlich den ecuadorianischen Staat die ökonomische Souveränität kosten werde.

Folgenreiches Sparpaket

Die im IWF-Abkommen – im Gegenzug für einen Kredit von 4,2 Mrd. Dollar – vorgesehenen Wirtschaftsmaßnahmen verpflichten den Staat, die öffentlichen Ausgaben in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Infrastruktur drastisch zu reduzieren, um die Schulden beim IWF begleichen zu können. Als Folge davon ist laut Dávalos eine Rezession und damit eine soziale Krise zu erwarten. Preise und Arbeitslosigkeit werden steigen, begleitet von Kündigungswellen, der Reduktion sozialer Leistungen und dem Rückgang der Kaufkraft. Die Schulden der Menschen werden wachsen, Kredite uneinbringlich werden. Die Unternehmen werden nicht mehr im Inland investieren und ihr Kapital dank der gesenkten Devisenexportsteuer ins Ausland verschieben. Durch den Mangel an Dollars wird es dem Staat an Mitteln fehlen, der Liquiditätskrise entgegenzusteuern. Die Privatisierung öffentlicher Infrastruktur, die bisher die Dollarisierung der Wirtschaft stabilisieren konnte, wird dann nicht mehr möglich sein.

Die Maßnahmen der Regierung erfolgen im Interesse der großen Konzerne und des Marktes und verdeutlichen ihren neoliberalen, unternehmerfreundlichen Kurs. Es geht dabei weder um wirtschaftliche Stabilität noch um den „Wohlstand“ der Bevölkerung. Vor den Augen aller EcuadorianerInnen vollzieht sich ein „ökonomischer Terrorismus“, der das Land unter dem Deckmantel des Entwicklungsdiskurses in die absolute Armut treibt.

Als Reaktion auf die Regierungspolitik, insbesondere das Dekret 883 zur Abschaffung der Treibstoffsubventionen, organisierten der Dachverband der Indigenen Nationalitäten Ecuadors (CONAIE) und weitere zivilgesellschaftliche Organisationen einen landesweiten Streik. Darauf verhängte Präsident Moreno am 3. Oktober den Ausnahmezustand, der mit dem Einsatz von Militär und Polizei verbunden war.

Das Ausmaß der indigenen Erhebung, die von Straßenblockaden und Barrikaden in Quito und anderen Städten begleitet war, weckte Erinnerungen an die Stärke der indigenen Bewegung der 1990er Jahre, die mit dem Sturz von Abdala Bucaram endete. Am 7. Oktober kamen Mitglieder der indigenen Völker und Nationalitäten in Quito an, um die Rücknahme des Dekrets 883 zu fordern. Ihr Aufschrei auf den Straßen war einhellig: „Die Proteste werden erst dann aufhören, wenn das Dekret 883 aufgehoben wird“. Die repressive und gewaltvolle Vorgangsweise von Militär und Polizei gegen die Demonstranten hat die Stadt in eine Kampfzone verwandelt. Die von den großen, durch die Regierungspolitik begünstigten Unternehmern kontrollierten Massenmedien berichteten einseitig zugunsten der Regierung.

„cherheit“ und „kriminelle Akte“ seien jene, die „poncho und sombrero“ tragen. Auf diese Weise versuchte er die Notwendigkeit der Dekrete ebenso wie die von Polizei und Militär ausgeübte Gewalt zu rechtfertigen. Die Repression sei ein „notwendiges Übel“ gewesen, um „Demokratie“ und „soziale Sicherheit“ wiederherzustellen – auch wenn dabei Grund- und Menschenrechte verletzt worden sind.

Nach elf Protesttagen waren sieben Tote, 1340 Verletzte und 1152 Festnahmen zu verzeichnen, ausschließlich auf der Seite der marginalisierten Gruppen, der zivilgesellschaftlichen Akteure und indigenen Widerstandsorganisationen. Am Abend des 13. November kam es schließlich zu einem „Friedensdialog“ zwischen den Sprechern der Indigenen, Moreno und Ministern. In diesem auf Verlangen der CONAIE live übertragenen Dialog wurde Einigung über die Aufhebung des Dekrets 883 erzielt; es soll durch ein anderes ersetzt

Nicht außer Acht gelassen werden darf, dass der Vertrag mit dem IWF weiterhin besteht. Das Dekret 883 wurde zwar aufgehoben, aber der Kampf gegen Goliath geht weiter: Es ist ein Kampf gegen das „Strukturanpassungspaket“, die ecuadorianische Oligarchie, die hegemonialen ökonomischen Kräfte, das Märchen der sogenannten „Entwicklung“ und nicht zuletzt gegen den „Schatten der Kolonialisierung“.

Nichtsdestotrotz hat die indigene Erhebung uns eine wiedererstarke und gut organisierte CONAIE gezeigt, die durch die Proteste mehr Einfluss auf politischer Ebene gewinnen konnte. Ihre Unterstützung durch diverse soziale Gruppen und die Frauenbewegung ist gewachsen, neue Räume für solidarische Aktionen sind entstanden. Nicht zuletzt wurde sichtbar, dass noch viel Arbeit nötig sein wird, um die in der ecuadorianischen Gesellschaft und Kultur tief verankerten Rassismen und



Die Macht der Straße zwang die Regierung zur Rücknahme des Dekrets 883

Repression und Rassismus

Moreno reagierte mit einer Einschüchterungstaktik, indem er alle kriminalisierte, die ihre Stimme auf den Straßen erhoben, ob indigen oder nicht. Er brachte dabei die in der Sozialstruktur Ecuadors angelegte koloniale Ideologie zum Ausdruck. Er gab andauernd zu verstehen, verantwortlich für „Vandalismus“, „Unsi-

werden. Das neue Dekret soll von einem Komitee bestehend aus indigenen Repräsentanten und Beamten der Regierung ausgearbeitet werden. Bis dato wurde noch kein konkretes Ergebnis erzielt. Vielmehr werden die zivilgesellschaftlichen und indigenen Führungspersonen, die den Streik angeführt hatten, nun von der Regierung verfolgt.

Klassendünkel zu überwinden. Aber vor allem hat uns diese Erfahrung Hoffnung gegeben, dass eine andere Welt möglich ist. ■

Die österreichische Anthropologin Marie-Therese Lager lebt seit Jahren in Ecuador. Übersetzung aus dem Spanischen durch Judith Kutnjak

ABSTIEG DES URIBISMUS

Auch Kolumbien ist von der Protestwelle erfasst. Ein Nationaler Streiktag, ausgerufen für den 21. November, weitete sich zu einer massiven Protestbewegung aus, weil die Regierung von Präsident Iván Duque auf Eskalation statt Dialog setzte.

Von Ralf Leonhard

Am 29. Oktober, zwei Tage nach ihrer Wahl zur Gouverneurin des indigenen Territoriums *Taquinas*, wurde Cristina Bautista mit vier unbewaffneten indigenen Wachen von Bewaffneten ermordet. Das Territorium der *Nasa* liegt in Kolumbiens südwestlichem Departement Cauca. Am Vorabend hatte sie über WhatsApp noch einen Hilferuf abgesetzt: „Wir sind am Checkpoint beim Hauptquartier und gerade ist ein schwarzer Van vorbeigefahren, aus dem geschossen wurde. Gottlob wurde niemand verletzt, aber wir sind beunruhigt“. Für die Regierung ist klar, dass es sich bei den Tätern um Dissidenten der FARC-Guerilla gehandelt haben muss. Präsident Iván Duque versprach, die Region mit 2.500 Mann zu militarisieren. Das ist es nicht, was die Indigenen unter Schutz verstehen.

Die indigenen Gemeinden leben seit Jahrzehnten mit Bewaffneten in ihrer Umgebung: Armee, Guerilla, rechte Paramilitärs. Das Verhältnis war immer gespannt, denn die Ureinwohner fühlen sich am sichersten, wenn sie niemand bedrängt oder beschützen will. Bis vor kurzem konnten sie aber mit den unterschiedlichen Gruppen Konflikte im Dialog lösen, etwa wenn junge Männer zwangsrekrutiert wurden. Man kannte einander und wusste, wer die Ansprechpartner sind. Seit der Entwaffnung der FARC und dem Abzug der Guerilla ist das anders. In das Vakuum sind neue irreguläre Gruppen eingedrungen, die meisten mit rein krimineller Agenda, meist geht es um Koka oder Landraub. Es gibt keine Verhandlungen und keine Kompromisse mehr.

Mit Cristina Bautista und ihren Männern sind laut dem Regionalen Indigenenrat in diesem Jahr im nördlichen Cauca 56 Personen ermordet worden: Gemeindeglieder, Anführer und Mitglieder der in-

digenen Garde. Im ganzen Jahr 2018 waren es 46. Seit 2016 sind laut Friedensinstitut *Indepaz* an die 800 Aktivistinnen und Aktivisten ziviler Organisationen ermordet worden. Die Generalstaatsanwaltschaft anerkannte bis Ende September immerhin die Zahl von 302.

Ende Oktober berichtete das Wochenmagazin *Semana*, dass sich die Mörder des ehemaligen FARC-Mitglieds Dimar Torres über eine WhatsApp-Gruppe verschworen hatten (siehe LAA 3/2019). Verteidigungsminister Guillermo Botero geriet wenig später zusätzlich unter Druck, weil er das Bombardement von sieben dabei getöteten Kindern im August vertuscht und als „Gefecht mit Rebellen“ ausgegeben hatte. Botero trat schließlich zurück, während sich Präsident Iván Duque nur eine trockene Entschuldigung abrang.

Größte Protestbewegung seit über 40 Jahren

Dieses schleichende Massaker an Menschen, die sich für den Frieden, gegen Landraub oder für spezifische Belange ihrer Gemeinden einsetzen, war eines der Motive für den großen Nationalen Streiktag, der für 21. November angesetzt war. Medien sprachen von der größten Protestbewegung seit einem Generalstreik im September 1977. Verunsichert durch anhaltende, teils gewalttätige Proteste in Chile und Bolivien zeigte sich die Regierung nervös bis paranoid, obwohl der Protesttag seit 4. Oktober, also vor Ausbruch der Unruhen in Chile und Bolivien, geplant war. Sie verbreitete alarmierende Gerüchte, militante Aktivisten aus Venezuela würden die Streikbewegung steuern, und ließ drei Tage vor dem Streiktag die Grenzen sperren. Armee und Polizei wurden landesweit in Alarmbereitschaft versetzt.

Am Protesttag selbst verliefen jene Demonstrationen am friedlichsten, die nicht von Einsatzkräften provoziert wurden. Ausschreitungen und Plünderungen waren lokale Phänomene, die zumindest zum Teil inszeniert wurden. Es zirkulieren Videos von Polizisten, die mit ihren Schlagstöcken Fenster von Wohnhäusern zertrümmern. Demonstranten, die mit erhobenen Händen marschierten, um ihre Friedfertigkeit zu zeigen, wurden verschiedentlich von der Antiaufbruchreinheit *Esmad* mit Tränengas

auseinandergetrieben. Selbst Enrique Peñalosa, der regierungsnaher Bürgermeister von Bogotá, sprach von „orchestrierter Panik“ und verhängte ein nächtliches Ausgangsverbot.

Kein Wunder, dass sich die für nur einen Tag geplanten Proteste ausweiteten und verselbständigten. Waren es anfangs vor allem die im Nationalen Streikkomitee zusammengeschlossenen Bewegungen, Organisationen und Gewerkschaften, die die Straßen füllten, so schloss sich im Laufe der Tage zunehmend auch der über soziale Medien mobilisierte städtische Mittelstand an. In dessen Wohnvierteln klingt der Protest nach Kochlöffeln auf leeren Töpfen und richtet sich nicht zuletzt gegen die Steuerreform, die Reiche und Unternehmen begünstigt. Am 23. November verletzte die *Esmad* den 18-jährigen Studenten Dilan Cruz mit einem Projektil am Kopf so schwer, dass er wenige Tage später auf der Intensivstation starb. Dilan ist inzwischen zum Symbol für die Polizeibrutalität geworden.

Einer Einladung zum Dialog von Präsident Duque folgten Vertreter der Protestbewegung zwar, erhoben sich aber bald wieder vom Tisch, weil der Staatschef nur über seine eigenen Pläne, nicht aber über die Forderungen der Bürgerbewegungen reden wollte.

Dämpfer für den Uribismo

Duque ist der politische Ziehsohn – manche sagen: die Marionette – des rechten Ex-Präsidenten Álvaro Uribe, der Kolumbien 2002 bis 2010 regierte und den bewaffneten Konflikt militärisch lösen wollte. Noch immer lässt er nichts unversucht, um das von seinem Nachfolger Juan Manuel Santos (2010–2018) mit den FARC ausgehandelte Friedensabkommen zu sabotieren. Lange Zeit erfreute er sich bei weiten Bevölkerungskreisen ungebrochener Beliebtheit, obwohl seine Verbindungen zu rechtsextremen Terrorgruppen und flagrante Korruption belegt sind.

Umso überraschender fielen die Niederlagen seiner Kandidaten bei den Kommunalwahlen vom 27. Oktober aus. Wenn man die ersten bedeutenden Wahlen seit dem Präsidentschaftsrennen von 2018 als Stimmungstest liest, konnte der Triumph von oppositionellen und unabhängigen KandidatInnen keine deutlichere Absage

an die Politik von Iván Duque sein, vor allem in den großen Städten. In der Hauptstadt Bogotá siegte die Liberale Claudia López von der Grünen Allianz, die offen lesbisch lebt. Sie wird seit Jahren von Personenschützern begleitet, weil sie Verbindungen zwischen Paramilitärs, Drogenbanden und rechten Politikern aufgedeckt hat. Ihre erste Botschaft: „Bogotá hat den Machismo und die Homophobie niedergestimmt. Es darf keinen Zweifel geben: Die politische Wende und die Gleichheit lassen sich nicht aufhalten“.

In der Millionenstadt Cali setzte sich der Mediziner Jorge Iván Ospina, Kandidat einer Mitte-links-Oppositionsallianz,

PROTESTE GEHEN MINDESTENS BIS JÄNNER WEITER

Nachdem die Massendemonstrationen gegen die rechte Regierung von Präsident Iván Duque Kolumbien zum dritten Mal in zwei Wochen lahm gelegt haben, hat das Nationale Streikkomitee nun entschieden, die Proteste im Dezember und Jänner fortzusetzen. Grund dafür ist die Weigerung Duques, über alle 13 Forderungspunkte des Streiks im Block zu verhandeln. Weiterhin finden jeden Tag *cacerolazos*, offene Uni-Unterrichte auf den Straßen, Kundgebungen, Musikkonzerte

stimmt, Bürgerversammlungen in den Städten und auf dem Land weiter zu fördern und am 30. und 31. Jänner ein weiteres Generaltreffen abzuhalten. Sobald das Datum der Schlussabstimmung der Steuerreform im Kongress angekündigt wird, sollen Menschenmassen auf den Straßen dagegen mobil gemacht werden.

Bei dem Mega-Demo-Konzert „Gesang für Kolumbien“ traten rund 40 auch international bekannte Künstler wie *Doctor Krapula*, *Bomba Estereo* und *Chocquibtown* auf, um spontan einen Beitrag zu den Protesten zu leisten. Teils über sieben Kilometer lang liefen die Protestierenden mit den Künstlern mit, die auf einer fahrenden Bühne spielten. Zwischen den Liedern riefen Musiker und Demonstrierende Parolen wie „*Resistencia*“ (Widerstand) oder „*el pueblo no se rinde, carajo*“ (das Volk gibt nicht auf, verdammt).

Trotz der feierlichen Stimmung der Demonstrationen hört die *Esmad*, die Aufstandsbekämpfungseinheit der Polizei, nicht auf, vor allem Jugendliche auf den Straßen brutal zu attackieren. Dabei spielt oftmals keine Rolle, ob sie aktiv an Demonstrationen teilnehmen oder nicht. Auch auf den Straßen von Mittelschichtsvierteln, die bei Mobilisierungen sehr aktiv sind, sollen Polizei und *Esmad* willkürlich jugendliche Passanten festgenommen haben. Ebenso wurde gemeldet, dass die *Esmad* Männer und Frauen in zivilen Autos verschleppt habe. Bislang hat die *Esmad* hunderte Verletzte und rund tausend Verhaftete hinterlassen.

Das Streikkomitee hatte 13 Forderungspunkte formuliert, die sich gegen neoliberale Reformen, die Sabotage des Friedensabkommens und die Nichterfüllung von bereits geschlossenen Übereinkünften mit Indigenen und Studentenorganisationen richten. Zu den neoliberalen Reformen und Dekreten, die Duque vorantreibt oder schon verabschiedet hat, zählen die Privatisierung staatlicher Firmen und des Rentensystems, die Steuerbefreiung für Großunternehmen oder die Erhöhung von Steuern für die Mittelschicht. Auch die Auflösung der *Esmad* und die Wiederaufnahme der Friedensgespräche mit der ELN-Guerilla sind Forderungen des Komitees.

Von Hans Weber, amerika21



In Kolumbiens Städten nahm der Protest auch die Form von *cacerolazos* an

gegen den Regierungskandidaten klar durch. In Medellín, einer Hochburg des Uribismo, siegte überraschend der Unabhängige Daniel Quintero Calle. Noch weniger hatte man in der Hafenstadt Buenaventura mit Víctor Vidal, dem Kandidaten der afrokolumbianischen Gemeinden und Vertreter einer Linksallianz, gerechnet. Er hatte im Juni 2017 einen Streik angeführt, der den Pazifikhafen drei Wochen lahmlegte.

Ernüchternd endeten die Wahlen auch für die zur Partei gewandelte Guerilla FARC. Julián Conrado, der einzige Ex-Guerillero, der ein Bürgermeisteramt (das der Kleinstadt Turbaco) eroberte, trat nicht für die FARC an, sondern für die Partei *Colombia Humana* von Oppositionsführer Gustavo Petro. Für den Politologen Sergio Guzmán vom Beratungsbüro *Colombia Risk Analysis* ist die Botschaft klar: „Diese Wahlen sind zweifellos ein harter Schlag für den Uribismo“.

und Bürgerversammlungen statt. Ein Highlight in der dritten Protestwoche war am 8. Dezember in Bogotá das größte Open-Air Konzert der Landesgeschichte. Unter dem Motto „Gesang für Kolumbien“ kamen rund 250.000 Menschen zusammen.

Die Entscheidung, die Proteste fortzuführen, trafen 2.000 Delegierte sozialer Bewegungen bei einem großen Treffen am Freitag und Samstag davor. Daran nahmen Vertreter von indigenen und afrokolumbianischen Gemeinden, Gewerkschaften, Gremien der Rentner, Künstler, Umweltschützer, Friedens-, Studenten- und Frauenorganisationen sowie Sprecher von Stadtteilversammlungen teil.

Weitere Protestaktionen sollen nun mit den kolumbianischen traditionellen Weihnachtsfeiern im Dezember verbunden werden. Ein weiteres Ziel sei, mobilisierte Teile der Gesellschaft, die bei der Streikorganisation noch nicht vertreten sind, darin zu integrieren. Ebenso wurde zuge-

ALBERTO FERNÁNDEZ IST NEUER PRÄSIDENT

Seit 10. Dezember heißt der neue Präsident Argentiniens Alberto Fernández. Bei der Wahl am 27. Oktober konnte der Kandidat des peronistischen Bündnisses *Frente de Todos* 48,1% der Stimmen holen und somit bereits in der ersten Runde als Sieger aus dem Präsidentschaftsrennen hervorgehen. Amtsinhaber Mauricio Macri holte mit seinem Bündnis *Juntos por el Cambio* 40,4%. Das Ergebnis ist klar, allerdings ist das Plus von über zwei Millionen Stimmen, die Macri im Vergleich zu 2015 einstreichen konnte, doch auch erstaunlich. Die wirtschaftliche Bilanz der letzten vier Jahre liest sich verheerend.

Von Tobias Boos

einmal seine harte WählerInnenbasis. In den Provinzen im Zentrum des Landes wie Córdoba, Santa Fe und Mendoza konnte er schlussendlich doch wieder wie 2015 gewinnen. Diese Provinzen stehen dank starken Agrarsektors und einer vergleichsweise wohlhabenden Bevölkerung im Vergleich zum Rest des Landes ökonomisch besser da. Auch diskursiv kam es zu einem Umschwenken. Vor allem Macris Kandidat für die Vizepräsidentschaft Miguel Pichetto schlug zunehmend harte Töne à la Bolsonaro an. Das dürfte die ideologisch stark antiperonistisch bzw. antikirchneristisch eingestellten Wählersegmente mobilisiert haben.

Trotz Macris Niederlage verkompliziert dieser Wahlausgang das Szenario für Fernández. Seine Hoffnung, dass das politische Projekt von *Cambiamos* nach den Wahlen ein für alle Mal politisch delegitimiert sei, hat sich nicht erfüllt. Auch zeigt das Ergebnis an, dass die gesellschaftliche Spaltung, die man mit einer sehr moderaten Rhetorik zu überwinden gehofft hatte, weiterhin tief sitzt.

Fernández bloß eine Marionette von Fernández?

Doch wer ist eigentlich Alberto Fernández? Trotz des gleichen Nachnamens ist der neue Präsident nicht mit seiner Vizepräsidentin Cristina Fernández de Kirchner verwandt. Alberto Fernández war zwischen 2003 und 2007 Kabinettsleiter von Néstor Kirchner. Auch noch zu Beginn der ersten Amtszeit von Fernández de Kirchner bekleidete er diesen Posten, schied aber wenig später aufgrund von Meinungsverschiedenheit mit ihr aus. Auch in den Folgejahren kritisierte er immer wieder öffentlich die Präsidentin und den von ihr eingeschlagenen Kurs. Unter anderem veröffentlichte er 2017 einen Artikel unter dem Titel „Die ethischen Dilemmata des lateinamerikanischen Progressismus“, in dem er rigoros mit den linken Regierungen in der Region ins Gericht geht.⁴ Nicht zuletzt deshalb waren nicht wenige erstaunt, als das Duo Fernández/Fernández seine Kandidatur verkündete.

Der Wahlerfolg des Duos liegt aber genau in diesem scheinbaren Widerspruch begründet: Einerseits versammelt die ehemalige Präsidentin noch immer einen

Unter anderem bestanden wichtige Wahlversprechen Macris 2015 darin, die Armutsrate auf null Prozent zu senken, die Inflation einzudämmen und den Finanzsektor wieder international einzubinden, indem man den Streit mit den sogenannten Geierfonds beilegt. Aktuelle Wirtschaftszahlen zeigen: Im ersten Halbjahr 2019 lebten 35% der Bevölkerung, d. h. über 15 Millionen ArgentinierInnen, unter der Armutsgrenze. Ein Rekordhoch seit 2008, und die jüngsten wirtschaftlichen Entwicklungen haben die Zahlen noch weiter in die Höhe getrieben. Die prognostizierte Inflation für dieses Jahr liegt bei 60%. Je nach Messung summiert sie sich für die gesamte Amtszeit Macris auf einen Wert zwischen 100 und 130 %.

Bilanz des Scheiterns

Die aufgehobenen Regulierungen des Finanzsektors und das Einlenken im Streit mit den Hedgefonds (Geierfonds) sorgten dafür, dass Argentinien wieder an die internationalen Finanzmärkte zurückkehren konnte. Allerdings brachte der Liberalisierungskurs nicht die erforderlichen Investitionen ins Land. Im Gegenteil: die Auslandsverschuldung ist in den letzten vier Jahren um 100 Milliarden auf über 300 Milliarden US\$ gestiegen.¹ Die aufgenommenen Kredite dienten aber vor allem Finanzspekulationen. Im selben Zeitraum floss der gleiche Betrag auf Konten ins Ausland. Im Zuge dieser Strategie der Regierung Macris kehrte auch der Internationale Währungsfonds zurück nach Argentinien. Mit circa 56 Milliarden US\$ ist das Land aktuell der größte Kreditnehmer der internationalen Institution.

Argentinien als krisengebeuteltes Land mag eine eingängige Erzählung sein, die auch von den ArgentinierInnen selbst gerne wiederholt wird. Allerdings ist hier

Vorsicht geboten: Die vier Jahre unter Macri waren für einen Teil der Eliten ein lukratives Geschäft. Jüngste Analysen zeigen, dass die oberen zwei Einkommenszehntel ihre Realeinkommen vergrößern konnten. Umgekehrt büßten die unteren drei Dezile an Realeinkommen im gleichen Zeitraum ein.² Viral ging zu Beginn der Amtszeit Macris die Äußerung des Ökonomen Javier Fraga, der die „populistische Wirtschaftspolitik“ der vorangegangenen Jahre mit den Worten kritisierte, dass man „den mittleren Angestellten glauben gemacht hat, dass sein Lohn dazu reicht, sich ein Handy zu kaufen und ins Ausland zu reisen“.³

Fraga wurde im Jahr darauf Präsident der argentinischen Nationalbank, und tatsächlich sparte die Regierung vor allem bei den unteren Bevölkerungsteilen. Preise für Strom, Gas oder öffentlichen Nahverkehr hatten sich in den letzten Jahren um bis zu 1000% erhöht. Die jährlichen Tarifverhandlungen blieben weit hinter der Inflation zurück. Die Politik der Regierung diente neben dem Finanzsektor vor allem den internationalen Großunternehmen. Zum Ende der Amtszeit mussten täglich durchschnittlich fünfzig kleine und mittelständische Unternehmen zusperrern.

Antiperonismus

In Argentinien reden selbst die Anhänger der Macri-Regierung deren wirtschaftliche Bilanz nicht mehr schön. Doch gerade deswegen sind die über vierzig Prozent für Macri beachtlich. Noch bei den Vorwahlen hatte Fernández einen Vorsprung von gut 15 Prozentpunkten erlangt. Lange sah es danach aus, dass er diesen Vorsprung sogar noch ausbauen könne.

Der Grund für das gute Wahlergebnis von Macri könnten die letzten Wochen seiner Kampagne gewesen sein. In einer Reise durchs Land mobilisierte er noch



Foto: Resumen Latinoamericano

Zahlreiche Proteste gegen Macris neoliberale Politik (hier März 2017) trugen zu seiner Niederlage bei

gewichtigen Teil der argentinischen Bevölkerung hinter sich. Andererseits ruft sie bei einem anderen Teil starke Ablehnung hervor. Mit der Kandidatur von Alberto Fernández konnten auch Schichten für das Bündnis gewonnen werden, die unter keinen Umständen die Ex-Mandatarin wählen wollten.

Alberto Fernández ist allerdings keine bloße Marionette der Expräsidentin. Gerade sein eigenständiges politisches Profil ermöglichte es, die Opposition neu aufzustellen. Er genießt einen sehr guten Ruf in Unternehmenskreisen. Und auch die Zusammensetzung seiner Regierung weist darauf hin, dass der neue Präsident versuchen wird, rhetorisch abzurüsten und den sozialen Ausgleich voranzutreiben. Gleichzeitig muss Fernández das Kunststück vollbringen, Kompromisse in einem wirtschaftlichen Szenario auszuhandeln, das sich überaus kompliziert darstellt.

Kurzfristig wird er wohl auf die Deckelung der Preise für notwendige öffentliche Dienstleistungen und Güter, das Aufstocken von Sozialprogrammen sowie Infrastrukturinvestitionen zur Schaffung von Arbeitsplätzen setzen. Inwieweit die einheimische Industrie so wiederbelebt werden kann, wird stark davon abhängen, wie schnell diese Maßnahmen greifen.

Zeitgleich steht er vor einem Berg an Auslandsschulden, die er neu strukturieren

möchte. Inwieweit unter anderem der IWF dazu bereit ist, wird sich zeigen. An seiner Präferenz für Mauricio Macri hat dieser im Vorfeld der Wahlen keine Zweifel gelassen. Die Auslandsverschuldung verbindet sich dabei mit grundlegenden strukturellen Problemen der argentinischen Wirtschaft. Der Großteil der neu aufgenommenen Auslandsschulden ist in US\$ notiert. Die neue Regierung wird die notwendigen Devisen lukrieren müssen, um die Schulden zu bedienen.

Dafür wird wohl kein anderer Weg bleiben, als auf Exporte aus dem Agrarsektor (vor allem Soja) und anderer Rohstoffe zu setzen. Die weitere Erschließung der Schieferölvorkommen in *Vaca Muerta* in der Provinz Neuquén dürfte auch ganz oben auf der Liste des neuen Präsidenten stehen. Das zwingt die Regierung nicht nur zu Zugeständnissen an die mächtigen Agrarverbände und Ölfirmen, sondern bedeutet auch die Vertiefung des extraktiven Entwicklungsmodells.

Lateinamerika am Scheideweg

Der Wahlsieg kommt zu einem Zeitpunkt, an dem Revolten und Aufstände einen neuen Zyklus in der Region einzuleiten scheinen. Gleichwohl ist die Richtung, in die es gehen wird, aktuell nicht abzusehen. In Haiti, Ecuador und Chile tobten schon zur Wahl von Fernández Auf-

stände gegen die Regierenden. Die Freilassung von Lula da Silva kurz nach der Wahl in Argentinien hat die Kräfteverhältnisse in Brasilien verschoben. Noch unmittelbar nach der Wahl hatte Jair Bolsonaro kommuniziert, er werde Fernández nicht gratulieren. Der rechtsradikale Präsident des Nachbarlandes könnte im Präsidenten in der zweitgrößten Wirtschaft der Region nun einen Gegenspieler gefunden haben. Das gilt sowohl hinsichtlich wirtschaftlicher als auch diplomatischer Belange. Fernández hatte im Wahlkampf die Freilassung von Lula gefordert. Auch den Vorschlag, die Handelszölle des Mercosur zu senken, musste Bolsonaro kurz nach der Wahl kassieren.

In Bolivien sah es unmittelbar nach der Wahl von Fernández noch danach aus, als ob diese Evo Morales Auftrieb geben könnte. Mittlerweile könnte der Putsch im Nachbarland die Kräfteverhältnisse in der Region jedoch wieder nach rechts verschieben. Die aktuelle Situation verändert sich dabei genau so rasch, wie sie unvorhersehbar ist. Das Beispiel Bolivien sollte aber eine Warnung sein, bedenkt man, wie schnell die durchaus legitime Kritik an Praktiken der Regierung Morales von rechten bis rechtsextremen Kräften hegemonisiert werden konnte. Es bleibt zu hoffen, dass die anderen Kämpfe in der Region in positiveren Bahnen verlaufen. In welche Richtung es in Lateinamerika in den kommenden Jahren geht, steht aktuell auf Messers Schneide. ■

Der Autor ist Assistent am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien.

¹ <https://www.argentina.gob.ar/hacienda/finanzas/presentaciongraficadeudapublica>

² <http://agendapublica.elpais.com/que-hay-en-la-cabeza-del-electorado-argentino/>

³ <https://www.infobae.com/2016/05/27/1814472-gonzalez-fraga-le-hicieron-crear-un-empleado-medio-que-podia-comprarse-celular-e-irse-al-exterior/>

⁴ <https://revistacrisis.com.ar/notas/los-dilemas-eticos-del-progresismo-latinoamericano>

VOR DER SOZIALEN EXPLOSION

Haiti kommt nicht zur Ruhe. Auch im Dezember gehen die Proteste und Straßenblockaden gegen Präsident Jovenel Moïse unvermindert weiter. Seit Mitte September sind mindestens 42 Menschen bei Zusammenstößen getötet worden. Auslöser war ein akuter Treibstoffmangel mit einhergehender Preisexplosion, da durch die Krise in Venezuela kein vergünstigtes Erdöl mehr geliefert wird. Das venezolanische *Petro Caribe*-Programm bildet auch den Hintergrund für die Unruhen: Präsident Moïse wird vorgeworfen, zusammen mit Regierungsmitgliedern und Unternehmern mehr als zwei Milliarden US-Dollar bei der Verwertung der vergünstigten Lieferungen abgezweigt zu haben.

Von Jürgen Kreuzroither

Die Zerrüttung geht so tief, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt des sowieso in der Dauerkrise befindlichen Landes zusätzlich bedroht ist. Die Menschen bringen kein Verständnis mehr füreinander auf. Bei den Protesten werden immer wieder landesweit Straßen mit Steinen und brennenden Reifen blockiert, während sich in der Hauptstadt Port-au-Prince Senatoren auf den Gängen des Abgeordnetenhauses prügeln; einer schoss kürzlich vor dem Parlament um sich und verletzte dabei zwei Journalisten. Die Autorität von Präsident Jovenel Moïse schwindet unweigerlich.

Die Meinung, dass es noch nie so hoffnungslos war, hört man überall. Und das von einem Volk, das die Diktaturen von François und Jean-Claude Duvalier, eine US-Invasion und das Erdbeben von 2010 erdulden musste, bei dem 300.000 Menschen ums Leben kamen. Die Wut speist sich aus verletztem Stolz einer Nation, die 1804 aus einem Sklavenaufstand hervorging. Die Haitianer glauben, die Welt ignoriere ihre Geschichte aus rassistischen Gründen und halte sich lieber an die Sicht Donald Trumps, der Haiti ein „Drecksloch“ nannte.

Unterdessen liegt die Arbeitslosenquote bei 70%, das jährliche Pro-Kopf-Einkommen bei 350 Dollar und die Inflation bei 19%. Staat und Ökonomie sind auf Finanztransfers aus der Diaspora auf fast drei Milliarden Dollar im Jahr angewiesen, ein Drittel des Bruttoinlandsproduktes. Der Handel wird weitgehend von Ausländern, vor allem aus der benachbarten Dominikanischen Republik, kontrolliert. Die Vermögenswerte des Landes befinden sich in den Händen einiger superreicher Familien, was zu heftigen Ressentiments führt.

Zu den derzeitigen Protesten kam es, als das Benzin ausging und der normaler-

weise rege Verkehr der Städte fast zum Erliegen kam. Schon im Frühjahr gab es aus demselben Grund Unruhen. Mehrere aufeinanderfolgende Regierungen mühten sich, den Preis niedrig zu halten, indem sie den Treibstoff aus Venezuela bezogen und subventionierten. Doch diese Quelle ist versiegt und der Staat hat auch keine Mittel mehr, um dafür aufzukommen. Wegen ausstehender Rechnungen ließen die Ölfirmen prompt den Benzinpreis steigen, was auch Lebensmittel verteuerte. Auch die Elektrizitätsversorgung ist aus diesem Grund gefährdet. Der größte Energieversorger kann die Ölimporte zum Betreiben der kalorischen Kraftwerke nicht mehr bezahlen, während die Regierung von Veruntreuung spricht und Geldrückforderungen stellt.

Angesichts des allgemeinen Niedergangs wird sogar die Rückkehr des Duvalier-Clans an die Macht nicht mehr gänzlich ausgeschlossen. Nicolas Duvalier, besser bekannt als „Grandbaby Doc“ und seines Zeichens Sohn von Jean-Claude Duvalier, der von 1971 bis 1986 das Land als Diktator in Schach hielt, buhlt derzeit unter den Auslands-Haitianern in Miami um Unterstützung. Drei Jahrzehnte Furcht und Schrecken unter den Duvaliers könnten ihre Fortsetzung finden.

Auch auf der anderen Seite der Grenze sind die Geister der Vergangenheit nicht wirklich zur Ruhe gekommen. Lange schon weichen viele HaitianerInnen in die Dominikanische Republik aus, um dort Arbeit zu finden. 1937 ordnete dort Diktator Rafael Trujillo ethnische Säuberungen an, bei denen Schätzungen zufolge 20.000 HaitianerInnen ermordet wurden. Das mag

lange her sein, aber Trujillos Enkel Ramfis kandidiert bei der Präsidentenwahl 2020 – und das mit einer strikt anti-haitianischen Agenda.

Es formiert sich aber auch eine mögliche Alternative zu all den Untergangsszenarien. In Port-au-Prince, der Hauptstadt Haitis, haben Vertreter von politischen Parteien und sozialen Organisationen der Opposition ihre Spaltungen zumindest vorübergehend überwunden und sich auf eine Reihe von Maßnahmen für den Fall geeinigt, dass Präsident Moïse zurücktritt. Diese Allianz hat ein Abkommen unterzeichnet, nach dem es eine neue Verfassung, eine Justizreform und Gerichtsverfahren wegen Unterschlagung öffentlicher Mittel geben soll. Eine Übergangsregierung soll von einem Richter und einem Vertreter der Opposition als Ministerpräsident gebildet werden.



Die Proteste bringen Präsident Moïse in Sturzgefahr

Einer etwaigen Übergangsregierung stehen Herkulesaufgaben ins Haus: Die UNO geht von derzeit 35% der Bevölkerung – das sind 3,7 Millionen Menschen – aus, die auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen sind. Und der Trend zeigt steil nach oben: Steigende Rohstoffpreise, die Abwertung der lokalen Währung, Korruption sowie die Verschlechterung der Sicherheitslage durch die Unruhen schränken den Zugang der ärmsten Haushalte zu Nahrungsmitteln zunehmend ein. Auch treffen die Folgen des Klimawandels (anhaltende Dürre seit 2018) die Landwirtschaft hart.

Der Stolz auf die Sehnsucht nach Freiheit ist das Ergreifendste an Haiti. Doch die Lage zwingt die Menschen, auch unter sklavenähnlichen Bedingungen zu arbeiten. Die davon ausgehende Anspannung ist auf der Straße zu spüren. Die wenigen Reichen werden als „Ausländer“ angesehen, auch wenn sie schon seit Generationen im Land leben. Es braut sich etwas zusammen. ■

„DER STAAT STEHT IM DIENST DES ORGANISIERTEN VERBRECHENS“

Der Bürgermeister der honduranischen Kleinstadt San José de Colinas im Departement Santa Barbara ist einer der 32 (von 298) Bürgermeister, die der Linkspartei LIBRE (Libertad y Refundación) angehören. Auf seiner Tournee durch Deutschland, die Niederlande und Frankreich machte er auch einen Abstecher nach Wien, um über den Widerstand gegen die durch wiederholte Wahlfälschungen an die Macht gekommene Regierung von Juan Orlando Hernández (JOH) zu berichten. Das Gespräch führte Leo Gabriel.

Wir bekommen laut Gesetz zehn Prozent des Steueraufkommens, das sind im Fall unserer Gemeinde 43.000 USD. Damit kommen wir aber nicht sehr weit. Die großen Entwicklungsprojekte, wie etwa ein Programm der Interamerikanischen Entwicklungsbank und der CEPAD zur Förderung der Landwirtschaft im Umfang von vier Milliarden Lempiras (200 Millionen Dollar), werden von der Regierung direkt vergeben, aber nur an die Parteigänger des *Partido Nacional*. Wir von den anderen Parteien sind von jeder sozialen Aktion von vornherein ausgeschlossen.

Interview mit Amable de Jesús Hernández

Was können da die Bürgermeister tun, um diesen Rückkehrern zu helfen, oder sogar zu verhindern, dass die HonduranerInnen ins Ausland flüchten müssen?



Das große Problem von Honduras ist nicht, dass es hier zu wenige Ressourcen gibt, sondern dass die Ressourcen des Staates von einem Drogenkartell kontrolliert werden. Wir können z.B. nicht zu einem Armeeführer oder Polizeipräsidenten gehen, weil wir nicht sicher sein können, dass dieser nicht selbst einem dieser Kartelle angehört. Und so lange dieser institutionelle Rahmen nicht garantiert ist, ist jede von außen an die Regierung herangetragene Hilfe verlorene Liebesmüh.

In periodischen Abständen tauchen Nachrichten über große Volksbewegungen in Honduras auf, die von der Armee und der Polizei anscheinend immer wieder gewaltsam niedergeschlagen werden. Jetzt scheint es der Opposition endlich gelungen zu sein, eine einheitliche Widerstandsfrent zu bilden. Worum handelt es sich dabei?

Das heißt, es hat sich nicht viel verändert in Honduras – auch nicht, nachdem ein Gericht in New York den Bruder des Präsidenten wegen Drogenhandels verurteilt hat?

Natürlich hat das das Image des Präsidenten beschädigt, denn jetzt weiß jeder, dass Juan Orlando Teil der Drogenmafia ist und mit dem organisierten Verbrechen unter einer Decke steckt. Wegen der Repression hat das aber zu keiner nationalen Bewegung geführt. Wir leben eben in einer Diktatur; wer immer protestiert, muss damit rechnen, ermordet zu werden. Ich persönlich glaube deshalb auch nicht, dass die Regierung durch einen Generalstreik zum Abdanken gezwungen werden kann. Da müssen wir schon bis November 2021 warten, wenn alle Behörden (Präsident, Abgeordnete und Bürgermeister) neu gewählt werden.

Und die Flüchtlingswelle ist nach wie vor sehr stark?

Ja, aber es wird darüber nur mehr wenig publiziert, seit den Abkommen, die Honduras, Guatemala und El Salvador mit den USA unterzeichnet haben und in denen sie zu „sicheren Drittstaaten“ erklärt werden. Im Unterschied zu Bolivien wird diese Regierung vom State Department unterstützt. Das heißt, dass wir uns jetzt mit den Problemen der Rückkehrer konfrontiert sehen und uns noch dazu um die Flüchtlinge aus anderen Ländern kümmern müssen.

Aber wie könnt ihr aus dieser Lage, zu der euch die Geschichte verdammt hat, herauskommen? Welche Hilfe braucht ihr?

Einerseits müssen wir die Aktionen auf lokaler Ebene und das Netz der Zivilgesellschaft stärken. Das machen zum Beispiel die Mennoniten in Santa Barbara. Aber auch außerhalb können Beispiele wie das der Stadt San Miguel in El Salvador als Vorbild dienen. Wir müssen uns mit allen diesen Initiativen zusammentun. Deshalb wollen wir Anfang Februar 2010 ein Forum organisieren, um der Frage nachzugehen: Was können wir tun, damit die Menschen nicht emigrieren müssen? Dazu brauchen wir Kredite, keine Almosen. ■

Welche Rolle spielen dabei Bürgermeister wie Sie? Verfügt ihr über genügend Budget, um die Not der BürgerInnen zu lindern?

OAXACA SCHREIBT GESCHICHTE

Die Legalisierung des selbstbestimmten Schwangerschaftsabbruchs in Oaxaca ist eine der Auswirkungen der „grünen Flut“, wie die von Argentinien ausgegangene und durch ein grünes Halstuch symbolisierte Frauenbewegung in Lateinamerika bezeichnet wird.

Von Regina Tamés

Vor fast 13 Jahren gab Mexiko-Stadt Anlass zu Diskussionen. Zum ersten Mal in Mexiko wurde im April 2007 in einem lokalen Kongress die Legalisierung der Abtreibung bis zur zwölften Woche verabschiedet. Das machte weltweit Schlagzeilen, da ja Lateinamerika einer der Kontinente mit den restriktivsten Gesetzen in Bezug auf das Recht von Frauen ist, über ihren eigenen Körper zu bestimmen. Heute leben 97% der Frauen im gebärfähigen Alter in Lateinamerika und der Karibik in Ländern, wo der Schwangerschaftsabbruch bestraft wird.

Der Triumph in Mexiko-Stadt wurde Jahrzehnte lang zwischen diversen AkteurInnen geplant und, obwohl immer ein Risiko der Ablehnung des Gesetzes durch lokale Kongressabgeordnete bestand, mündeten die Anstrengungen der gemeinschaftlichen Arbeit in positive Ergebnisse. 2007 gab es in der mexikanischen Hauptstadt eine Kombination von politischen Umständen, die den Fortschritt in den reproduktiven Rechten der Frauen erlaubten.

Der Rest des Landes hatte nicht das gleiche Glück. Trotz der Anstrengungen etwas Ähnliches zu erreichen, wie etwa in Guerrero, Morelos und Coahuila, ließen die politischen Kräfte keine Gesetzesänderung durch Abstimmung zu. Im Gegenteil, ab 2008 begann eine Welle von Änderungen der lokalen Verfassungen, um den Schutz des Lebens ab der Empfängnis aufzunehmen, die nun in 18 Bundesstaaten in Kraft sind.

In diesem Kontext schrieb der Bundesstaat Oaxaca am vergangenen 25. September Geschichte. Für diesen Bundesstaat im Süden des Landes waren immer schon – abgesehen von seiner Schönheit, seinem guten Essen und seinen kulturellen Traditionen – die großen sozialen Ungleichheiten charakteristisch. Ein klares Beispiel dafür ist, dass er weiterhin zu den Bundes-



Verteidigung des Lebens und Straffreiheit der Abtreibung sind kein Widerspruch

staaten mit der höchsten Müttersterblichkeit gehört (im Jahr 2016 mit 44,3 Todesfällen von Müttern pro 100.000 Lebendgeburten) und in dem viele Frauen angeklagt, vor Gericht gestellt und wegen Abtreibung verurteilt wurden.

Schon vor dieser Reform gab es in Oaxaca einige Gründe für einen legalen Schwangerschaftsabbruch, wie überhaupt die Abtreibung im Land auf lokaler Ebene und mit einem System von Indikationen reguliert wird. Solche Gründe sind fahrlässiger Abbruch, Schwangerschaften wegen vorangegangener Vergewaltigung, Embryonen mit schweren genetischen oder angeborenen Beeinträchtigungen, Risiko für die Gesundheit oder Todesgefahr für die Mutter sowie künstliche Befruchtung ohne Einverständnis. Nun schließt sich Oaxaca Mexiko-Stadt mit einem gemischten System von Fristen und Indikationen an.

Mit 24 Stimmen dafür und zehn dagegen stimmten die Abgeordneten von *Morena* für eine Änderung des Strafgesetzes des Bundesstaates, um den Schwangerschaftsabbruch bis zur 12. Woche zu legalisieren. Der Erfolg war durchschlagend. Und es fehlte nicht an Spannung. Die elektronische Anzeigetafel fiel nach den Wortmeldungen der BefürworterInnen und GegnerInnen der Gesetzesänderung aus. Man hörte Schreie innerhalb des Kongresses, die gegen eine Verabschiedung des Gesetzes Druck machten.

Nicht nur das Resultat war wichtig, sondern auch der Prozess. Die lokalen Abgeordneten unter Führung von Hilda Pérez Luis waren äußerst sorgfältig, professionell und überzeugend. Die im Kongress gehaltenen Reden standen unter dem Zeichen der sozialen Gerechtigkeit und des öffentlichen Gesundheitswesens sowie immer auf der Höhe der internationalen Standards. Bewundernswert war, dass sie in ihrem Engagement und ihrer Pflicht als VertreterInnen des Volkes trotz des gegen sie inner- und außerhalb des Kongresses aufgebauten sowohl virtuellen als auch physischen Drucks nicht aufgaben und schließlich im Einklang mit den Bedürfnissen der Frauen und mit Argumenten für den laizistischen Staat abstimmten.

Die „grüne Flut“ hat seit ihrem Erscheinen in Argentinien Bedeutung als pluralistische, geordnete und vielseitige Bewegung erlangt. Die Mexikanerinnen haben das grüne Halstuch als Symbol übernommen und haben es über das Land verbreitet. Dieser soziale Rückhalt hatte eine große Auswirkung und wurde auch von den Regierungen auf nationaler und lokaler Ebene wahrgenommen. Die Präsenz dieser Bewegung hatte zweifellos zur Folge, dass sich die Abgeordneten von Oaxaca unterstützt fühlten, die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs in Angriff zu nehmen, auch angesichts von KritikerInnen, die nicht aufhörten, ihr Vorgehen zu verdammen.

Die Abstimmung in Oaxaca fand in einem Kontext nationaler Diskussion über die Vorlage einer Amnestieinitiative durch Präsident Andrés Manuel López Obrador statt, die u.a. den wegen einer Abtreibung angeklagten Frauen zugute käme.

Diese Initiative schafft viele Probleme, da es einerseits keine Frauen wegen des Delikts einer Abtreibung in den Institutionen des landesweiten Strafvollzugs gibt und andererseits die Abtreibung nicht etwas ist, das notwendigerweise „vergeben“ werden muss. Außerdem würde diese Maßnahme nicht verhindern, dass in Zukunft weiterhin Frauen angeklagt werden. Die Abgeordneten von Oaxaca distanzieren sich von diesem Vorschlag, das Thema der Abtreibung zu behandeln, und beschlossen, das Problem an der Wurzel zu packen und das Strafgesetz abzuändern.

Es ist auch interessant, dass die Verfassung von Oaxaca „das Leben vom Moment der Empfängnis an“ schützt, was mit den gesetzlichen Gründen für einen Abbruch vereinbar ist. Die Reform des Strafgesetzes ist gültig, auch wenn die lokale Verfassung nicht geändert wird, weil der Oberste Gerichtshof bereits entschieden hat, dass der Schutz des Lebens keine Kriminalisierung der Abtreibung impliziert und dass die Weigerung eines Zugangs zu einem legalen Schwangerschaftsabbruch das Recht auf Gesundheit verletzt. Dies wurde auch vom Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte 2012 im Fall *Artavia Murillo gegen Costa Rica* bestätigt, indem er darauf hinwies, dass nur durch die Ausübung der reproduktiven Rechte der Frauen das Leben vor der Geburt geschützt werden kann. Ebenso stellte er fest, dass sich die Empfängnis auf den Prozess der Implantation bezieht, d.h. wenn die befruchtete Eizelle sich in der Gebärmutter schleimhaut einnistet, dass der Fötus nicht als Person betrachtet werden kann und der Schutz des ungeborenen Lebens graduell erweitert wird.

Trotz des überzeugenden Erfolgs ist noch die Veröffentlichung dieser Abänderung im Amtsblatt durch das Innenressort des Bundesstaates ausständig und auch die Garantie eines effektiven Zugangs zum Gesundheitswesen für alle Frauen. Inzwischen feiert die „grüne Flut“ ihren Etappensieg und fordert unter dem Hashtag *#AbortoLegalYA* die Legalisierung der Abtreibung im ganzen Land. ■

Der Beitrag wurde im Oktober 2019 auf <https://nuso.org> veröffentlicht und von Brigitte Ghafouri-Schmidt übersetzt.

AUF BIEGEN UND BRECHEN

Im Kampf gegen Korruption auf höchster politischer und juristischer Ebene bleibt in Peru kein Stein auf dem anderen. Die im Andenstaat seit 2016 anhaltenden Aufdeckungen im lateinamerikaweiten Lava Jato-Schmiergeldskandal, der von Brasilien seinen Ausgang nahm, Peru jedoch in besonderem Maße betrifft, sowie ein Korruptionsnetzwerk in höchsten juristischen Kreisen („Los Cuellos Blancos del Puerto Callao“), das im Sommer 2018 einer breiteren Öffentlichkeit bekannt wurde, lösten dieses Ringen um die sprichwörtliche Seele des Landes aus. Ergebnis sind vorgezogene Wahlen im Jänner 2020.

Von Jürgen Kreuzroither



Auch Peru verfügt über eine lebendige Zivilgesellschaft (Demo in Lima, Dez. 2014)

Die Protagonisten dieses entscheidenden Kampfes sind auf der einen Seite eine mutige Sonderstaatsanwaltschaft und Präsident Vizcarra, der ohne Hausmacht im Ein-Kammer-Parlament regieren muss, und auf der anderen Seite die Fujimori-Partei *Fuerza Popular*, die trotz Abgängen immer noch die Mehrheitsfraktion stellt und im Verbund mit Kleinparteien und vor allem Seilschaften in der Justiz Obstruktionspolitik betreibt.

Den jüngeren dramatischen Entwicklungen, nämlich die vorzeitige Auflösung des Kongresses Ende September und die Anberaumung von Neuwahlen im Jänner 2020 ging die Fundamental-Opposition von *Fuerza Popular* (FP) voraus, die auf eine Torpedierung von Reformen nach den genannten Korruptionsskandalen hinauslief. Eben jenen drei Reformvorschlägen, die in der Verfassung verankert werden

sollten, wurde im Dezember 2018 per Volksabstimmung mit überwältigender Mehrheit zugestimmt. Seitdem war die FP, und mit ihr die Kleinpartei APRA, darum bemüht, die parlamentarische Behandlung dieser Themen zu verzögern oder durch Abänderungen zu verwässern.

Wie schon 2018, als Präsident Vizcarra die traditionelle Rede zum Republikgründungstag am 28. Juli nutzte, um besagte Volksabstimmung zu fordern, setzte er nun dem Kongress eine Frist, bis zu der die Reformen beschlossen sein müssten. Er tat dies, indem er – wie schon 2018 – diese Forderung mit der Vertrauensfrage verknüpfte. Konkret wollte Vizcarra im Fall der weiteren Nicht-Kooperation der Opposition die Vorverlegung der erst 2021 anstehenden Wahlen per Volksabstimmung legitimieren und durch den Kongress absegnen lassen.

⇒ von Seite 25: PERU

Doch Ende September legte die Opposition den Vorschlag kurzerhand ad acta und befasste sich stattdessen mit der Neubesetzung des Verfassungsgerichts – ohne Debatte und im Eilverfahren. Die Absicht war klar: Die neue Zusammensetzung des Verfassungskollegiums sollte die Chancen für die Entlassung der seit über einem Jahr in Untersuchungshaft befindlichen FP-Chefin Keiko Fujimori optimieren.

Es war die eine Provokation zu viel: Noch am 30. September erklärte Vizcarra in einer Fernsehansprache die nunmehr zweite Vertrauensfrage der Regierung für gescheitert und verkündete die sofortige Auflösung des Parlaments. Er berief sich dabei auf die Verfassung, die den Präsidenten ermächtigt, nach zweimalig gescheiterter Vertrauensfrage den Kongress aufzulösen.

Noch am gleichen Abend stimmten die im Parlamentsgebäude verbliebenen oppositionellen Abgeordneten dafür, Vizcarra für zwölf Monate von seinem Amt zu suspendieren und ernannten die Vizepräsidentin Mercedes Aráoz zur Interimspräsidentin. Doch zu diesem Zeitpunkt war das Parlament bereits offiziell aufgelöst. Nach nur einem Tag erklärte Aráoz somit auf Twitter ihren Rücktritt.

Die Bevölkerung manifestierte indes ihren Zuspruch für die Entscheidung Vizcarras auf den Straßen des Landes, und auch die Aufforderung der Fujiapristas, Militär und Polizei mögen „die Demokratie retten“ und sich hinter die geschassten Parlamentarier stellen, erfüllte sich nicht. Mit der Loyalitätserklärung dieser Körperschaften zum Präsidenten neigte sich das Machtverhältnis schnell zu dessen Gunsten.

Dabei besteht auch unten den Verfassungsrechtlern Uneinigkeit, ob die Handlungsweise des Parlaments als de-facto-Vertrauensentzug gegenüber der Regierung zu werten ist. Den nicht unproblematischen Hintergrund bildet die nach wie gültige Verfassung von 1993, die unter autoritären Vorzeichen von Alberto Fujimori durchgesetzt wurde. Es ist ein Treppenzug der Geschichte, dass dessen FP-Gefolgsleute sich heute als Opfer von Vizcarra gerieren, der die starke Stellung des Präsidenten zur Parlamentsauflösung genutzt hat, um dem jahrelangen Patt zwischen Regierung und Opposition ein Ende zu setzen.



Keiko Fujimori ist wieder frei

Dabei hat Vizcarra den Vorwurf der diktatorischen Anmaßung so weit wie möglich zu entkräften versucht. Erstens wurde die Forderung nach diesem Schritt von verschiedenen Seiten mit zunehmender Vehemenz geäußert, zweitens verband Vizcarra die Forderung nach interimistischen Neuwahlen mit der Vorstellung, dass sich alle aktuellen Protagonisten (Abgeordnete und Regierungsmitglieder) in der kommenden Rumpf-Legislaturperiode fernhalten sollten. Dies sollte dem Willen des Wahlvolks Rechnung tragen, das dem Verbot der direkten Wiederwahl beim Referendum im Dezember 2018 mit großer Mehrheit zugestimmt hatte. Die Umsetzung obliegt indes der Wahlbehörde.

Inzwischen ist einerseits die Notwendigkeit eines Referendums über vorgezogene Neuwahlen – eine peruanische Besonderheit – entfallen, da durch die Parlamentsauflösung sowieso ein Votum innerhalb von vier Monaten vorgeschrieben ist. Andererseits entschied die Wahlbehörde, dass ein Wiederwahlverbot im vorliegenden Fall nicht anzuwenden sei, da die Abgeordneten nur für die restliche Legislaturperiode bis zur regulären Neuwahl (Juli 2021) bestimmt werden. Damit wurde dem *tabula-rasa*-Ansinnen des Präsidenten ein Strich durch die Rechnung gemacht. Vizcarra wollte den zahlreichen Abgeordneten mit anhängigen Justizverfahren die erneute Flucht in die parlamentarische Immunität verwehren und so auch der verbreiteten Stimmung des „*Que se vayan todos*“ („Alle sollen sie gehen“) ein Stück weit entsprechen.

Immerhin blieb den Fujimoristas keine Zeit mehr, den Verfassungsgerichtshof nach ihren Vorstellungen neu zu besetzen. Dennoch gab dieses Gremium dem *habeas-corporis*-Antrag zugunsten von Keiko Fujimori Recht, sodass die Parteichefin Ende November aus der Untersuchungshaft entlassen werden musste. Die Entscheidung wurde vielfach kritisiert und führte auch intern zu einem Nachspiel. Inzwischen ist aber der VfGH-Vorsitzende

Ernesto Blume, dem FP-Nähe nachgesagt wurde, ausgeschieden. Mit seiner Nachfolgerin Marianella Ledesma feiert eine Frau in diesem hohen Amt Premiere und nimmt eine politisch deutlich distanziertere Haltung ein. Das könnte demnächst wichtig werden, denn die Verfassungshüter sollen zeitnah über die Rechtmäßigkeit der Parlamentsauflösung entscheiden. Sollte diese nachträglich als verfassungswidrig eingestuft werden, dürfte zur Freude vor allem der FP-Glücksritter endgültig Chaos im Staatsbetrieb ausbrechen.

Noch ist es nicht so weit und die Bemühungen aller Parteien sind auf die Neuwahlen am 26. Jänner gerichtet, auch wenn FP und APRA sie am liebsten abgesagt sähen. Wie oben erwähnt, haben besonders viele Ex-Abgeordnete aus den FP-Reihen ein gesteigertes persönliches Interesse, wieder unter den parlamentarischen Schutzschirm schlüpfen zu können. Da die Obstruktionspolitik der vergangenen Jahre nicht gerade zur Beliebtheit der Fujimori-Partei beigetragen hat und auch die juristischen Probleme der Parteiführerin am Tisch bleiben, haben sich zahlreiche Ex-Mandatare anderen Parteien angeschlossen. Das Ausmaß dieser Migration lässt manche Beobachter schon eine Unterwanderungstaktik vermuten, mit der die Macht der Fujimori-Partei auf Umwegen gerettet werden soll.

Leider sieht es auf der Linken derzeit nicht nach einem attraktiven Angebot aus, obwohl sie von Korruption unbefleckt sind. Die Allianz von *Frente Amplio* und *Nuevo Perú* ist schon kurz nach dem Wahlgang 2016 an persönlichen Reibereien beim Führungspersonal zerbrochen. *Nuevo Perú* mit der 2016 überraschend erfolgreichen Präsidentschaftskandidatin Verónica Mendoza an der Spitze hat sich mangels eigener (aufwendiger) Wahlregistrierung zu einer neuen, umstrittenen Wahlallianz mit einem ehemaligen Premierminister unter Alan García entschlossen. Die Folge war der Abgang des Großteils ihrer parlamentarischen Vertretung.

So sieht es derzeit nach Vorteilen für die Parteien des Zentrums (*Acción Popular*, *Morado*-Partei) aus. Das Kappen der Machtbasis des Fujimori-Clans samt Korruptionsnetzwerken könnte zur Errungenschaft der kommenden Wahl werden, doch eine Infragestellung des neoliberalen Wirtschaftsmodells ist damit noch nicht in Sicht. So könnte es nur eine Frage der Zeit sein, bevor sich Peru den unruhigen Andennachbarn anschließt. ■

KURSWECHSEL IN URUGUAY

Ein heißer Frühling in Lateinamerika: nicht nur wegen der Feuer, die im Amazonas und in Bolivien gewütet haben, sondern auch wegen dreier Wahlen und anderer politischen Ereignisse, die sogar das mit sich selbst beschäftigte Europa zur Kenntnis nehmen musste. Weitgehend unbeachtet blieb dabei die Niederlage des *Frente Amplio* nach knapp 15 Jahren an der Macht.

Von Roberto Kalmar

Bolivien hat gewählt und Evo Morales wurde zunächst zum Sieger erklärt und wenige Wochen später gestürzt. Auch Argentinien hat gewählt, und nicht alle sind mit dem Ergebnis, einem Sieg der Peronisten, glücklich, wären es aber auch bei einem Sieg Macris kaum gewesen. Und in Chile haben die sozialen Unruhen dazu geführt, dass der Klimagipfel nach Madrid verlegt wurde; das Finalspiel der Copa Libertadores konnte nicht in Santiago stattfinden und wurde nach Lima verlegt. Mittlerweile hat die Unruhe auch Kolumbien erfasst. Diese Reihe ließe sich fortsetzen: Unruhen gegen Präsident Moreno in Ecuador, die Freilassung Lulas in Brasilien, etc.

Aber ich habe von drei Wahlen gesprochen – am gleichen Tag wie Argentinien wählte auch Uruguay, was jedoch in Europa kaum zur Kenntnis genommen wurde, noch viel weniger in Österreich. Dabei war die Ausgangslage so, dass mit einer spannenden Wahl zu rechnen war, denn der seit knapp 15 Jahren regierende *Frente Amplio* (FA) zeigte Abnutzungerscheinungen und die Prognosen sagten ihm im ersten Wahlgang zwar einen Sieg voraus, aber keinen, der eine weitere Runde überflüssig machen würde.

Das Ergebnis war für den FA ein Schock, denn Kandidat Daniel Martínez erreichte weniger als vorausgesagt: 39% der Stimmen bedeuteten auch den klaren Verlust der Absoluten in beiden Kammern. Der Gegner in der zweiten Runde würden die rechts-konservativen *Blancos* sein, deren Kandidat Luis Alberto Lacalle Pou – übrigens der Sohn des ehemaligen Präsidenten Luis Alberto Lacalle (1990–95) – auf 28,6% kam. Die *Colorados* kamen nur



Lacalle Pou, neuer Präsident

auf 12,3%, das neu gebildete *Cabildo Abierto* auf erschreckende 11%.

Warum dieser Schreck? Der im März dieses Jahres abgesetzte Armeekommandant Guido Manini Ríos hatte eine Partei gegründet, die eine Position am äußersten rechten Rand einnimmt und durchaus faschistoide Züge zeigt. Als Ziele hatte sie die Rücknahme aller fortschrittlichen Gesetze der laufenden Legislaturperiode definiert: der Abtreibungsregelung, der gleichgeschlechtlichen Ehe, der (sehr begrenzten) Cannabis-Freigabe und eines Gesetzes für Trans-Personen. Manini Ríos polterte gegen „aus anderen Breitengraden importierte Ideologie“ und, einer „Mode“ folgend, gegen George Soros. Sein Vize Guillermo Domenech wollte ihm in nichts nachstehen und warnte vor der Gefahr, bald würde Homosexualität per Gesetz verboten werden. Keine noch so abstruse Äußerung kann die Menschen davon abhalten, eine Partei zu wählen.

In den Tagen nach der Wahl waren sich die drei Rechts-Parteien schnell einig in ihrer Unterstützung von Lacalle Pou. Demgegenüber blieb dem FA nur die Möglichkeit, die Wähler mancher Kleinstpartei zu überzeugen und seine früheren Wähler zu motivieren, doch wieder für ihn zu stimmen. Was den Modus betrifft, muss erwähnt werden, dass in Uruguay Wahlpflicht besteht, deren Nichteinhaltung auch mit finanziellen Strafen belegt wird. Zudem gibt es ein meist befolgtes Alkoholverbot ab dem Vorabend der Wahl.

Und noch etwas verdient es hervorgehoben zu werden: Die Wahlen und die Wahlkampagne davor verliefen trotz aller Differenzen friedlich und es bestanden nie Zweifel über eine faire Wahl. Uruguay hatte immer schon eine spezielle Rolle gespielt, ohne dass man die falsche und ärgerliche Bezeichnung „Schweiz Südamerikas“ bemühen muss. Zu Beginn des

vergangenen Jahrhunderts waren es der Achtstunden-Tag und das Frauenwahlrecht, in den letzten Jahren die Abtreibungsregelung – ein in dieser Weltgehend weiterhin geltendes Tabuthema, siehe Argentinien – und die Cannabis-Freigabe.

Die Umfragen in den Tagen vor der Stichwahl sagten übereinstimmend etwa 50% für Lacalle Pou voraus, mit sicheren sechs Punkten Vorsprung auf Martínez. Das erste Ergebnis brachte dann aber eine Überraschung: Lacalle Pou lag nur etwas mehr als 1% voran. Es dauerte dann noch vier Tage, bis offiziell bekanntgegeben wurde, dass der Vorsprung halten würde. Es ist traurig, dass so etwas betont werden muss, aber es gab keine Unruhen, der unterlegene Kandidat hat die Niederlage anerkannt, die Machtübergabe wird planmäßig Anfang März erfolgen.

Was bedeutet dieses Ergebnis für das Land? Zu allererst wird es spannend sein zu beobachten, ob die Aussagen aus dem Wahlkampf noch Bestand haben. Der Sieger hatte z. B. dem unterlegenen Kandidaten Ernesto Talvi (*Colorados*) das Außenministerium angeboten, ohne allerdings eine Zusage zu erhalten. Bekommt das rechtsextreme *Cabildo Abierto* auch etwas?

Die viel kritisierten Gesetze des FA werden laut letzten Aussagen auch nicht zurückgenommen werden. Also „more of the same“? Nein, das sicherlich nicht: Konflikte mit den Gewerkschaften werden natürlich wieder wahrscheinlicher, obwohl diese auch den FA nicht verschont haben.

Einen deutlichen Rückschritt wird es wohl bei der Aufarbeitung der Vergangenheit geben. Auf diesem Gebiet war ja auch der FA nicht gerade erfolgreich – kürzlich wurde der Körper des 1975 verschwundenen Eduardo Bleier Horowitz in einer militärischen Einheit gefunden. Seit 1985 hält das Militär die Bevölkerung zum Narren, durchaus mit Unterstützung von Politikern aller Parteien, man denke nur an den unseligen Minister Fernández Huidobro (FA). Die Beziehungen zu anderen lateinamerikanischen Ländern werden sich wohl ändern, insbesondere was Kuba, Nicaragua und Venezuela betrifft.

Für den *Frente Amplio* bietet sich jetzt die Möglichkeit zur Regeneration: Nach 15 Jahren an der Macht ist ein Generationenwechsel – nach Tabaré Vázquez und Pepe Mujica – angesagt. ■

AM SCHAUPLATZ: COLONIA DIGNIDAD

Monströse Menschenrechtsverbrechen und bayrische Gastlichkeit

Von Robert Lessmann

Als Paul Schäfer geflohen war – im November 1996 – und die Polizei hierher kam, haben einige von uns die Straßen blockiert, wollten ihn ‘verteidigen’. Wir waren wie Waisen“, sagt Erika, unsere Führerin: „Vom Leben draußen hatten wir keine Ahnung.“

Parral: 39.000 Einwohner, 340 Kilometer südlich von Santiago de Chile an der *Panamericana* gelegen. Pablo Neruda wurde hier im Jahr 1904 geboren, der chilenische Literaturnobelpreisträger, der zwölf Tage nach dem Putsch von General Augusto Pinochet vom 11. September 1973 unter bis heute ungeklärten Umständen verstarb. Erlag er seiner Krebserkrankung, oder hatte man ihn mit einer Giftspritze getötet?

Von Parral führt eine Straße durch fruchtbare Felder und kleine Ortschaften, Wiesen und zuletzt auch Wälder nach Osten, geradewegs auf die Andenkette zu. Eine romantische Idylle in der Abendsonne. Irritierend nur der Stacheldrahtzaun, der den Fahrweg auf den letzten Kilometern begleitet, mit einem 30 Meter hohen Wachturm, der aus dem Wald ragt. Wie am „Eisernen Vorhang“ zwischen Ost und West früher, wird er von massiven Betonpfosten getragen, die oben nach innen geneigt sind, um ein Überklettern zu erschweren. Das ist kein Weidezaun. Dass hier etwas „nicht stimmt“, fällt spätestens am Eingang zur „Villa Baviera“ auf, wo eine ältere Dame, wohl Ende 70, aus dem Pförtnerhäuschen tritt, die aussieht und spricht, als sei sie aus der Zeit gefallen – aus einem 50er- oder 60er-Jahre-Film. Die Haare hinten zu einem Dutt verknotet, Strickweste, wadenlanger Rock, Kniestrümpfe. Zimmer seien frei und das Restaurant offen, sagt sie und hebt den Schlagbaum.

Eine gepflegte Allee führt durch eine Parklandschaft zu einer Ansammlung von Häusern. Alles blitzsauber. Architektur der 1960er Jahre. Im Restaurant „Zippelhaus“ gibt es Selbstgebackenes, Eisbein mit Sauerkraut, Kaiserschnitzel nach „Zippel-Art“, Leberkäs’, Bratwurst, Münchener Weißwurst und Bier von „Kunstmann“. An den Wänden hängen Musikinstrumente und deutsche Trachten. Bis Mitte der 90er

Jahre soll hier auch ein handsigniertes Bild des bayrischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauss (CSU) gehangen haben. Die parteinahe Hanns-Seidel-Stiftung bestätigte dessen Besuch im Jahr 1977, dementierte ihn dann und gab ihn schließlich wieder zu. Draußen steht ein Bierzelt auf der Wiese. Ein „Oktoberfest“ wird vorbereitet. „Chilenische Opferverbände protestieren“, sagt Erika. Sie wollen kein solches Fest auf den Gebeinen ihrer Angehörigen, sagen sie.

Deutsches Wesen in Südamerika

Der Name „Villa Baviera“ stammt aus dem Jahr 1988, die Umbenennung erfolgte also noch unter Paul Schäfer. Davor nannte sich die Gemeinschaft „Colonia Dignidad“ (amtlich: *Sociedad Benefactora y Educacional Dignidad*; Wohltätigkeits- und Bildungsgemeinschaft Würde – gemeinnützig, steuer- und zollbefreit). Doch Würde und Selbstbestimmung waren das erste, was ihren Bewohnern genommen wurde. Als der deutsche Laienprediger Paul Schäfer im Jahr 1961 hierher kam, um mit seinen Getreuen ein urchristliches Leben im gelobten Land zu führen und sie vor der angeblich unmittelbar bevorstehenden Invasion der Kommunisten zu retten, war dies bereits eine Flucht. Schäfer war wegen seiner pädophilen und sadistischen Veranlagung aus einer Reihe von Glaubensgemeinschaften geflogen und wurde seit 1960 von der Kriminalpolizei in Siegburg wegen Verführung Minderjähriger und Missbrauchs Schutzbefohlener gesucht. Am 18. April 1976 folgte ein internationaler Haftbefehl.

Schäfer muss charismatisch und clever gewesen sein. Unter seinen Jüngern befanden sich Handwerksmeister aus allen Sparten, die für ein Pionier- und Kolonisierungsprojekt nützlich waren. Sie hatten Haus und Hof verkauft und den Erlös in



Übersichtsplan für TouristInnen

die Colonia eingebracht, oder Maschinen und Werkzeuge gleich mit verschifft. So entstand eine deutsche Vorzeigesiedlung mit handwerklichen Musterbetrieben, deren Produkte sich bis nach Santiago verkauften und nicht zuletzt bei Mitarbeitern der Deutschen Botschaft dort beliebt waren. Deutsche Handwerkskunst und Zwangsarbeit – ein Erfolgsmodell.

Als bald wurden Sonntag und Kirchengang abgeschafft. Arbeit sei der beste Gottesdienst. Familien wurden auseinandergerissen, Männer und Frauen, Jungen und Mädchen getrennt. Sex war allein dem Sektenführer vorbehalten, der sich dazu jeweils junge Männer auswählte, die „Sprinter“ genannt wurden und ihm in jeder Hinsicht zu Diensten sein mussten. Nach dem anderen Geschlecht nur zu gucken, überhaupt jede Art von Verfehlung war strafbar – und die Strafen waren hart. Der Alltag war optisch und akustisch sowie durch organisiertes Denunziantentum überwacht, eine Flucht durch diese Überwachung, den Zaun, Sensoren und scharfe Hunde so gut wie unmöglich. Nach innen dienten diese Vorkehrungen dem Schutz vor dem Teufel und dem Kommunismus. Ein hermetisch abgeriegeltes, parastaatliches System, wo systematische Denunziation, Entmündigung, Zwangsmedikation, Elektroschocks und Prügel zum Programm gehörten. Es herrschte wohl auch eine schwer begreifliche Gruppenloyalität – nicht zuletzt gegenüber dem Beichtvater für alle, dem *tio permanente* (dem immerwährenden Onkel), wie Schäfer sich nennen ließ.

Zu ihren Hochzeiten hatte die „Colonia Dignidad“ eine Ausdehnung von 14.000 Hektar (140 km²; was etwas kleiner ist als das Fürstentum Liechtenstein, oder etwa einem Drittel der Fläche der Stadt Wien entspricht), und es lebten bis zu 500 – amtlich sind 300 – Menschen dort, darunter auch 30 Mitglieder der früheren Grazer Pfingstgemeinde.

Obskurantismus – religiös und politisch

Derzeit sind es etwa 150 Menschen. Unter ihnen gibt es jene, die an einer Aufarbeitung interessiert sind, und jene, die den Mantel des Schweigens über die Vergangenheit breiten. Zu Ersteren gehört Erika, die wortreich durch die Anlagen der „Villa Baviera“ führt und vor allem durch eine Scheune, in der man ein kleines Museum zur „Colonia Dignidad“ eingerichtet hat. Auch Ausschnitte aus den Lateiname-



Colonia Dignidad/Villa Baviera: Hotel und Restaurant

rika Nachrichten, EPD und Artikel von Amnesty finden sich dort. Es waren Organisationen der Zivilgesellschaft, die auf die Vorgänge in der deutschen Sektenklave aufmerksam machten. Investigativjournalisten wie Gero Gemballa folgten, der 41-jährig im Jahr 2002 unter mysteriösen Umständen verstarb. Journalisten – und nicht die Behörden – waren es auch, die Schäfer im Jahr 2005 schließlich in seinem Versteck in Argentinien aufspürten. Die Justiz blieb untätig und die deutsche Botschaft in Santiago hielt schützend ihre Hand über die Colonia; die Pässe der Insassen lagen im Safe der Verwaltung und wurden stets en bloc konsularisch bearbeitet, ohne dass die Personen selbst erscheinen mussten. Sogar Rentenzahlungen erfolgten auf diese Weise „automatisch“. Und es gab seltene Fälle, wo eine Flucht gelang und die

Flüchtlinge sich hilfesuchend an die Botschaft wandten, nur um postwendend in die Colonia zurückgeschickt zu werden.

Erika war als zweijähriges Mädchen mit ihren Eltern in die „Colonia Dignidad“ gekommen, erzählt sie. Sofort wurde die Familie auseinander gerissen. Sie wuchs unter der Obhut einer „Tante“ auf, wie die temporären Betreuerinnen genannt wurden. „Die harte Arbeit und das karge Leben, die Überwachung und die Strafen, das alles war für uns normal. Wir kannten nichts anderes“, sagt Erika: „Wenn wir als Musiker oder mit dem Chor auswärts Konzerte gaben, fuhren wir im abgedunkelten Bus dorthin, weil wir nichts sehen sollten“. Sie erzählt dann, dass sie nach der Flucht von Paul Schäfer und der Öffnung der „Villa Baviera“ einen Partner geheiratet habe. Doch als sie im Alter von 42 nach drei Ehejahren zum ersten Mal in ihrem Leben einen Frauenarzt aufsuchte, war

sie noch immer Jungfrau gewesen: „Wir wussten auch nicht, woher die kleinen Kinder kommen“. Es fällt ihr erkennbar nicht leicht, von diesen und anderen Dingen, wie Demütigungen und Misshandlungen, zu erzählen und sie berichtet von einem Kollegen, der ebenfalls diese Führungen macht und der hinterher manch-

mal gar nicht mehr ansprechbar sei. Für sie sei es eher befreiend, sagt sie.

Es ist wohl schwierig bis unmöglich, bei diesen traumatisierten Menschen zwischen Tätern und Opfern zu unterscheiden. Wer hat zu welchem Zeitpunkt welche Rolle gespielt und wer hat was gewusst?

Foltercamp der Pinochet-Diktatur

Nichts gewusst und erst später erfahren hat man angeblich davon, dass die „Colonia Dignidad“ während der Pinochet-Diktatur von dessen Geheimdienst DIN A fast 17 Jahre lang als Folterlager für politische Gefangene genutzt wurde. Nur, dass manchmal alle zusammengerufen wurden – auch Kranke – sodass auf dem Gelände unbemerkte Bewegungen hätten stattfinden können.

Doch die Erzählung vom bösen Al- leintäter Schäfer ist schon auf den ersten Blick nicht belastbar. Eine Einzelperson kann eine so große Gruppe auf einem so großen Gelände alleine nicht kontrollieren. Unter anderen wurde der Lagerarzt Hartmut Hopp in Chile einschlägig verurteilt, lebt heute als alter Mann aber unbehelligt in Krefeld. Eben wurde dort ein Verfahren gegen ihn nach 30 Jahren eingestellt. Auch die Ärztin Gisela Seewald – ordentlich promoviert war niemand – hat mitgefoltert. Auf dem Gelände wurde später ein Massengrab für über 100 Opfer entdeckt, die exhumiert worden waren und an einen unbekanntem Ort gebracht oder verbrannt. Von wem? Und wie sollte ein mäßig gebildeter Laienprediger in der tiefen chilenischen Provinz und lange vor Internet-Zeiten über Anschaffung und Handhabung moderner Überwachungstechnologie und zeitgemäßer Waffen Bescheid wissen? Es liegt auf der Hand, dass es Kontakte zu Geheimdiensten gab. Wohl auch schon vor der Pinochet-Diktatur zur Bewegung *Patria y Libertad* und zu ANDREA (*Alianza Nacionalista de Repúblicas Americanas*) – und gerade auch in die alte Heimat.

Eine Symbiose von Päderastie und Antikommunismus?

Eine Schlüsselfigur scheint dabei der Waffen-SS-Mann und Ritterkreuzträger Gerhard Mertins gewesen zu sein, der mit seiner Firma *Merex AG* Waffen verkaufte, auch in Krisengebiete und auch in Koordination mit dem BND und anderen Geheimdiensten. Im benachbarten Bolivien vertrat Mitte der 60er Jahre Klaus Barbie alias Altmann, der Schlächter von Lyon und damals ebenfalls kurzzeitig BND-Mitarbeiter, die Interessen von *Merex*. Mertins wurde ab 1956 vom BND unter dem Decknamen Uranus als Mitarbeiter geführt. Er war mehrfach in der „Colonia Dignidad“ zu Besuch, war ein Busenfreund von Pinochets Geheimdienstchef Manuel Contreras und hat im Jahr 1978 den „Freundeskreis Colonia Dignidad“ gegründet, dem zeitweilig 120 Personen angehörten, vor allem aus der CSU, der CDU und ihrem Umfeld; auch der Fernsehmoderator und antikommunistische Eiferer Gerhard Löwenthal („ZDF Magazin“) stand dem „Freundeskreis“ nahe. Dagegen setzten sich die Unionspolitiker Norbert Blüm und Heiner Geissler für eine Aufklärung der Vorwürfe gegen die „Colonia Dignidad“ ein. Übrigens: Außenminister waren zur fraglichen Zeit im Kabinett von Willy

⇒ von Seite 29: COLONIA DIGNIDAD

Brandt (SPD) Walter Scheel und Hans-Dietrich Genscher (FDP).

Die zoll- und steuerbefreite deutsche Sektorenklave wäre mit ihren zwei Landdepisten ein ideales Trampolin zur Versorgung konservativ-reaktionärer Kreise gewesen, wie sie – unterstützt von der CIA – im Rahmen der Domino-Theorie angetreten waren, um Linksregierungen zu verhindern, und wie sie dann unter Salvador Allende (1970–73) durch Terror und Sabotage aktiv dessen Sturz vorbereiteten. Hat der BND hier einem befreundeten Geheimdienst über die „Colonia Dignidad“ Hilfe geleistet? Ist so das mehr als seltsame Verhalten deutscher Behörden und der Botschaft erklärbar? Jedenfalls war der BND durch die CIA schon einige Tage vorab über den bevorstehenden Putsch gegen Allende informiert worden, ohne die Information an Willy Brandt weiter zu geben. Hatten sich die „Dienste“ selbstständig?

Frank Walter Steinmeier ordnete noch in seiner Funktion als Außenminister die vorzeitige Öffnung der Archive des auswärtigen Amtes an. Interessant wäre indessen vor allem eine Öffnung der BND-Archive, um die sich die Journalistin Gaby Weber vergeblich bemühte. Nach einem positiven Urteil des Bundesverwaltungsgerichts gab der BND nur 22 relativ nichtsagende Seiten an das Bundesarchiv in Koblenz. Der Rest befindet sich – mit dem Segen des Bundeskanzleramts – in den Beständen der sogenannten Notvernichtungshandlung, wo beispielsweise auf Kriegsschiffen Dokumente liegen, die keinesfalls dem Feind in die Hände fallen dürfen.

Die „Geschichte“ der „Colonia Dignidad“ ist nach wie vor aktuell. Der Deutsche Bundestag beschäftigt sich mit Rentenansprüchen und Schadenersatzforderungen von Mitgliedern. An der FU-Berlin läuft ein Oral History-Projekt, bei dem Mitglieder und Nachbarn befragt werden. Ein weiteres Projekt zur Geschichte des BND wird hoffentlich neue Erkenntnisse liefern. In Deutschland endete kein einziges Gerichtsverfahren mit einem Schuldspruch. Alle verliefen im Sande. In Chile gehörten mit Innenminister André Chatewick und Justizminister Hernán Larraín zwei frühere Freunde von Paul Schäfer und der „Colonia Dignidad“ bis vor kurzem dem Kabinett von Präsident Piñera an. ■

WEITERE SPUREN VON KLAUS BARBIE

Mit seinem Beitrag in der Tageszeitung *La Razón* hat Boris Inti Chamani Velasco eine neue Debatte über das Treiben des Schlächters von Lyon in Bolivien ausgelöst. Der Beitrag wirft ein Schlaglicht auf Nazi-Netzwerke, deren Überleben in der Fremde von den Behörden nicht nur gedeckt wurde. Barbie alias Altmann arbeitete zeitweise sogar direkt für den deutschen Bundesnachrichtendienst.

Von Boris Inti Chamani Velasco

Neue wissenschaftliche Forschungen in Deutschland haben enthüllende Erkenntnisse über den Nazi-Kriegsverbrecher Klaus Barbie in Bolivien gewonnen. Es handelt sich um die Dissertationsspublikation „*Deckname Adler. Klaus Barbie und die westlichen Geheimdienste*“ des Historikers Peter Hammerschmidt. Ihm zufolge wurde Barbie zwischen Mai 1966 und Dezember 1968 – also während der ersten Jahre der bolivianischen Militärdiktaturen (1964–82; R.L.) – im Rahmen eines Spionagevertrags zum Berichterstatte des deutschen Bundesnachrichtendienstes (BND) mit dem Decknamen Adler und der Identifikationsnummer V-43118, worüber die bolivianischen Behörden selbstverständlich nicht informiert wurden.

Hammerschmidts Forschungen ergaben, dass der Name von Barbie in den 1960er Jahren auf der Besoldungsliste von Berichterstatte steht. Für 35 Nachrichten an den BND bezüglich der „Gefahr von linken Parteien in Bolivien“ wurden Barbie monatlich 500 bis 1000 DM vergütet. Geld, das auf ein Konto bei der Chartered Bank of London überwiesen wurde. Für besondere Nachrichten habe Barbie zwischen 100 und 200 DM extra kassiert. So erhielt er im Jahr 1966 auch eine Aufwandsentschädigung von 5.300 DM aus deutschem Steuergeld. Mit anderen Worten: Mit dem Geld des deutschen Volkes hat der BND heimlich einen Nazi-Kriegsverbrecher als Spion eingestellt, um Informationen zu kommunistischen und linken Tendenzen in Bolivien einzuholen.

Zudem war Barbie in Bolivien Vertreter der deutschen Firma *Merex AG*, deren Besitzer Gerhard Mertins war (vormals

Mitglied der Waffen-SS, ebenfalls BND-Mann und in der Nachkriegszeit Hauptwaffenexporteur der BRD in Krisengebiete). Laut des spanischen Internetartikels „*Merex AG ó la frontera de lo (i)legal en la política alemana de exportación de armamento*“, habe *Merex* mit deutschen Firmen wie Siemens, Mercedes und Thyssen-Henschel zur Reparatur von Panzern zusammengearbeitet, die später der bolivianischen Armee geschickt und bei den von Barbie geleiteten Putschen von 1971 und 1980 eingesetzt wurden. Bolivien wurde das Land, wo *Merex* am meisten Profit gemacht hat. Weitere Enthüllungen, wie die Verbindungen von Barbie mit dem bolivianischen Drogenhändler Roberto Suárez, finden sich in dem YouTube-Dokumentarfilm „*Mein Name sei Altmann – Das zweite Leben eines Kriegsverbrechers*“.

Die widersprüchliche deutsche Politik, die vorgab „Deutschland zu entnazifizieren“, in der Praxis aber Nazis beschützte und für politische und militärische Zwecke rekrutierte, wurde auch im Deutschen Bundestag diskutiert: Der Abgeordnete Hans-Christian Ströbele hat die Untersuchung, der BND-Akten gefordert, damit die Verantwortlichen des deutschen Staats dafür zur Rechenschaft gezogen werden können.

Am Ende der YouTube-Reportage „*Klaus Barbie – ein Lehrstück politischer Doppelmoral*“, erinnert sich die „Nazi-Jägerin“, die deutsch-französische Journalistin Beate Klarsfeld, daran, dass die USA sich bei den Franzosen für die Mittäterschaft der CIA bei der Protektion und Rekrutierung von Klaus Barbie entschuldigt haben. Wegen der ebenso verwerflichen Mittäterschaft des BND forderte Klarsfeld, dass Deutschland sich ebenso bei den Franzosen entschuldigen müsse. Aber bei den Bolivianern?

Wann werden die US-amerikanische CIA und der deutsche BND dem bolivianischen Volk Rechenschaft über den gemeinsamen Spion Barbie ablegen? Welche Haltung nehmen die bolivianischen Behörden, Diplomaten und Politiker in der Sache ein? Und was wird die bolivianische „Wahrheitskommission“ tun? ■

Boris Inti Chamani Velasco hat in Tübingen dissertiert und ist heute Dozent an der Universidad Mayor de San Andrés in La Paz. Sein Beitrag ist im März in der bolivianischen Zeitung *La Razón* erschienen. Robert hat den vom Autor selbst übersetzten Text redaktionell bearbeitet.

DER DEUTSCHE ROHSTOFFHUNGER UND SEINE FOLGEN

Auf den ersten Blick haben Kupfer und Palmöl wenig gemeinsam. Bei beiden handelt es sich allerdings um Massenerohstoffe, die auf vielfältige Weise in unserem Alltag vorhanden sind – oft ohne dass wir dies bemerken. Und für die Gewinnung beider Rohstoffe werden grundlegende Menschenrechte verletzt und die Umwelt zerstört. Dies hängt mit dem extraktivistischen Entwicklungsmodell lateinamerikanischer Länder ebenso zusammen wie mit der imperialen Lebensweise von Gesellschaften des Globalen Nordens.

Von Christian Wimberger
und Thorsten Moll
(Christliche Initiative Romero)



Foto: Frauke Decoodt

Die indigene Bevölkerung Guatemalas lehnt extraktive Projekte mehrheitlich ab

Extraktivismus, also die intensive Produktion von Rohstoffen für den Export, ist in Lateinamerika kein neues Phänomen. Schon die spanische Krone legte ihre Kolonien auf die Produktion von Rohstoffen fest. Und Alexander von Humboldt beschrieb während seiner Reise durch Lateinamerika zu Beginn des 19. Jahrhunderts die Indigo-Felder und Bergwerke – nicht ohne deren ausbeuterische Arbeitsbedingungen und Umweltfolgen zu kritisieren.

Bis heute sind die Länder Lateinamerikas gewissermaßen in ihrer Rolle als Rohstofflieferanten gefangen. Dabei lässt sich zwischen zwei Formen des Extraktivismus unterscheiden: Es gibt den klassischen Extraktivismus (etwa in Kolumbien, Guatemala und teilweise Mexiko), in dem transnationale Konzerne mit der Zustimmung meist rechter Regierungen Rohstoffe unter niedrigen Umweltstandards und Steuersätzen abbauen und die Gewinne weitgehend ins Ausland transferieren. Eine andere, neuere Form des Extraktivismus (Neo-Extraktivismus) besteht hingegen darin, dass linke Regierungen versuchen, die Kontrolle über die Rohstoffvorkommen zurückzugewinnen. Die Einnahmen nutzen sie teilweise für die Armutsbekämpfung.

In beiden Fällen wird Extraktivismus als Entwicklungsweg verkauft, der Wohlstand für die gesamte Bevölkerung bringen

soll. In Wirklichkeit hat dieses Entwicklungsmodell aber überwiegend negative Folgen. Zu nennen ist hier die hohe Abhängigkeit der Volkswirtschaften von den Preisentwicklungen der Rohstoffe sowie die Verdrängung nachhaltiger Wirtschaftssektoren durch Monokulturen und Bergbauprojekte, die zunächst hohe Gewinne versprechen.

Besonders betroffene Gemeinden

Am gravierendsten sind die Folgen aber für die Gemeinden, die direkt von Großprojekten betroffen sind. Die Studie „Der deutsche Rohstoffhunger“ der Christlichen Initiative Romero zeigt dies anhand des Kupferbergbaus in Mexiko sowie der Palmölproduktion in Guatemala.

Im Fokus der Untersuchungen in Mexiko steht der Megakonzern *Grupo Mexico*. Das Unternehmen betreibt das Bergbauprojekt *Buena Vista del Cobre* im mexikanischen Bundesstaat Sonora, der siebten größten Kupfermine weltweit. Am 6. August 2014 brach in der Mine der Damm eines mit Bergbauschlamm befüllten Beckens, was auf eine nachlässige Sicherheitspolitik des Bergbaukonzerns zurückzuführen ist. Es ergossen sich über 40.000 Kubikmeter kupfersulfathaltige Rückstände in die Flüsse Sonora und Bacanuchi.

Das Leben der Menschen in den angrenzenden Gemeinden änderte sich in der Folge grundlegend: Die vorher bedeutende lokale Nahrungsmittelproduktion ist aufgrund der Wasser- und Bodenverschmutzung kaum noch möglich und die Gemeinden haben seit der Katastrophe keinen Zugang mehr zu sauberem Leitungs- und Brunnenwasser. Viele Menschen leiden zudem unter schwerwiegenden gesundheitlichen Beeinträchtigungen wie Haut-, Nieren-, Herz- sowie Gefäß- und Augenkrankheiten. In ihrem Blut und Urin konnten hohe Konzentrationen von Metallen festgestellt werden.

Betrachtet man die Auswirkungen der Palmölproduktion in Guatemala, ergibt sich ein ähnliches Bild. Die Studie zeigt für die Departements Petén, Alta Verapaz und Izabal, dass die Unternehmen massiven Landraub betreiben und sich auf illegale Weise Gemeindeland aneignen, um die Palmölproduktion auszuweiten. Einmal im Besitz der Flächen, entwalden sie für die Plantagen oft riesige Gebiete.

Auch der Anbau auf den Plantagen und die Verarbeitung in den Ölmühlen beeinträchtigen das Leben in den anliegenden Gemeinden. So klagen insbesondere Kinder über gesundheitliche Beschwerden wie Juckreiz, Hautausschlag, Übelkeit und Kopfschmerzen. Der Zugang der Menschen zu sauberem Wasser wird stark ein-

⇒ von Seite 31: DER DEUTSCHE ROHSTOFFHUNGER

geschränkt, da Flüsse und Brunnen aufgrund des hohen Wasserbedarfs der Plantagen austrocknen, oder durch den Einsatz von Pestiziden und Chemikalien verschmutzt werden. Nicht zuletzt sind auf den Plantagen Arbeitsrechtsverletzungen an der Tagesordnung: Mindestlöhne werden nicht gezahlt, es fehlt an Sanitäreinrichtungen für Frauen. Hinzu kommen unrechtmäßige Entlassungen (u. a. von schwangeren Frauen) sowie regelmäßig Arbeitsunfälle.

Rohstoffe für die deutsche Industrie

Entscheidend am Extraktivismus ist dessen Exportorientierung. Laut der Definition des uruguayischen Sozialwissenschaftlers Eduardo Gudynas sind in extraktivistischen Wirtschaftsmodellen mindestens 50 Prozent der gewonnenen Rohstoffe für den Export bestimmt. Die Länder des Globalen Südens produzieren die Rohstoffe somit größtenteils nicht für sich selbst, sondern für die Industriestaaten, die sie in enormen Mengen benötigen.

Dies gilt auch für die deutsche Industrie. So importierte Deutschland 2017 insgesamt über 1,25 Millionen Tonnen Kupfererz und -konzentrat im Wert von über 1,97 Milliarden Euro. Mexiko gehörte dabei mit einem Wert von etwa 94 Millionen Euro zu den sechs wichtigsten Lieferländern. Unter den Abnehmern der Erze von *Grupo México* befindet sich die *Aurubis AG* mit Sitz in Hamburg, die Kupferkonzentrat importiert und daraus reines Kupfer herstellt. Die Handelssparte von *Thyssenkrupp* wiederum bezieht Molybdänkonzentrat von *Grupo México* über einen Zwischenhändler und vertreibt das Material an andere Unternehmen.

Die Nachfrage nach Palmöl ist in Deutschland ebenfalls hoch. 2017 wurden etwa 1.637.600 Tonnen Palm- bzw. Palmkernöl direkt importiert. Neben großen Produzenten wie Indonesien gehört Guatemala zu den wichtigen Lieferländern für Deutschland. Gleichzeitig gehört Deutschland zu den drei bedeutendsten Abnehmern von Palmöl aus Guatemala. Auch hier lassen sich Lieferbeziehungen zu deutschen Unternehmen nachweisen. Die oben angeführten Menschenrechtsverletzungen wurden bei guatemalteckischen Unternehmen festgestellt, die aktuell oder in jüngerer Vergangenheit für deutsche Konzerne wie

die *ADM Mainz GmbH*, die *Vandemoortele GmbH* sowie *Edeka* (als Abnehmerin von Produkten von Vandemoortele) produzieren.



Ulrich Brand, Theoretiker der „imperialen Lebensweise“

Der Extraktivismus und unsere Lebensweise

Der Extraktivismus und seine Folgen im Globalen Süden stehen also in engem Zusammenhang mit dem Rohstoffhunger der Länder des Globalen Nordens. Diese benötigen die Rohstoffe für die Aufrechterhaltung ihres Lebensstils, den die Wissenschaftler Markus Wissen und Ulrich Brand als imperiale Lebensweise bezeichnen. Charakteristisch für diese Lebensweise ist der überproportionale Zugriff auf die global verfügbaren Ressourcen, der dadurch ermöglicht wird, dass die Ressourcen extrem billig zu haben sind. Dies wiederum hängt damit zusammen, dass – wie an den Beispielen Kupfer und Palmöl gezeigt wurde – die wahren sozialen und ökologischen Kosten für die Herstellung räumlich und zeitlich ausgelagert, also externalisiert werden: Sie müssen von der Umwelt und von Menschen andernorts oder von späteren Generationen getragen werden. Anders ausgedrückt: Die imperiale Lebensweise geht auf Kosten anderer. Sie ist zudem exklusiv. Das heißt, dass sie schlicht nicht für alle Menschen möglich ist. Der stark eingeschränkte Zugang der Gemeinden in Mexiko und Guatemala zu lebensnotwendigen Ressourcen wie Boden und Wasser kann dafür als Beispiel dienen.

Der Extraktivismus im Globalen Süden geht also Hand in Hand mit der imperialen Lebensweise im Globalen Norden. Von

der Ausbeutung von Mensch und Natur profitieren die Industrie und die KonsumentInnen im Norden sowie (transnationale) Rohstoffkonzerne und Eliten im Süden. Die betroffenen Gemeinden hingegen leiden häufig unter Gewalt, Armut, Krankheiten und Umweltverschmutzung.

Warum ein Lieferkettengesetz notwendig ist

Die Auswirkungen der imperialen Lebensweise sind vielen Menschen bekannt. Es scheint aber gewissermaßen gesellschaftlicher Konsens zu sein, die Konsequenzen zu verdrängen und so zu leben, als ob diese Lebensweise akzeptabel wäre. Durch unsere Handlungen im Alltag akzeptieren und leben wir sie. Das Konzept der imperialen Lebensweise umfasst allerdings auch die kapitalistische Produktions- und Arbeitsweise: Die imperiale Lebensweise ist kapitalgetrieben und vom Profitstreben der Unternehmen motiviert. Es ist auch der kapitalistische Wettbewerb um Profite, der zur Ausbeutung von Mensch und Umwelt führt.

Es soll also nicht mit dem Finger auf die VerbraucherInnen gezeigt und die Verantwortung bei ihnen gesucht werden. Es wird auch nicht gelingen, Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung ausschließlich über den Konsum zu beenden. Rohstoffe wie Kupfer und Palmöl kommen in unzähligen Waren des täglichen Bedarfs – wie Smartphones, Küchengeräten, Nahrungsmitteln oder Kosmetikprodukten – in häufig sehr kleinen Mengen vor. Das bedeutet, dass wir den Kauf dieser Rohstoffe oft gar nicht bemerken, geschweige denn die Produktionsbedingungen kennen können.

Es gilt also, das dahinterstehende System zu kritisieren und Strukturen zu verändern. Eine konkrete politische Möglichkeit hierfür ist die Einführung gesetzlicher Sorgfaltspflichten für Unternehmen, wie sie in Frankreich bereits bestehen und aktuell in Deutschland von einem breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis gefordert werden. Eine solche Regelung muss Unternehmen dazu verpflichten, Maßnahmen zur Einhaltung von Menschen-, Arbeits- und Umweltrechten in ihren Lieferketten zu ergreifen. Hier muss angesetzt werden, um eine einfache Externalisierung der sozialen und ökologischen Kosten zu verhindern – oder mit anderen Worten: um ein Leben zu leben, das nicht auf Kosten anderer geht. ■

AMAZONIEN-SYNODE: JUBELGESÄNGE UND WERMUTSTROPFEN

Vor Beginn der Amazonien-Synode wuchsen die Erwartungen an dieses Zusammentreffen ins Grenzenlose. Reformorientierte Bischöfe, wie z.B. Erwin Krätzler, erwarteten sich eine engagierte Parteinahme der Kirche für die Armen und die Umwelt und eine gewisse Lockerung des Pflichtzölibats. Bei anderen, wie den deutschen Kardinälen Walter Brandmüller und Gerhard Ludwig Müller, löste gerade die Zölibatsdiskussion Panik aus, sodass in italienischen Medien bereits ein bevorstehendes Schisma befürchtet wurde. Wurde die Synode den Erwartungen und Befürchtungen gerecht?

Von Wolfgang Schweiger

Positiv gestimmt waren die VertreterInnen der Indigenen. „Eine solche Chance wie die Amazonas-Synode hatten wir noch nie. Papst Franziskus eröffnet uns eine Bühne, um der Welt über unseren Überlebenskampf zu berichten“, meinte Jessica Patiachi Taion, eine Lehrerin aus Peru aus dem Volk der *Habakut*. In über hundert öffentlichen Veranstaltungen konnten indigene Gruppen während der drei Synodenwochen ihre Anliegen vorbringen, Informationen austauschen, um Solidarität werben und sich neu vernetzen.

Gleich zu Beginn schmückten sie den Synodensaal mit einem Kanu und brachten ihre indigenen Elemente in die Feierlichkeiten ein. Als jedoch bei einem „Schöpfungsgebet“ mit indianischen Riten und Gesängen auch nackte *Pachamama*-Statuen als Symbol für die Gottesmutter verwendet wurden, war die Geduld der Konservativen am Ende. Die Figuren wurden des Nachts gestohlen und in den Tiber geworfen. Der Täter, Alexander Tschuguel aus Wien, erlangte dadurch traurige Berühmtheit und wird seither in konservativen Kreisen als „*Pachamama*-Mörder“ gefeiert. Papst Franziskus reagierte auf seine Weise. Beim Abschlussgottesdienst der Synode verurteilte er in seiner Predigt die Verachtung fremder Traditionen, warb für kulturelle Vielfalt und einen eigenen Amazonas-Ritus.

Die Bischöfe folgten in ihren Beratungen im Wesentlichen der befreiungstheologischen „Option für die Armen“ und der päpstlichen Umweltenzyklika „*Laudato si'*“. Dies unterstrichen 40 Teilnehmer auch durch die Erneuerung des Katakombenpakts aus dem Jahr 1965, als sich am Ende des 2. Vatikanischen Konzils 42 Bischöfe in der „Domitila-Katakombe“ in besonderer Weise zu einer „dienenden und armen Kirche“ verpflichteten. Auch das Ab-

schlussdokument, das dem Papst als Vorlage für seinen Abschlussbericht dienen wird, spricht von einer „sozio-ökologischen Krise in noch nie dagewesenem Ausmaß“. Diese Ausbeutung des „gemeinsamen Hauses und seiner Bewohner“ wird als „Sünde wider die künftigen Generationen“ definiert. Die Synode kritisiert somit auch die desaströse Umwelt- und Menschenrechtspolitik des brasilianischen Präsidenten Bolsonaro. Dieser reagierte postwendend und warf der Kirche „politische Provokation“ und eine Einmischung von außen in innerbrasilianische Angelegenheiten vor. Kardinal Claudio Hummes, Präsident von REPAM, entgegnete ihm kurz und prägnant: „Wir respektieren die Souveränität Brasiliens, aber die Kirche ist auch ein Teil Amazoniens“.

Standen die bisher erwähnten Themen außer Streit, kam es bei der Frage, ob man die Zölibatspflicht für bestimmte „bewährte Personen“ aufheben sollte, um mehr PriesterInnen zu bekommen, zu internen Differenzen. Die Angst vor einem Präzedenzfall und einem weltkirchlichen Dominoeffekt war groß. So blieb man bei dem Vorschlag, dass in abgelegenen Gebieten Amazoniens bei Priestermangel nur „bewährte Männer (!) („*virii probati*“), vornehmlich aus dem Kreis der verheirateten Diakone“, zu Priestern geweiht werden sollten. Diese Kompromisslösung fand schließlich eine Mehrheit von 121 zu 21 Stimmen.

Es war also eine Lockerung, aber keineswegs eine Aufhebung des Zölibats, der erst unter Papst Innozenz II. anno 1139 auf dem zweiten Lateran-Konzil für christliche Priester auf der ganzen Welt zur Pflicht erhoben wurde. Bezüglich der Leitungsfunktion von Frauen forderten die Bischöfe bloß die Einrichtung des Amtes einer „Leiterin der Gemeinschaft“. Hier hätte man fordernder sein können. Dies merkte wohl auch Papst Franziskus. Zum Abschluss der Synode verkündete er, dass er der Glaubenskongregation den Auftrag gegeben habe, das Thema des Frauen-Diakonats erneut zu studieren.

Bei den Abstimmungen zum Schlussdokument zeigte sich erneut, wie schwer sich die katholische Kirche mit der Mitbestimmung von Frauen tut. Stimmrecht hatten nämlich nur Männer. Den Frauen blieb nur eine beratende Funktion – und der Protest! Daher war es nicht verwunderlich, dass die Veranstaltungen von *Voices of Faith* und *Maria 2.0* regen Zulauf hatten. Demonstrieren die Frauen dieser beiden Gruppen doch regelmäßig gegen eine männerdominierte Kirche und für den Zugang von Frauen zu den Weiheämtern in der Kirche. Denn in Lateinamerika die „strukturelle Sünde“ des kapitalistischen



Legionäre Christi: eine von vielen Männerdomänen der Kirche

Wirtschaftssystems anzuprangern und gleichzeitig die „strukturelle Sünde“ des Patriarchats zu leben, ist wohl ein Widerspruch. Auch wenn dies noch lange nicht alle Bischöfe verstehen wollen. ■

KURZNACHRICHTEN

Auswahl von Meldungen aus dem wöchentlichen Pressedienst lateinamerikanischer Agenturen POONAL und anderen (jeweils angegebenen) Quellen; deutsche Ausgabe bei: Nachrichtenpool Lateinamerika, Köpenicker Str. 187/188, D-10997 Berlin
Tel: +49-30/789 913 61, Internet: <http://www.npla.de>
E-mail: poonal@npla.de; als Email-Abo kann POONAL bei obiger Adresse gegen Spende bestellt werden.

MEXIKO

Riesige Ölvorkommen entdeckt

Im süd mexikanischen Bundesstaat Tabasco hat der staatliche Erdölkonzern *Petróleos Mexicanos (Pemex)* ein gigantisches Ölfeld entdeckt. Wie der Generaldirektor des Unternehmens, Octavio Romero Oropeza, bekanntgab, wird die Größe des Vorkommens auf bis zu 500 Millionen Barrel geschätzt. An einer weiteren Förderstelle auf dem 34 Quadratkilometer großen Areal *Quesqui* wird ein Vorrat von bis zu 200 Millionen Barrel vermutet. Damit handelt es sich um den wichtigsten Fund in den letzten 30 Jahren.

Auf dem Feld *Quesqui* wurden bereits seit Juni 2019 Bohrungen durchgeführt. Die Kapazität soll im Jahr 2020 um elf Schächte erweitert werden, um die Erdölförderung bis 2021 auf täglich bis zu 69.000 Barrel Öl und 30 Millionen Kubikfuß Gas zu steigern.

Präsident Andrés Manuel López Obrador begrüßte die Nachricht während einer Rundreise durch den Bundesstaat Tabasco, bei dem er sich vor Ort ein Bild der *Pemex*-Projekte machte. Der Präsident sah die Wirksamkeit seiner politischen Ausrichtung durch den Fund bestätigt. Er sehe viel Potenzial in der Erdölproduktion und lobte zudem die von ihm verfolgte Politik, die viel Wert auf Investitionen in den öffentlichen Sektor legt. Während die Rohstoffförderung viele Jahre bis zu 40 Prozent des Staatshaushalts ausmachte, waren die Einnahmen aus der Erdöl- und Gasförderung in den vergangenen 14 Jahren durch fehlende Investitionen stetig zurückgegangen.

López Obrador begann, Steuereinnahmen in den Sektor zu investieren, um die Geschäfte mit dem Erdöl wieder anzukurbeln und *Pemex* wieder zum Aushängeschild der nationalen Entwicklung zu machen. Bei seiner Rede in Huimanguillo

bat er die lokale Bevölkerung, das Projekt vor Ort zu unterstützen. Er versprach, dass die Erlöse der mexikanischen Bevölkerung zugutekommen und nicht ausländische Investoren davon profitieren werden.

Sarah Wollweber,
amerika21

USA-MEXIKO

„Giganten der Wüste“ für den Bau von Trumps Mauer zerstört

Schwere Baumaschinen entwurzeln die zum Teil über 70 Jahren alten, majestätischen Saguaro-Kakteen der Sonora-Wüste, damit die Mauer des US-amerikanischen Präsidenten Donald Trump gebaut werden kann – eine „ökologische Tragödie“, so ÖkologInnen und AktivistInnen. Die auch als „Giganten der Wüste“ bekannten riesigen Kakteen werden von Baggern beiseite geräumt, um den Weg freizumachen für einen Zaun von neun Metern Höhe, der eine tiefe Narbe bildet zwischen dem Ökoreservat *Monumento Nacional del Organ Pipe Cactus* in Arizona, einem nach dem Orgelpfeifenkaktus benannten Schutzgebiet, und dem Biosphärenreservat *El Pinacate y Gran Desierto de Altar* in Sonora, Mexiko.

In einem über die sozialen Netzwerke verbreiteten Video ist zu sehen, wie die Kakteen, die nur in einem kleinen Verbreitungsgebiet vorkommen und vom Aussterben bedroht sind, außerdem mehr als 175 Jahre alt werden und eine Höhe von 16 Metern erreichen können, von Baggern zerquetscht im Sand liegen.

Während von IngenieurInnen, die beim US-amerikanischen Militär beschäftigt sind, Bilder verbreitet werden, die zeigen sollen, dass die Kakteen erfolgreich verpflanzt wurden, um so ihr Überleben zu garantieren, versicherte Dan Mills, Koordinator der Naturschutzorganisation *Sierra Club* in Arizona: „Es ist schwierig, einen Saguaro-Kaktus zu verpflanzen, der sich bereits im Wachstum befindet“. Er fügte hinzu, dass „wenn das Projekt einmal abgeschlossen ist, Pflanzen in einer Größenordnung von 70 Kilometer Zaun ersetzt werden müssen. Dies bedeutet Hunderte

von Saguaros, anderen Kakteen und Pflanzen, die entfernt wurden“.

Die physische Trennung und die intensive Beleuchtung der Schranken werde jedoch auch Vögel, nachtaktive Arten und bestäubende Insekten beeinträchtigen, die von zentraler Bedeutung für das Ökosystem seien. Es müsse auch erwähnt werden, dass die Saguaros ein wesentlicher Bestandteil sowohl der Ernährung als auch der Rituale der indigenen Völker sind, wie die der Stammesgruppe der *Tohono O'odham*, die seit Tausenden von Jahren in der Sonora-Wüste lebten und nun von der militärischen Grenze zwischen Mexiko und den USA geteilt würden.

HONDURAS

50 Jahre Haft für Mörder von Berta Cáceres

In Tegucigalpa hat ein Gericht unlängst das Strafmaß für vier bereits im Januar 2019 verurteilte Auftragskiller und zwei Mittelsmänner des Mordes an der honduranischen Menschenrechtsverteidigerin und Umweltaktivistin Berta Cáceres verkündet. Die Auftragsmörder erhielten 50 Jahre Gefängnis: 34 Jahre wegen der Erschießung von Berta Cáceres in der Nacht vom 2. zum 3. März 2016 und 16 Jahre wegen versuchten Mordes am mexikanischen Umweltaktivisten Gustavo Castro. Er übernachtete damals in Cáceres' Privathaus in der Kleinstadt La Esperanza-Intibucá und kam verletzt mit dem Leben davon.

Für zwei Mittelsmänner, den ehemaligen Militär und früheren Sicherheitschef des Unternehmens *Desarrollos Energéticos (Desa)*, Douglas Geovanny Bustillo, und den *Desa*-Manager für Umwelt und Soziales, Sergio Rodriguez, lautete das Strafmaß 30 Jahre und vier Monate. Der ebenfalls in das Mordkomplott verwickelte und zum Tatzeitpunkt aktive Major der honduranischen Armee, Mariano Díaz Chávez, kam mit 30 Jahren davon. Da das Urteil nun schriftlich vorliegt, kann die Verteidigung der Täter Berufung einlegen.

Berta Cáceres und ihre Organisation *Copinh* hatten sich gemeinsam mit betroffenen Gemeinden gegen den Bau des Wasserkraftwerkes *Agua Zarca* eingesetzt, an dem unter anderem europäische Entwicklungsbanken und das Siemens-Joint Venture Voith Hydro beteiligt waren.

Die Prozessöffnung gegen den Präsidenten der *Desa*, David Castillo, war im Oktober zum zweiten Mal am Widerstand seiner Anwälte gescheitert. Castillo soll für den Mord an Cáceres 500.000 Lempira (etwa 18.000 Euro) an den Mittelsmann Bustillo bezahlt und von seinen Auftraggebern eine Summe erhalten haben, die ihm den Kauf einer Luxusvilla in den USA ermöglichte. Als Drahtzieher hinter dem Mord werden *Desa*-Aufsichtsräte und Aktionäre aus der mächtigen honduranischen Unternehmerfamilie Atala Zablah in Komplizenschaft mit weiteren, mutmaßlich staatlichen Akteuren vermutet.

Cáceres' Organisation *Copin* würdigte das Urteil gegen die Täter als „ersten Riss in einer Mauer totaler Straflosigkeit, mit der eine kriminelle Struktur aufrecht erhalten wird, die für den Mord verantwortlich ist“. Unterstützt von internationalen Organisationen und Institutionen fordern *Copin* und Cáceres' Familie die vollständige Aufklärung des Verbrechens und die Verurteilung aller Beteiligten. Genügende Beweise gegen sie lägen vor, so *Copin*, die Staatsanwaltschaft müsse nun endlich handeln.

Andrea Lammers, amerika21

KOLUMBIEN

Gedenktag für die Opfer von Transfeindlichkeit

Am 28. November 1998 wurde die afroamerikanische Transfrau Rita Hester in Massachusetts (USA) in ihrer Wohnung erstochen. Aus Empörung darüber, dass ihre Ermordung in der offiziellen Berichterstattung fast vollständig ignoriert wurde, versammelten sich einen Tag später etwa 250 Menschen. Seither ist der 20. November Gedenktag und Kampftag zugleich: Es wird an die Opfer gesellschaftlicher Vorurteile, an ermordete Freundinnen und Freunde erinnert; gleichzeitig wird aber auch der Staat aufgefordert, Verantwortung zu übernehmen, Maßnahmen zum Schutz vor transfeindlicher Gewalt zu ergreifen und die Aufklärung von Angriffen auf Transpersonen voranzutreiben.

Kolumbien befindet sich seit über 50 Jahren in einem bewaffneten Konflikt. Auf den Straßen der großen Städte ist die Gewalt allgegenwärtig. Übergriffe auf transsexuelle Männer und Frauen konzentrieren sich besonders auf den Bereich der Sexarbeit. Tödliche Angriffe auf Transpersonen

haben in den letzten Jahren zugenommen, wobei ein Großteil der Verbrechen nie aufgeklärt wird.

Zwischen 2008 und 2016 wurden weltweit 2.115 Transpersonen und Transsexuelle ermordet, davon 1.654 (über 60%) in Lateinamerika und der Karibik. Nach Angaben der Interamerikanischen Menschenrechtskommission CIDH ist die Mordrate in Brasilien, Mexiko, den USA und Kolumbien am höchsten. Allein 2015 wurden in Kolumbien 33 Transpersonen ermordet. „Zwischen dem 1. Oktober 2018 und dem 30. September 2019 wurden 331 Mordfälle registriert, die meisten davon in Mexiko (63), Brasilien (130) und USA (30)“, so das *Trans Murder Monitoring Project* TMM. „Angriffe auf Transpersonen sind keine kontextlosen Einzelfälle sondern Ausdruck weitverbreiteter gesellschaftlicher Vorurteile. Der Staat hat die Pflicht, der Gewalt vorzubeugen, Verbrechen aufzuklären und juristisch zu ahnden und dafür Sorge zu tragen, dass sich solche Angriffe nicht wiederholen“, mahnte die LGBTIQ-Menschenrechtsorganisation *Colombia Diversa*.

Wenn man bedenkt, dass gleichgeschlechtliche Beziehungen nach kolumbianischem Gesetz noch bis 1980 mit bis zu drei Jahren Gefängnis bestraft wurden, hat die Bewegung inzwischen einiges erreicht. Seit der Zulassung der Homoehe durch das Verfassungsgericht im Jahr 2016 ist Kolumbien einer der weltweit 25 Staaten, in denen gleichgeschlechtliche Paare heiraten können. Trotzdem fordern Menschenrechtsorganisationen nach wie vor Respekt für alle Menschen, unterschiedlos und nicht nur auf dem Papier. Der diesjährige Trans-Gedenktag verstand sich als Auftakt für den landesweiten Generalstreik am 21. November.

ARGENTINIEN

Amtsantritt der Regierung Alberto Fernández

Am 10. Dezember nahm die neue Regierung unter Präsident Alberto Fernández und Vizepräsidentin Cristina Fernández de Kirchner ihre Amtsgeschäfte auf. Am Freitag davor hatte der designierte Staatspräsident die Mitglieder seines Regierungskabinetts der Öffentlichkeit vorgestellt. Künftig wird es 20 Ministerien geben, um neun mehr als im letzten Kabinett von Mauricio Macri.

Bei den Postenbesetzungen kamen zahlreiche Vertrauenspersonen und politische Weggefährten von Fernández zum Zug. Im Gegensatz zur Regierung Macri finden sich keine Vertreter aus dem Unternehmerbereich oder internationaler Konzerne. Der Journalist Mario Wainfeld stuft das neue Regierungsteam als „reformistisch, progressiv und mitte-links“ ein.

Kabinettschef wird der Politologe Santiago Cafiero. Er ist Teil der sogenannten „Callao-Gruppe“, eines politischen Think-Tanks, der 2018 von Alberto Fernández gegründet wurde. Die Wirtschaftsagenden werden in Zukunft durch zwei Ministerien wahrgenommen werden. Wirtschaftsminister wird Martín Guzmán. Er ist Mitglied des renommierten *Institute of New Economic Thinking* und kommt aus dem wissenschaftlichen Umfeld des früheren Weltbankchefs und Wirtschaftsnobelpreisträgers Joseph Stiglitz. Das neu gegründete Ministerium für Produktivitätsentwicklung wird von Matías Kulfas, ebenfalls Mitglied der Callao-Gruppe, geleitet werden.

Erstmals in der Geschichte Argentiniens wird es ein Ministerium für Frauen- und Geschlechterfragen sowie Diversität geben, das Elizabeth Gómez Alcorta führen wird. Sie wurde in den vergangenen Jahren vor allem als Menschenrechtsanwältin bekannt. Mit Milagro Sala und Moira Millán, einer Anführerin der Mapuche-Bewegung, vertrat sie zwei der bekanntesten sozialen Aktivistinnen des Landes vor Gericht. Von den künftig 20 Ministerien werden jedoch nur vier mit Frauen an der Spitze besetzt: neben dem Frauenministerium noch das Sicherheitsministerium, das Ministerium für Entwicklung und Habitat und das Justiz- und Menschenrechtsministerium. Es wird in Zukunft auch wieder ein Gesundheitsministerium geben, das 2018 von Präsident Macri in den Rang eines Subsekretariats abgewertet wurde.

Bei drei der designierten Funktionäre handelt es sich um während der Militärdiktatur geraubte Kinder. Innenminister Eduardo de Pedro wurde als Zweijähriger für mehrere Monate von Militärs entführt, nachdem seine Eltern ermordet worden waren. Umwelt- und Nachhaltigkeitsminister Juan Cabandié sowie die designierte Präsidentin des INADI, Victoria Donda, wurden im berüchtigten Folterzentrum ESMA geboren, zur Adoption freigegeben und erhielten erst Jahrzehnte später Gewissheit über ihre wahre Identität.

Christian Dürr, amerika21



BUCHBESPRECHUNG

PORTRÄT EINER 500-JÄHRIGEN

Fotograf Sven Creutzmann und Texter Bert Hoffmann haben zu Havannas Stadtjubiläum einen spektakulären Bildband herausgebracht

Havanna fasziniert. Es mag schönere Städte geben auf dem amerikanischen Doppelkontinent, saubere; Städte, in denen es sich angenehmer leben oder auch nur bequemer Urlaub machen lässt, sowieso. Doch nur wenige haben dieses eigene Flair, das sich aus so viel Geschichte speist. Nur wenige versprühen so viel Energie wie Kubas Hauptstadt. Havanna ist einzigartig.

Rechtzeitig zum 500. Jahrestag der Stadtgründung in diesem November haben Sven Creutzmann und Bert Hoffmann einen Bildband herausgebracht. Hoffmann, Politikwissenschaftler am GIGA und Honorarprofessor an der FU Berlin, ist seit drei Jahrzehnten regelmäßig auf Kuba unterwegs und hat in dieser Zeit viel zur aktuellen Entwicklung auf der Insel veröffentlicht. Sven Creutzmann lebt seit den 90er Jahren in Havanna und ist dort nicht nur beruflich, sondern auch privat verankert. Wer seine Qualitäten als Fotograf noch nicht kennen sollte, hatte nie eine bessere Gelegenheit, dieses Versäumnis wettzumachen, als jetzt.

Natürlich dürfen in dem Band die „mintgrünen Oldtimer-Chevys, bröckelnden Kolonialbauten, Salsa tanzenden Habaneros“ nicht fehlen, mit denen der Verlag seine Werbung für das Buch beginnt. Doch Sven Creutzmann präsentiert viel, viel mehr. Er zeigt tatsächlich das wirkliche Leben. Nicht die Show im Cabaret *Tropicana*, sondern die verschwitzten Gesichter und die durchgetretenen Schläppchen derer, die sich um eine Anstellung als Tänzer erst bewerben. Er fotografiert die Menschen in ihren eigenen vier Wänden, im Lepa-Hospital, beim improvisierten Sexualkundeunterricht im Schönheitssalon. Kaum ein Nicht-Kubaner dürfte mit seiner Kamera den Kubanern je näher gekommen sein.

Grandios ist die Serie der Vorher-Nachher-Bilder: „Zeitensprung 1“ zeigt – noch recht erwartbar – einen Palast an der



Plaza Vieja vor und nach der gelungenen Renovierung. „Zeitensprung 2“ porträtiert frisch angemalte Häuser an der Uferpromenade *Malecón* 1992 und das, was heute von ihnen noch steht: Eine universelle Mahnung, sich vom schönen Schein niemals täuschen zu lassen. Und dann ist da noch „Zeitensprung 3“, ein Saal in einer ehemals herrschaftlichen Villa, einmal 1998 abgelichtet, einmal 2019. Aber das muss man sich selbst ansehen.



Bert Hoffmanns Texte, die die einzelnen Kapitel begleiten, stehen den Bildern nicht nach. Sie sind genauso genau, nie denunzierend, sie schlagen den Bogen vom kleinen Detail zum Großen und Ganzen und wieder zurück. Nur im Einstieg zur Stadthistorie holpert es ein wenig, doch das tut dem Buch keinen Abbruch. Im Zusammenspiel von Text und Bild ist dieser Band unter der Vielzahl der aktuell erhältlichen Kuba-Bildbände unerreicht.

Und doch bleibt eine Erwartung unerfüllt, oder wird nur zum Teil erfüllt. Denn ein Bildband mit dem Titel „Havanna“, der ausdrücklich zur 500-Jahr-Feier der Stadt erscheint, verspricht ein Stadtporträt, vergleichbar vielleicht einem Mosaik, das sich vor den Augen des Betrachters nach und nach zusammensetzt. Dass dabei die eine oder andere Leerstelle bleibt, ist gar nicht zu vermeiden und Creutz- und Hoffmann auch nicht anzulasten. Hier geht es um etwas anderes: um das Zusammenspiel der einzelnen Elemente, die Gesamtkomposition. Und mit der stimmt etwas nicht. Denn am Anfang steht nicht, was nahe läge, die Stadtgeschichte, sondern ein Kapitel „Fidels Havanna – Havannas Fidel“. Warum?

Die Erklärung lautet wohl: Weil die Fotos dazu einladen. Wer von einem so elektrisierenden Motiv wie Fidel Castro so viele Bilder mit so hoher Aussagekraft angesammelt hat wie Creutzmann, der will sie zeigen, und damit ein Vergleich möglich wird, am besten in geballter Form. Das aber rechtfertigt noch nicht den Stellenwert, den dieses Kapitel kraft seiner Platzierung in dem doch eigentlich der Stadt gewidmeten Buch einnimmt. Denn „Fidels Havanna“ war die Stadt nie.

Hält man sich vor Augen, dass Castro Kuba fast ein halbes Jahrhundert lang regiert hat, ist es geradezu verblüffend, wie wenig er aktiv in die Struktur seiner Hauptstadt eingegriffen hat. Vor-Vor-Vorgänger Machado ließ Anfang der 30er Jahre alle Fassaden in der Altstadt weiß tünchen, weil er sich von einem einheitlichen Erscheinungsbild für die Tourismuswerbung etwas versprach – kulturhistorisch ein Sündenfall. Vorgänger Batista begann in den 50er Jahren mit Abrissarbeiten im historischen Kern, kam aber glücklicherweise nicht mehr weit.

Fidel Castro hatte annähernd so viel Zeit wie alle Präsidenten Kubas vor ihm zusammen, und zeitweilig hätte er auch die Mittel gehabt, die Stadt nach seinem Geschmack umzuformen. Er unterließ es und widmete sich anderen Dingen. Was man ihm auch vorhalten mag: Übereifriges Engagement als Stadtentwickler gehört nicht dazu.

Eine ähnliche Entstehungsgeschichte wie beim Castro-Kapitel ist auch beim Kapitel „Havannas Oldtimer – eine Zeitreise

auf Rädern“ zu vermuten. Natürlich ist hierzulande die Faszination für die alten Ami-Schlitten auf Kubas Straßen riesengroß, und ein Bildkünstler müsste ja verrückt sein, hielte er seine fotografischen Schätze (und Creutzmanns Aufnahmen sind Schätze!) zurück.

Bert Hoffmann bleibt in seinem Text auch nicht bei den auf Hochglanz polierten Pontiacs und Oldsmobiles stehen. Ein Schlenker nur, und schon ist er bei der abenteuerlichen Geschichte um den Formel-1-Weltmeister Juan Manuel Fangio, der in Havanna einst ein Rennen verpasste, weil er Opfer einer Entführung wurde. Auch die „Kamele“, die in Zeiten akuten Ersatzteilmangels im Nahverkehr zum Einsatz kamen, werden gebührend gewürdigt. Und doch: Zwei oder drei Autos weniger hätten, genau wie zwei oder drei Castro-Bilder weniger, diesem ausnehmend guten Buch noch besser getan.

Hinnerk Berlekamp

Sven Creutzmann, Bert Hoffmann:
Havanna im Herzen Kubas
 Verlag Frederking & Thaler, München
 2019, 320 Seiten, 59 Euro

KUBA FÜR LIEBHABER

Heinrich Graf von Spreti:
Kuba im Umbruch
 Utzverlag, München 2019,
 99 Seiten, 39 Euro

Um es gleich vorweg zu sagen: Titel und Covertext wecken Erwartungen, die der Inhalt nicht erfüllt. Einzig der Einleitungsbeitrag von Walther L. Bernecker streift gewisse Aspekte der neuesten Entwicklungen. Es handelt sich um Ergebnisse einer halbtägigen Tagung der katholischen Akademie in Bayern. Der „Kubanologe“ findet interessante Details aus der Korrespondenz von Karl Graf von Spreti, der in den Anfangsjahren nach der Revolution von 1960 bis 1963 deutscher Botschafter in Kuba war, bis die Hallstein-Doktrin den diplomatischen Beziehungen ein Ende setzte, was dieser durchaus skeptisch sah. Interessante Streiflichter zum kubanischen Alltag finden sich im Bericht des Korrespondenten Christoph Röckerath über die Produktion einer ZDF-Doku im Jahr 2011, sowie des Abtpräses Jeremias Schröder, der von der Gründung eines Benediktinerklosters auf der Insel im Jahr 2008 berichtet und von der Rolle der Kir-

che ganz allgemein – der stärksten nicht-staatlichen Institution. Schließlich gibt es einen Beitrag über drei Jahrhunderte geistlicher Musik auf Kuba. Ein Buch für Fachleute und Liebhaber. Auch sein Preis dürfte den Leserkreis exklusiv halten.

Robert Lessmann

WACHSTUMSKRITIK

Matthias Schmelzer, Andrea Vetter:
Degrowth/Postwachstum zur Einführung
 Junius Verlag, Hamburg 2019
 256 Seiten, 15,90 Euro



Die Ausgangsdiagnose der Postwachstumsbewegung ist eine vermeintlich einfache und altbekannte: Unser gegenwärtiges Wirtschaftssystem basiert auf Wachstum, und unendliches Wachstum ist auf unserem begrenzten Planeten nicht möglich. Und dennoch konzentriert sich eine breite Mehrheit in der Gesellschaft – Wissenschaft, Unternehmen, Politik und auch Zivilgesellschaft – nach wie vor darauf, innerhalb der bestehenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung jene Schrauben zu identifizieren, an denen nur ein wenig gedreht werden müsse, um das Wachstum fortan grün oder nachhaltig gestalten und unsere Lebens- und Wirtschaftsweise weiter aufrechterhalten zu können.

Bei den tatsächlichen Alternativen, die nicht auf auf stetigem Wachstum basieren und denen sich dieses Buch widmet, geht es vor allem um die große Frage, wie eine umfassende gesellschaftliche Veränderung

gelingen kann. Dabei skizzieren die beiden AutorInnen zunächst die Vision einer tatsächlich nachhaltigen und eben vom Wachstum befreiten Wirtschaft und Gesellschaft. Sie zeigen, dass das Unbehagen mit und die Kritik am Wachstum bereits weit in die Geschichte der Sozialwissenschaften zurückreichen. In einer kurzen Einführung in die Geschichte des Wachstumsparadigmas werden unter anderem seine ideologische Funktion und seine Rolle als, wie sie schreiben, „säkulares Erlösungsversprechen des Kapitalismus“ kompakt dargestellt. Im Anschluss folgt ein umfassender Überblick über die verschiedenen Ansätze und Strömungen der wissenschaftlichen, aber auch politisch und aktivistisch motivierten Wachstumskritik.

Insgesamt sieben verschiedene Argumentationslinien werden darin übersichtlich aufbereitet: die ökologische, die sozio-ökonomische, die kulturelle, die Kapitalismus-, die feministische, die Industrialismus- und die Süd-Nord-Kritik. Bei der Lektüre wird zunehmend deutlich, was die beiden AutorInnen bereits eingangs klarstellen: Bei Postwachstum handelt es sich um ein „Zusammendenken verschiedener Stränge der Gesellschafts- und Wachstumskritik [...], die aus unterschiedlichen Perspektiven die Steigerungsdynamiken der Gesellschaft analysieren“.

Auch wenn die konkrete Ausgestaltung vieler Vorschläge unklar bleibt, geht dieses Buch hier etwas mehr in die Tiefe und beschreibt einige bereits jetzt umsetzbare und notwendige erste kleine Schritte, die allein durch ihre beispielgebende Funktion wichtig sind. Dabei handelt es sich um jene „Versuchslabore“, die auch der britische Soziologe Erik Olin Wright, auf den sich die AutorInnen wiederholt beziehen, in seinem vor wenigen Jahren auch auf Deutsch veröffentlichten Buch „*Reale Utopien*“ als unabdingbare Voraussetzungen einer gesellschaftlichen Transformation benannte.

Weiterführend werden zehn Politikvorschläge präsentiert, darunter eine radikale Verkürzung von Arbeitszeit, die Ablösung des BIP als zentralem Indikator für wirtschaftlichen Erfolg, Schuldschnitte für Einkommensärmere, Obergrenzen für Ressourcennutzung sowie ein Grund- und ein Maximaleinkommen. Ein Grunddilemma der Debatte ist jedoch nach wie vor ungelöst: Zwar wissen wir, dass Wachstum nicht nachhaltig ist, jedoch führen Null- oder Negativwachstum – zwei Begriffe, die bereits zeigen, wie hegemonial die Wachstumsfixierung unser Welt-

⇒ von Seite 37: BUCHBE-
SPRECHUNGEN

bild prägt – unter den gegenwärtigen Bedingungen unweigerlich in die Krise, etwa zum Niedergang unserer Güterversorgung oder unserer Sozialsysteme.

Dennoch macht das Buch auch Mut für Veränderung. Denn diese ist möglich, schließlich basiert die Wachstumsgesellschaft immer auch auf der Zustimmung der breiten Massen. Bücher wie dieses tragen nicht nur zur Bewusstseinsbildung bei, sie inspirieren dazu, sich auch gegen Widerstände für Alternativen stark zu machen und auch die politischen Eliten verstärkt in die Pflicht zu nehmen. Erschienen ist es im heurigen Frühjahr im Junius Verlag.

Christina Buczko

DUNKLE
POESIE

Susana Szwarc:

Zöpfe –

Das geraubte
Geheimnis

Übersetzt von

Erna Pfeiffer

Löcker Verlag,

Wien 2019, 120

Seiten, 19,80 Euro



Dank der Übersetzungstätigkeit der Grazer Literaturwissenschaftlerin Erna Pfeiffer werden immer mehr Werke lateinamerikanischer Schriftstellerinnen auch für deutschsprachige LeserInnen zugänglich. Vor kurzem erschien „Zöpfe – Das geraubte Geheimnis“ der Argentinierin Susana Szwarc. Eine Lesereise – organisiert von der Buchhandlung *tiempo nuevo*, der Frauensolidarität und dem PEN Club Österreich – ermöglichte eine erste Begegnung mit diesem Buch.

„Zöpfe“ ist ein poetischer Roman, der vieles im Dunklen lässt und so die LeserInnen einlädt, selbst die Verschlungenheiten der Erzählung aufzudröseln, gleichsam die „Zöpfe des Lebens“ zu entflechten. Schauplätze sind ein namenloses Dorf und im Gegensatz dazu eine anonyme Stadt, aus der sich die Protagonistin immer wieder mit dem Zug in das Dorf ihrer Kindheit begibt, um dort so etwas wie Versöhnung/Aussöhnung zu erfahren. Dieses Unterfangen ist aber nicht leicht zu verwirklichen. Denn Geschichte ist manchmal vorbei. „Vorbei ist vorbei“, „Lo pasado pi-

sado“ sagt man in Argentinien. Was bleibt, ist die Monotonie der immerwährenden Wiederkehr des Gleichen: das Trinken des Matetees, das Ritual des Asados, die gleichbleibende Bewegung des Zuges und der ohrenbetäubende Lärm des Macagua, eines Vogels, dessen Krächzen oft als unheilbringend interpretiert wird.

Der Titel „Zöpfe – das geraubte Geheimnis“ lädt zu verschiedensten Interpretationen ein. Erna Pfeiffer bietet fünf Möglichkeiten, drei davon seien hier genannt. Während die psychoanalytische Interpretation Sigmund Freuds im Abschneiden der Haare eine symbolische Kastration sieht, erkennen andere Psychoanalytiker eher einen Hinweis auf die (erfolgte oder bevorstehende) Defloration. Im vorliegenden Text von Susana Szwarc hat das Abschneiden der Zöpfe aber auch mit Anwendung sexueller Gewalt zu tun. „Er schnappte das Mädchen, packte es bei den Zöpfen. Hielt ihr den Mund zu und begann, ihr das Hörschen auszuziehen“ (Seite 10). Da Susana Szwarc aber auch Tochter von polnischen Holocaust-Überlebenden ist, ist auch noch an die Demütigung in Konzentrationslagern der Nationalsozialisten zu denken, wo das Abschneiden des Haupthaars einer völligen Beraubung der Identität, einer Entmenschlichung der KZ-Gefangenen gleichkam.

Stilistisch ist unter anderem der vorherrschende Nominalstil, eine ungewöhnliche Anhäufung von Substantiva ohne Verben, hervorzuheben. Das Weglassen, das Nichtsagen ist ein ganz wichtiges Stilmittel der Autorin. Verknappung pur. Es muss nicht alles gesagt, detailreich breitgetreten werden. Dies lässt Platz für die LeserInnen. Sie sind gefordert, die Leerstellen zu füllen, „das relativ komplizierte Zopfmuster, das aus unterschiedlichen Zeitebenen, SprecherInnen und Motiven kunstvoll ineinandergewirkt wurde und nach behutsamer Auflösung, nach Rückabwicklung, nach Entwirrung verlangt“. Wie schon oben gesagt: „Zöpfe“ ist ein poetischer Roman, der vieles im Dunklen lässt und so die LeserInnen einlädt, selbst die Verschlungenheiten der Erzählung aufzudröseln ...

Susana Szwarc lebt in Buenos Aires, wo sie literarische Workshops und Lesungen abhält und sich an verschiedenen kulturellen Projekten beteiligt. Sie ist Mitglied des argentinischen PEN Clubs und engagiert sich vor allem für die Rechte der indigenen Völker Argentinien.

Wolfgang Schweiger

Lateinamerika Actual

Weiterbildungsreihe in vier Modulen von März bis Juni 2020

Die Weiterbildungsreihe „Lateinamerika Actual – kurz ACTAL“, setzt sich zum Ziel, das Verständnis und das Engagement für alternative Lebensformen zu fördern. Tiefgehende Analysen und partizipative Methoden sollen jene Facetten widerspiegeln, welche die Faszination für diese Region ausmachen. Wichtige Daten und Fakten sowie aktuelle Themen werden aus einer Perspektive von Inklusion und Diversität erforscht und diskutiert. Basierend auf einer Ethik des interkulturellen Respektes schafft die Weiterbildungsreihe Bewusstsein über das unglaubliche Potenzial Lateinamerikas.

ACTAL richtet sich an Studierende, Berufstätige und an Lateinamerika interessierte Menschen, die den Blick auf Lateinamerika schärfen wollen – sei es im Zuge von Projekten und Initiativen im Bereich der internationalen Zusammenarbeit oder einfach aus Wissenslust. Sie richtet sich ebenso an Menschen, die in ihrem beruflichen und persönlichen Leben mit LateinamerikanerInnen zu tun haben und deren vielfältigen Hintergrund kennenlernen möchten. ACTAL heißt alle Personen willkommen, die ihren Horizont für diesen faszinierenden Lebensraum erweitern und ihr Wissen vertiefen möchten.

In Form von Wochenendmodulen bietet sie eine multidisziplinäre und umfassende Sicht auf aktuelle Kernthemen und lädt zu einer kritischen, empathischen und engagierten Teilnahme ein.

Termine: jeweils am Freitag von 14:00 bis 18:00 Uhr mit einer Abendeinheit (19:00 bis 21:00 Uhr) und Samstag 9:00 bis 17:00 Uhr.

Die einzelnen Module sind thematisch und methodisch in sich abgeschlossen, aber miteinander verwoben. Sie können einzeln oder als gesamte Reihe gebucht werden. Die einzelnen Module werden mit einer Teilnahmebestätigung abgeschlossen, die gesamte Reihe mit einem Diplom.

Veranstaltungsort: ÖFSE, Alois Wagner-Saal, Sensengasse 3, 1090 Wien

Beitrag gesamter Lehrgang: 1.050,-, ermäßigt 850,- Euro; Beitrag für einzelne Module: 280,-, ermäßigt 220,- Euro

Beratung und Anmeldung: LAI, Schlickgasse 1, 1090 Wien, Tel. +43 1 310 74 65 -16, E-Mail: ingrid.fankhauser@lai.at; *weitere Informationen:* <https://lai.at/bildung/weiterbildungsreihe-actual>. ■

COMITÉ LATINO GEGEN PUTSCH UND NEOLIBERALISMUS GEGRÜNDET

In den letzten Novembertagen kam es im Amerlinghaus in Wien zu einer Versammlung der besonderen Art: Mehr als ein Dutzend Organisationen der in Österreich lebenden LateinamerikanerInnen trafen sich zu einem Informationsaustausch über die politischen, ökonomisch-ökologischen und von den Militärs hervorgerufenen Krisen in ihren jeweiligen Ländern. Es folgte eine teilweise recht kontroversiell geführte Diskussion über eine politische Plattform, von der aus verschiedene Aktionen und Mobilisierungen gemeinsam getragen werden können.

Unter den anwesenden VertreterInnen befanden sich sowohl in Österreich alteingesessene Initiativen wie die Organisation der politischen Gefangenen Chiles als auch die soeben erst gegründete bolivianische *Solibol* sowie VertreterInnen von solidarischen Initiativen Österreichs wie der Informationsgruppe Lateinamerika und der Antiimperialistischen Koalition.

Es wurde einhellig festgestellt, dass die Übel, welche die Bevölkerungen Lateinamerikas in diesem historischen Moment zu ertragen haben, eine direkte Folge der Krise des Neoliberalismus sind, und es darum gehe, den Wurzeln der sozialen Bewegungen insbesondere im andinen Raum nachzugehen.

Schließlich beschloss die Versammlung, ein Koordinationskomitee zu gründen, an dem sich prinzipiell alle VertreterInnen solidarischer Organisationen beteiligen können, und dass es zunächst einmal darum gehe, gegen den in Bolivien erfolgten zivil-militärischen Putsch gegen die Regierung von Evo Morales zu protestieren. In diesem Kontext entstand der nachfolgende Aufruf zu einer Mobilisierung am Stephansplatz und vor der EU-Vertretung, den wir im Anschluss dokumentieren. Dem Aufruf haben an die 150 Personen Folge geleistet und am 7.12. gegen den Putsch in Bolivien demonstriert. **Leo Gabriel**

GEGEN DEN RASSISTISCHEN UND FASCHISTISCHEN PUTSCH GEGEN DEN PLURINATIONALEN STAAT BOLIVIEN SCHLUSS MIT DEM MASSAKER AM BOLIVIANISCHEN VOLK!

Die Welt schaut dem zivilpolizeilichen und militärischen Putsch in Bolivien zu. Sie erhält wenig oder keine Informationen über die Massaker und Gewalttaten, die die putschistische und rassistische Regierung von Jeanine Áñez laufend begeht. Durch Dekrete, die Armee und Polizei Straffreiheit gewähren, versucht sie, den gerechten Widerstand des Volkes niederzuhalten, der von breiten sozialen Bewegungen im ganzen Land geleistet wird.

Angesichts dessen sind wir mit zwei gegensätzlichen Haltungen konfrontiert: Einerseits haben die Weltmächte das Regime anerkannt, denn sie haben Interesse an den Bodenschätzen, insbesondere den Lithium-Lagerstätten, die für ihre Expansion und Monopolherrschaft über die neuen Märkte entscheidend sind. Einige üben sich auch in scheinbarer Neutralität. Auf der anderen Seite weisen die Völker der Welt die Lüge zurück und versuchen die Wahrheit über die Lage in Bolivien herauszufinden: über die ständigen rassistischen Attacken gegen die ursprünglichen Völker und besonders gegen die indigenen Frauen, die ihre Kleidung *Pollera* tragen und ihre Symbole, wie ihre Flagge *Wiphala*.

Wir als Lateinamerikanerinnen und -amerikaner organisieren uns und rufen alle soli-

darischen Organisationen und Personen dazu auf, sich in Unterstützung Boliviens und der Forderungen seines Volkes zu mobilisieren:

- * Rücktritt der selbsternannten Präsidentin Áñez
- * Annullierung der Dekrete 4078 und 4082 (Straffreiheit der Armee und der Polizei und Finanzierung der Massaker)
- * Demilitarisierung des Landes
- * Freiheit für die tausenden Gefangenen und Schluss mit der Verfolgung der führenden Köpfe der Volksbewegung und der freien Presse
- * Freier Zugang zu Anzeigen wegen Menschenrechtsverletzungen bei der einzigen in Bolivien vertretenen Organisation CIDH (Interamerikanische Menschenrechtskommission)
- * Strafverfolgung der Hintermänner und Verantwortlichen des Staatsstreichs, Carlos Mesa und Fernando Camacho, sowie von General Kaliman und den Kommandanten der Armee und Polizei, den Ausführenden der Massaker und der Repression, die bis zum 24.11.2019 schon 35 Todesopfer, etwa 500 Verletzte und mehr als 2.000 Gefangene gefordert hat.
- * Schluss mit der Medienblockade, der Abschaltung der sozialen Medien und der Fake-News-Kampagne

Wir rufen daher zur Demonstration am Samstag den 7. Dezember, um 14 Uhr auf.

Solidaritätsreise nach Honduras 2020

Tourismus-Großprojekte, Sonderentwicklungszone, Schweröl- und Wasserkraftwerke, Klimakrise, Repression gegen AktivistInnen und Massenflucht. Die gesamte Lebenswelt der *Garifuna* im Norden von Honduras ist in Gefahr. Im August 2020 reisen wir dorthin, um diese Realität kennenzulernen und ein selbstorganisiertes Gegenmodell zu unterstützen: Die neue Gemeinde Vallecito ist die Zukunftshoffnung der *Garifuna*.

Wo sich sonst nur riesige Ölpalmplantagen breit machen und ehemals Drogenhändler eine illegale Landepiste betrieben, entsteht seit 2012 eine neue Siedlung. Heute leben dort mehr als 100 Menschen, eine Grundschule wurde eröffnet, die BewohnerInnen pflanzen Yucca und Kokospalmen; ein gemeinsames Radio und sogar eine *Garifuna*-Universität sind geplant.

Die vierwöchige Solidaritätsreise wird initiiert vom deutsch-österreichischen Netzwerk Honduras-Delegation und vom ÖkuBüro München. Sie findet auf Einladung der *Garifuna*-Organisation OFRANEH statt. Wir wollen internationale Präsenz zeigen, Wissen austauschen und über Vallecito und die Kämpfe der *Garifuna* an der honduranischen Karibikküste berichten. Das erste von drei aufeinander aufbauenden Vorbereitungsseminaren findet vom 13. bis 15. März 2020 in Kassel statt.

Weitere Informationen unter <https://hondurasdelegation.blogspot.com/> und www.oeku-buero.de, *Auskünfte und Anmeldung* bei Andrea Lammers, ÖkuBüro München +4989-4485945, elsal@oeku-buero.de

Sprach- und Kulturreise nach Kolumbien

30. Jänner bis 16. Februar

Organisator LAI: „Kolumbien mit seiner ganzen Vielfalt und Lebensfreude bietet sich bestens dafür an, direkt in die lateinamerikanische Kultur und in die spanische Sprache einzutauchen. Unser erfahrener Spanischtrainer und Reiseführer Antonio Zapata aus Kolumbien begleitet Sie auf dieser beeindruckenden Reise.“

Preis: € 2.495,-, für LAI-Mitglieder € 2.395,-; 10 bis 14 TeilnehmerInnen; *Anfragen/Buchungen*: info@tierra-incognita.at, www.tierra-incognita.at/sprachreise